

**Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt**

Heft 6

Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)



**150 Jahre Sozialdemokratie
im heutigen Sachsen-Anhalt**

Inhalt

Geleitwort (Katrín Budde)	2
Vorwort (Dr. Rüdiger Fíkentscher).....	4
Geschichte (der SPD Sachsen-Anhalt für den Wikipedia-Internetauftritt).....	6
Anfänge der Arbeiterbewegung und Vorgeschichte der SPD in Sachsen-Anhalt (Prof. Dr. Mathias Tullner)	8
Seit 1890 den selben Namen: SPD (Dr. Rüdiger Fíkentscher)	15
Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890-1914 in Magdeburg (Prof. Dr. Klaus-Erich Pollmann)	23
Gustav Stollberg (1866 – 1928) – Burgs Sozialdemokrat der ersten Stunde (Udo Krause)	32
Die verfeindeten Brüder im einstigen SPD-Parteibezirk Magdeburg (Dr. Beatrix Herlemann)	36
Karl Mödersheim (1888 – 1952) - Ein erfolgreicher Kommunalpolitiker und Bürgermeister der Stadt Leuna (Dr. Ralf Schade)	56
Willi Brundert - ein Sozialdemokrat in vier Systemen (Andrej Stephan)	64
Die Geschichte der sozialdemokratischen Parteipresse in Deutschland und im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt (Nadja Fischer).....	71

Geleitwort

Als nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges eine neue Ordnung in Europa anbrach, war es mit Philipp Scheidemann ein Sozialdemokrat, der am 9. November 1918 die erste Republik auf deutschem Boden ausrief. *„Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!“*

Als nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland 37 Frauen in die Weimarer Nationalversammlung gewählt wurden, war es mit Marie Juchacz eine Sozialdemokratin, die dort am 19. Februar 1919 als erste Parlamentarierin sprach. *„Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland, die alten Vorurteile überwunden hat.“*

Als die Nationalsozialisten am 23. März 1933 das Ermächtigungsgesetz im Reichstag beschlossen, war es mit Otto Wels ein Sozialdemokrat, der sich in der Berliner Krolloper als Letzter gegen die endgültige Machtübernahme wehrte.

„Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um Ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. [...]

Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind dafür mit Steinen beworfen worden. [...]

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. [...] Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. [...] Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.“

Als sich am 9. September 1948 300 000 Berliner auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag-Gebäude versammelten, um gegen die Blockade Berlins zu protestieren, war es mit Ernst Reuter ein Sozialdemokrat, der die Nöte der Menschen in Worte kleidete.

„Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam so lange zusammenzustehen, bis dieser Kampf

gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegelt ist.“

Als am 9. November 1989 die Mauer geöffnet wurde, war es mit Willy Brandt, dem Vater der Ostverträge, ein Sozialdemokrat der einen Tag später in die ehemals geteilte Stadt flog und vor dem Schöneberger Rathaus das Motto der Einheit prägte.

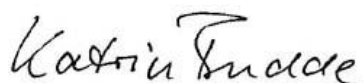
„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“

Und als im Oktober und November 1989 die Menschen in der DDR auf die Straßen gingen, um sich der Diktatur zu entledigen, waren unter ihnen viele, die in SDP und SPD die ostdeutsche Sozialdemokratie geprägt haben.

Wohl einer Partei, die eine solche Tradition, eine solche Geschichte hat. Wir sind stolz auf diese Wurzeln, denn aus ihnen nehmen wir Kraft und Orientierung für unser zukünftiges Handeln. Dabei feiern wir in diesem Jahr mit dem 150. Geburtstag der SPD nicht nur die Geschichte unserer stolzen Partei, wir feiern ein Stück deutscher Geschichte, denn unser politisches Wirken ist eng mit dem Werden der Demokratie in Deutschland verbunden. Wir sind die Einzigen, die von sich sagen dürfen, dass die Geschichte der Sozialdemokratie die Geschichte der deutschen Demokratisierung ist – zu allen Zeiten unserer Existenz.

Diese Geschichte wurde geprägt vom Wirken vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Das Leben einiger von ihnen wird in diesem Heft der Historischen Kommission beleuchtet. Es ist lesenswert und ein schöner Beitrag zum Parteijubiläum.

Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre.



Katrin Budde

SPD-Landesvorsitzende

Vorwort

In den vorausgegangenen Heften 5/1 und 5/2 widmeten wir uns dem zwanzigjährigen Bestehen unseres SPD-Landesverbandes. Viele eigene Erinnerungen, Notizen, Zeitzeugenbefragungen und vieles andere aus der unmittelbaren Vergangenheit wurden dabei aufgearbeitet und niedergeschrieben. Unser Bemühen war und ist darauf gerichtet, so viel wie möglich von unserer reichhaltigen Geschichte festzuhalten. Das ist nicht nur für uns selbst interessant, sondern auch die nach uns Kommenden werden die Frage stellen, wer vor ihnen sozialdemokratische Überzeugungen vertreten hat und aus welchen Verhältnissen ihre eigene Welt hervorgegangen ist.

Nun wenden wir uns einem viel größeren Jubiläum zu: 150 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland und natürlich auch in unserem heutigen Sachsen-Anhalt. Deswegen hatte die Historische Kommission unseres Landesverbandes frühzeitig den Entschluss gefasst, anlässlich des Jubiläumsjahr 2013, in dem unsere Partei auf vielfältige Weise in allen Gliederungen und auf allen Ebenen in ganz Deutschland an ihre bedeutende Geschichte erinnern wird, im 6. Heft unserer Schriftenreihe, auch vor Ort weit zurückzublicken. Es soll beispielhaft zeigen, was in dieser langen Zeit in unserem Bundesland die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geleistet und gelitten haben, welche Erfolge und Misserfolge sie hatten und welchen Belastungen und Verfolgungen sie ausgesetzt gewesen sind. Es ging nun nicht mehr um eigene Erinnerungen und Zeugenbefragungen, sondern um Quellenstudium, Literatur- und Archivarbeit. So entstanden acht nach Umfang und Art sehr verschiedene Artikel, verteilt über einen Zeitraum von einem ganzen Jahrhundert, beginnend mit den ersten Anfängen noch vor dem Gründungsjahr 1863, über die Zeit des Sozialistengesetzes und seiner Überwindung, den Wiederaufbau mit der Namensgebung, die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg, die Nazizeit und schließlich bis zur erneuten Vernichtung unserer Partei nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Zwangsvereinigung mit der KPD. Weil in den letzten Heften die Geschichte der Neugründung ab 1989/90 bereits auf vielfältige Weise in zahlreichen Beiträgen behandelt wurde, beschränken wir uns auf die Zeit bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ohnehin konnte es nicht unser Ziel sein, eine durchgängige Geschichte zu schreiben, sondern lediglich einzelne Geschichten. In ihnen geht es um Verhältnisse und Strukturen, politische Kämpfe und bemerkenswerte oder auch beispielhafte Personen, an denen wir sehr reich sind, die eine Würdigung verdienen und nicht vergessen werden sollen.

Ein Blick in die Inhaltsverzeichnisse der bisherigen Hefte, zusammenfassend abgedruckt im Heft 5/1, zeigt die Vielfalt der bisherigen Themen und dient natürlich noch immer zur Ergänzung des hier Zusammengetragenen.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Arbeit und die Überlassung der Manuskripte, der Landesgeschäftsstelle für die Organisation bei der Herstellung des Heftes, und dem Landesverband für die Finanzierung des Druckes.

Rüdiger Fikentscher

und die Historische Kommission

Geschichte (der SPD Sachsen-Anhalt für den Wikipedia-Internetauftritt)

Als Land bestand Sachsen-Anhalt erst nach dem 2. Weltkrieg bis 1952 und dann ab 1990. Die sozialdemokratische Tradition seiner Regionen ist jedoch alt und bedeutend. Als Erich Ollenhauer 1901 in Magdeburg geboren wurde, war diese Stadt bereits eine sozialdemokratische Hochburg mit einer besonderen Tradition. 1808 wurde hier der Sozialist Wilhelm Weitling geboren, 1868 gründete Julius Bremer den „Sozialen Reformverein“, der sich 1869 dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anschloss. 1876 wurde die SPD-Zeitung „Magdeburger Freie Presse“ gegründet, 1878 kandidierte Wilhelm Bracke als erster Sozialdemokrat für den Reichstag, und bereits 1884 wählten die Magdeburger den Sozialdemokraten August Heine als ihren Reichstagsabgeordneten. 1890 wurde die SPD-Zeitung „Volksstimme“ gegründet, und 1901 hatte der ein Jahr zuvor gegründete „Sozialdemokratische Verein für Magdeburg“ bereits 1.115 Mitglieder. Als 1929 -nach 1910 bereits der zweite- sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg stattfand, waren es bereits etwa 10 000.

Aber Magdeburg stand nicht allein. Die gute Organisation der Sozialdemokraten während der Zeit des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 war der Hauptgrund, warum sich die Partei entschloss, ihren ersten wieder in Deutschland möglichen Parteitag 1890 in Halle abzuhalten. Hier erhielt die Partei ihren bis heute geltenden Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.

Im selben Jahr begann der erfolgreiche Aufbau der SPD im damaligen Herzogtum Anhalt, verbunden mit den Namen Heinrich Peus und Heinrich Deist, dessen Sohn gleichen Namens später den wirtschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms maßgeblich entworfen hat. Sie gründeten Parteizeitungen, organisierten eine erfolgreiche Gegenökonomie, um Arbeiterfamilien besser zu versorgen und zur Lösung des Wohnungsproblems beizutragen und errangen Reichstagsmandate. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde die SPD in der Stadt Dessau und im Freistaat Anhalt bis 1932 zur dominierenden politischen Kraft mit Heinrich Deist als Ministerpräsidenten und Heinrich Peus als Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und Präsident des Landtages. Ihnen und dem liberalen Oberbürgermeister Fritz Hesse ist es zu verdanken, dass das Bauhaus nach Dessau kam und Weltgeltung erlangen konnte. Am Ende der Weimarer Republik war es der Sozialdemokrat Gerhard Seger, der das Land im Reichstag vertrat und entschieden gegen den Nationalsozialismus kämpfte. Noch vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz wurde er von den Nazis inhaftiert, doch gelang ihm eine spektakuläre Flucht aus dem KZ Oranienburg. Sein Bericht darüber wurde zu einer weltweit beachteten Anklage des NS-Regimes und die Grundidee für Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“. Der Reichstagsabgeordnete Franz

Peters aus Halle ist nach seinem „Nein“ zum so genannten Ermächtigungsgesetz eines der vielen Opfer der Nationalsozialisten gewesen und starb noch im gleichen Jahr. Auch die langjährige Abgeordnete im Preußischen Landtag aus Halberstadt, Minna Bollmann wurde ebenso wie der große Pädagoge Adolf Reichwein aus Halle Opfer der Naziherrschaft.

Nach der Zwangsvereinigung der 1945 wiedergegründeten SPD mit der KPD im April 1946 konnten bedeutende Sozialdemokraten, die für kurze Zeit in der Hoffnung, am Wiederaufbau nach dem Krieg helfen zu können hohe Funktionen bekleideten, nur mit großem Risiko und teilweise nach jahrelanger Haft in die Bundesrepublik fliehen: der erste SPD-Landesvorsitzende und Minister Ernst Thape, der Gewerkschafter und Landtagspräsident Adam Wolfram -nach 1990 Aufbauhelfer und Ehrenvorsitzender des Landesparteiirates- und der Juraprofessor und Ministerialdirektor Willi Brundert, später Oberbürgermeister von Frankfurt.

Nach der Herbstrevolution 1989 begann der Neuaufbau „aus dem Nichts heraus“. An mehr als hundert Orten zugleich folgten die neuen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dem Aufruf zur Parteigründung, der maßgeblich von Markus Meckel, damals Pfarrer im heutigen Sachsen-Anhalt, ausging. Es wurden die beiden Bezirksverbände Halle und Magdeburg gegründet, die sich im August 1990 in Quedlinburg zum Landesverband Sachsen-Anhalt zusammenschlossen. Spitzenkandidat für die erste demokratische Landtagswahl wurde Reinhard Höppner, der sich als Vizepräsident der ersten frei gewählten Volkskammer - in ihr 15 Abgeordnete aus dem heutigen Sachsen-Anhalt- deutschlandweit einen Namen gemacht hatte.

Im gleichen Jahr wurde Wilhelm Polte Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg und knüpfte damit an die bedeutenden Traditionen von Hermann Beims und Ernst Reuter aus den 20er und 30er Jahren an. 10 Jahre später konnte die Sozialdemokratin Ingrid Häußler als erste Frau in der 1200jährigen Geschichte der Stadt Halle deren Oberbürgermeisterin werden.

Mehrere SPD-Häuser in Sachsen-Anhalt tragen inzwischen die Namen von Sozialdemokraten: das Ernst Reuter-Haus in Magdeburg, das Adolf Reichwein-Haus in Halle, das Heinrich Peus-Haus in Köthen und das nach Marie Arning - Reichstagsabgeordnete und AWO-Vorsitzende- genannte AWO-Haus in Magdeburg.

Anfänge der Arbeiterbewegung und Vorgeschichte der SPD in Sachsen-Anhalt

Zu den ersten Vorläufern der sozialdemokratischen Parteibildung in Deutschland gehörten frühe Arbeiter- bzw. Gesellenorganisationen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wegen der reaktionären Verhältnisse in den deutschen Staaten konnten sich jedoch politische Vereinigungen und Aktivitäten, die von wandernden Handwerkern ausgingen, fast ausschließlich nur im Ausland entfalten. An solchen Organisationen hatten von Anfang an mitteldeutsche Handwerker aktiven Anteil.

Eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Entstehungszeit der deutschen Arbeiterbewegung war der Magdeburger Schneidergeselle Wilhelm Weitling (1808-1871), der zum führenden Repräsentanten des 1836 gegründeten „Bund der Gerechten“ wurde.¹ Die Festschrift des sozialdemokratischen Parteitags von 1910 bezeichnet Weitling als „jenen beredten Schwärmer für Freiheit und Harmonie, der in glühender revolutionärer Begeisterung das Volk erlösen wollte und doch an seinen eignen Ideen zugrunde gegangen ist, weil er sich nicht zum demokratischen Sozialismus durchzuringen vermochte“.²

Von Weitling stammen verschiedene programmatische Schriften des Bundes, deren erste den beziehungsreichen Titel „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte“ trug. In der preußischen Provinz Sachsen und Anhalt gab es mindestens in der Stadt Magdeburg eine kleine Gemeinde des „Bundes der Gerechten“. Ob es eine direkte Verbindung dieser Gruppe zu Wilhelm Weitling gab, der im Jahre 1844 von der Schweiz in seine preußische Heimat abgeschoben wurde und sich deshalb einige Zeit in seinem Geburtsort Beyendorf und in Magdeburg unter Polizeiaufsicht aufhielt, ist unklar.

Aus dem „Bund der Gerechten“ entstand im Jahre 1847 der „Bund der Kommunisten“ mit Karl Marx und Friedrich Engels, von dem Marx den Auftrag erhielt, ein theoretisches und praktisches Parteiprogramm zu formulieren. Ergebnis war das „Kommunistische Manifest“. Wilhelm Weitling geriet in Konflikte mit Karl Marx, wurde mit seinen Anhängern aus dem „Bund der Kommunisten“ ausgeschlossen und ging in die USA. Während seines Aufenthaltes in Deutschland in der Zeit der Revolution von 1848/49 blieb er ohne größeren Einfluss. Eine Resonanz des „Bundes der Kommunisten“ ist im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt lediglich in Magdeburg nachweisbar.

¹ Zu Wilhelm Weitling vgl. vor allem: Seidel-Höppner, Waltraud: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken, in: Rosa-Luxemburg-Verein e.V., Mitteilungen 12, Leipzig 1993; Hüttner, Martin: Wilhelm Weitling als Frühsozialist, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1994.

² Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs, hrsg. vom Parteitags-Komitee, Magdeburg 1910, S. 4.

Kurz vor und vor allem während der Revolution von 1848 bildeten sich in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt Arbeiterbildungsvereine bzw. Arbeitervereine. Dies geschah in Zusammenarbeit mit demokratischen oder liberalen bürgerlichen Vereinen bzw. Persönlichkeiten. In der Provinz Sachsen und in Anhalt wiesen die Vereinsbildungen oft die Besonderheit auf, dass sie im Zusammenhang mit dem Wirken der „Lichtfreunde“ entstanden, die vor allem in Magdeburg, Halle, Halberstadt und Köthen starke Organisationen aufwiesen. Die „Lichtfreunde“ hatten sich zunächst als religiöse Dissidentenbewegung innerhalb der preußischen bzw. anhaltischen Staatskirche gebildet.³

Während der Revolution von 1848 nahm die Zahl der Arbeitervereine auch in der Provinz Sachsen und in Anhalt zu. Am vom 23. August bis 3. September 1848 in Berlin tagenden Delegiertenkongressen von Arbeitervereinen aus ganz Deutschland waren auch zwei Delegierte aus der Provinz Sachsen beteiligt, als sich unter maßgeblichen Einfluss von Stephan Born die „Allgemeine Arbeiterverbrüderung“ gründete. Dies war eine eigenständige Organisation vor allem von Handwerksgesellen und Facharbeitern.⁴ Die Stadt Magdeburg wurde als Sitz eines Bezirkskomitees für die Provinz Sachsen bestimmt. Außer in der Provinzhauptstadt bekannten sich noch in Halle und Halberstadt Arbeitervereine zur „Arbeiterverbrüderung“, wobei sich der Verein in Halle mit dem Arbeiter Johann Traxdorf an der Spitze nicht auf das Bezirkskomitee in Magdeburg, sondern auf das Leipziger Zentralkomitee hin orientierte. Allerdings bestand zwischen Magdeburg und Leipzig eine nachweisbare Verbindung und das Magdeburger Komitee hatte mit großen Problemen zu kämpfen.⁵ In Anhalt trat der Köthener Gesellenverein der Organisation bei. Am Jahresende 1848 bildete sich auch in Dessau ein Arbeiterverein unter dem Vorsitz von Friedrich Polling.⁶ Im anhaltischen Köthen hielten sich im Herbst 1848 verschiedene Persönlichkeiten der frühen Arbeiterbewegung bzw. demokratischen Bewegung auf, die in Preußen und anderswo verfolgt worden sind. Darunter waren der Arzt Karl D’Ester, welcher der frühen Arbeiterbewegung nahestand, und der russische Revolutionär und Anarchist Michail Bakunin. Bakunin hat von Köthen aus seinen berühmten „Aufruf an die Slawen“ verfasst und publiziert.⁷

Nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 trat in den deutschen Staaten eine Periode der politischen Reaktion ein. Die Anfänge der Arbeiterbewegung waren auf Bildungsvereine zurückgeworfen worden, die in der Regel von bürgerlichen Demokraten oder Liberalen geleitet worden sind. Mit Beginn der

³ Zu der Problematik der Lichtfreunde vgl. vor allem:

⁴ Vgl. Miller, Susanne/Potthof, Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, 7. überarb. und erw. Aufl, Berlin 1991, S. 27.

⁵ Cgl. Peters, Herbert: Die preußische Provinz Sachsen im Revolutionsjahr 1848, Dessau 2000, S. 268 f.

⁶ Vgl. Grossert, Werner: Die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Dessau bis 1871, Dessau 1973.

⁷ Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, (im Folgenden: LHASA-M) Rep. C 20, Ia, Nr. 679, Bd. IX, Bl. 3.

60er Jahre jedoch verstärkten sich im Zusammenhang mit einer allgemeinen Politisierung der Gesellschaft auch die Bestrebungen der Arbeiter, eigene Organisationen zu bilden. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung hing auch damit zusammen, dass die Industrialisierung rasche Fortschritte erzielte und zu einem relativen Abschluss kam.

Besonders vom industrialisierten Sachsen gingen Bestrebungen für eine organisatorische Entwicklung der Arbeiterbewegung aus. In Leipzig ergriff eine Gruppe um Julius Vahlteich und Friedrich Wilhelm Fritzsche die Initiative, die Arbeitervereine von bürgerlichen Protektoren zu lösen und zu politisieren. Sie wandten sich deshalb an den damals weithin bekannten preußischen Anwalt und Sozialisten Ferdinand Lassalle, der ein Programm für einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein in seinem berühmten „Offenen Antwortschreiben“ vom 1. März 1863 ausarbeitete. Am 23. Mai 1863 wurde auf dieser Grundlage in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ (ADAV) gegründet. Lassalle wurde dessen Präsident. Von den Arbeitervereinen der Provinz Sachsen schloss sich eine Gruppe des Magdeburger Arbeiterbildungsvereins unter Johann Münze im Jahre 1864 dem ADAV an. Dieser 1863 gegründete Verein wurde schon im Mai 1865 verboten. Münze bildete danach im Herbst 1866 zusammen mit Julius Bremer, Wilhelm Klees, August Probst und Wilhelm Wellner eine der wenigen örtlichen Sektionen der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation („I. Internationale“).⁸ Diese Magdeburger Gruppe von Sozialisten brachte die erste Generation führender regionaler Vertreter der entstehenden Arbeiterbewegung hervor. Die sozialdemokratisch orientierten Vertreter unter Führung von Münze, Bremer und Klees gründeten im Juli 1868 den „Sozialen Reformverein“ und schlossen sich dem Verband Deutscher Arbeitervereine an, dessen Vorsitzender August Bebel war.⁹ Julius Bremer – Münze war am 22. Mai 1868 verstorben - wurde zu einer der Schlüsselfiguren bei der Vorbereitung der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei („Eisenacher“) in Eisenach 1869. Am 22. Juni 1869 trafen sich in Magdeburg Abgesandte sowohl des Verbandes Deutscher Arbeitervereine mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht an der Spitze wie auch oppositionelle Mitglieder des ADAV, um sich über die Einberufung eines Kongresses zur Gründung einer Arbeiterpartei zu verständigen. Darunter war auch der Braunschweiger Sozialdemokrat Wilhelm Bracke.¹⁰

August Bebel schrieb dazu: „Bracke ließ durch Vermittlung von Bremer-Magdeburg Liebknecht und mich wissen, sie (die beteiligten oppositionellen Mitglieder des ADAV, M.T.) wünschten eine Zusammenkunft mit uns. Auf diesen Wunsch gingen wir bereitwillig ein. Am 22. Juni abends trafen wir uns –

⁸ Vgl. Asmus, Helmut: 1200 Jahre Magdeburg. Die Jahre 1848 bis zur Gegenwart, Magdeburg 2005, S. 190 f; Drechsler, Ingrid: Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Oschersleben 1995, S. 25.

⁹ Bebel hatte Dr. Max Hirsch aus Magdeburg abgelöst, der später

¹⁰ Vgl. Eckert, Georg: Wilhelm Bracke und die Braunschweiger Arbeiterbewegung, Braunschweig 1957, S. 6.

Bracke, Spier-Wolfenbüttel, York-Harburg, Liebknecht und ich – in einem Gasthaus dritter Güte in Magdeburg. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Bracke und Bremer waren für sofortiges Losschlagen gegen Schweitzer und Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ... Schließlich wurden wir uns einig.¹¹

Der „Aufruf „An die Mitglieder des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ vom 22. Juni 1869 zur Gründung „einer wirklichen demokratischen Organisation der Partei“ wurde nicht nur von Julius Bremer, sondern auch von den Magdeburger Klees und Hoffmann unterzeichnet.¹² In Vorbereitung des Eisenacher Kongresses fanden in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt verbreitet Versammlungen statt. Julius Bremer teilte z. B. in einem Brief an Johann Philipp Becker mit, dass unter anderem in Staßfurt im Juli 1869 zu diesem Zweck ein „Verbrüderungsfest“ stattgefunden hat, an dem mehr als 300 Teilnehmer anwesend waren, die auch aus Cochstedt, Steinstedt, Förderstedt, Aschersleben, Dessau und Bernburg angereist waren.¹³

Anfang August 1869 wurde in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Der Magdeburger Julius Bremer gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der Partei. Damit entstand neben dem ADAV eine zweite deutsche Arbeiterpartei. Während die Partei in der Provinz Sachsen und in Anhalt rasch Anhänger fand und in Magdeburg am 28. August 1869 der „Sozialdemokratische Arbeiterverein“ unter dem Vorsitz Julius Bremers gegründet worden ist,¹⁴ kam es in der Stadt Halle erst im Jahre 1871 zur Gründung einer Ortsgruppe. In Halle hatte sich auch erst relativ spät – im April 1869 – eine Ortsgruppe des ADAV gebildet.

Insgesamt gesehen können die preußische Provinz Sachsen und Anhalt neben dem Königreich Sachsen und anderen Regionen jedoch durchaus als Hochburgen der entstehenden sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Die Eisenacher Partei bezeichnete sich als „Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation“. Oft wird dieses Bekenntnis als Hinweis darauf verstanden, dass die Partei von ihrem Charakter her „marxistisch“ gewesen sei. Man muss jedoch berücksichtigen, dass die meisten Anhänger und Mitglieder der Partei, auch führende Repräsentanten eingeschlossen, die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels – wenn überhaupt - nur oberflächlich kannten. In dieser Frage unterschied man sich nicht wesentlich von der Situation des ADAV. Die Arbeiter auch in der Provinz Sachsen und Anhalt bewegten die Nöte des Alltags,

¹¹ Bebel, August: Aus meinem Leben, Stuttgart 1911, II, S 76.

¹² Vgl. Demokratisches Wochenblatt, Nr. 26 vom 27. Juni 1869.

¹³ Julius Bremer an Johann Philipp Becker vom 22. Juli 1869, abgedruckt bei: Helmut Asmus/Dieter Steinmetz/Mathias Tullner: Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, Teil 1, Anfänge bis 1917, Magdeburg 1969, S. 27.

¹⁴ Vgl. Drechsler, S. 28.

Ungerechtigkeiten, Unterdrückung und Ausgrenzung. Unterschiede zwischen den Eisenachern und dem ADAV gab es jedoch in der Frage der Herstellung der nationalen Einheit, welche in den 60er Jahren die öffentliche Debatte in den deutschen Staaten beherrschte. Während die Lassalleaner auf die kleindeutsche Lösung unter Führung Preußens setzten, standen die Eisenacher in der Tradition der radikalen Demokraten einer großdeutschen Lösung nahe.

Für die preußische Provinz Sachsen und für Anhalt kann festgestellt werden, dass im Raum Halle und in Teilen Anhalts die Lassalleaner mit ihrem Zentrum im nahen Leipzig erheblichen Einfluss behielten, während im Raum Magdeburg die Eisenacher dominierten. Im Gründungsjahr der Eisenacher fand in Halle ein vorbereitendes Treffen zur Generalversammlung des ADAV statt. Von dieser Versammlung ging jedoch kein spürbarer Aufschwung der örtlichen lassalleanischen Organisation aus.

Ein besonderes Problem für beide Arbeiterparteien bildete der Krieg gegen Frankreich 1870 und die Haltung gegenüber der Pariser Kommune. Im Norddeutschen Reichstag stimmten von den sozialdemokratischen Abgeordneten Johann Baptist von Schweitzer vom ADAV und Friedrich Wilhelm Fritzsche gegen die Kriegskredite, während sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht der Stimme enthielten. Eisenacher und auch Lassalleaner sprachen sich gegen die Fortsetzung des Krieges nach der Abdankung des französischen Kaisers Napoleons III. und gegen die Annexion von Elsass-Lothringen aus. In diesem Sinne äußerte sich auch der führende Magdeburger Sozialdemokrat Julius Bremer am 28. November 1870.¹⁵ Die frühe deutsche Sozialdemokratie solidarisierte sich mit dem Aufstand der Pariser Kommune (März bis Mai 1871). Bekannt ist die Reichstagsrede von August Bebel zu diesem Thema, von der Bismarck bei der Begründung des Sozialistengesetzes behauptete, sie habe ihm die Gefährlichkeit der Sozialisten aufgezeigt.¹⁶

Die Auseinandersetzungen zwischen Eisenachern und Lassalleanern ebten nach der Reichsgründung des Jahres 1871 ab. Eine wichtige trennende Frage war mit dem Vollzug der Reichsgründung erledigt. Auch der Rücktritt des umstrittenen Vorsitzenden des ADAV, Johann Baptist von Schweitzer, löste viele Widersprüche auf. Die staatliche Unterdrückungspolitik richtete sich gleichermaßen gegen beide und förderte damit die Verständigung zwischen den Arbeiterparteien. Bei dieser staatlichen Unterdrückungspolitik gegen die Sozialdemokraten tat sich der Berliner Staatsanwalt Hermann Tessendorf („Ära Tessendorf“) besonders hervor.

Tessendorf hatte seine Karriere als Staatsanwalt in Magdeburg begonnen, wo er in der Festungsstadt die Arbeiterbewegung mit besonderer Rücksichtslosigkeit verfolgte und sich dadurch für „höhere Aufgaben“ empfahl.

¹⁵ Vgl. LHASA-M, Rep. C 29, Tit. III, Nr. 11, Bd. 1 Bl. 192 f.

¹⁶ Vgl. Miller/Potthoff, S. 45.

Diese Entwicklungen und die Folgen der Wirtschaftskrise von 1873 förderten vor allem in der Mitgliedschaft beider sozialdemokratischen Parteien den Drang nach Vereinigung. Wieder wählte die Sozialdemokratie als Ort des Vereinigungsparteitages mit dem thüringischen Gotha eine mitteldeutsche Stadt, wo man sich vom 23. bis 27. Mai 1875 traf. Dies unterstrich die Bedeutung Mitteldeutschlands für die frühe Sozialdemokratie, wobei freilich dem Königreich Sachsen das größte Gewicht zukam, aber die provinziälsächsischen und anhaltischen Sozialdemokraten ebenfalls eine Rolle spielten.

Neben der Bedeutung der Vereinigung zur neuen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ sind immer wieder die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ von Karl Marx, eine seiner berühmten Schriften, in der Literatur diskutiert worden. Doch das weitgehend von Wilhelm Liebknecht ausgearbeitete Programm von Gotha hatte in der Praxis der Partei wenig Bedeutung. Gleichzeitig deutet das Programm darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt die theoretischen und programmatischen Fragen in der Partei keine große Rolle spielten und die drängenden praktischen sozialen und politischen Probleme dominierten.¹⁷

Schon vor dem Gothaer Parteitag zeigte sich der zunehmende Einfluss der Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen von 1874 auch in ländlichen Regionen. So sind im Wahlkreis Calbe/Aschersleben Wahlversammlungen zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten, in diesem Fall des Schumachers Theodor Metzler aus Berlin, bekannt, die auf Orte wie Quedlinburg, Staßfurt, Schönebeck, Löderburg, Eikendorf, Börnecke, Schneidlingen und Athensleben ausstrahlten.¹⁸

Die Vereinigung von Gotha hatte für die Provinz Sachsen und Anhalt einen Aufschwung der Parteientwicklung zur Folge. Auf lokaler Ebene ergaben sich hinsichtlich der Vereinigung kaum Probleme. Die Vereine gaben sich oft neue Namen. So bezeichnete sich jetzt die Magdeburger Parteiorganisation, eine der größten in der Provinz, als „Sozialistischer Arbeiterverein“.

Es bildete sich zudem ein Bedürfnis nach einer lokalen bzw. regionalen sozialdemokratischen Presse heraus. Im Ergebnis entstanden in Magdeburg, Halle und Halberstadt sozialdemokratische Zeitungen. Seit 1876 erschienen in Magdeburg die „Magdeburger Freie Presse“, die Probenummer am 1. September. Die Zeitung wurde in Braunschweig bei Wilhelm Bracke gedruckt. Hier zeigte sich erneut die enger werdende Verbindung der frühen Magdeburger Arbeiterbewegung mit der Braunschweiger. 1878 folgten die „Freie Presse“ in Halle und Halberstadt. Während in Magdeburg und auch in Halberstadt die

¹⁷ Vgl. Eckert, Georg: Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/Main 1974, S. 47 ff.,

¹⁸ Vgl. LHASA-M, Rep. C 30, Calbe/Saale, A, Nr. 246.

Zeitung trotz ständiger Behinderung durch die Behörden einigermaßen bis zur Zeit des Sozialistengesetzes überleben konnte, wurden in Halle alle erscheinenden Nummern beschlagnahmt, der Redakteur Schlesinger verhaftet und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Hallische „Freie Presse“ musste deshalb im sächsischen Leipzig erscheinen.¹⁹ Die Vorgänge um die „Freie Presse“ deuteten auf die Tendenz hin, dass sich die beiden Schwerpunkte der Arbeiterbewegung in der Provinz Sachsen, Magdeburg und Halle, nicht innerhalb der Provinz aufeinander, sondern sich jeweils auf Partner außerhalb der Provinz orientierten: im Falle von Magdeburg auf Braunschweig und im Falle von Halle auf Leipzig.

In der gespannten innenpolitischen Situation, die Bismarcks Vorgehen gegen die „Reichsfeinde“ im Zusammenhang mit dem „Kulturkampf“ gegen die „ultramontanen“ Katholiken geschaffen hatte, platzten zwei Attentatsversuch auf Kaiser Wilhelm I. Am 11. Mai 1878 hatte der Leipziger Klempnergeselle Max Hödel auf den Kaiser geschossen und ihn nur leicht verletzt. Als aber am 2. Juni Dr. Karl Eduard Nobiling erneut ein Attentat auf Wilhelm I. verübte und ihn dabei erheblich verletzte, nahm Reichskanzler Otto von Bismarck dies zum Anlass, um ein Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährliche“ Sozialdemokratie auf den Weg zu bringen. Eine von Bismarck unterstellte Verbindung der Attentäter zur Sozialdemokratie hat nicht bestanden, was bereits zeitgenössisch offensichtlich war. Im Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag nach Neuwahlen des Parlaments und einer bis dahin beispiellosen Kampagne gegen die Sozialdemokratie dennoch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, kurz „Sozialistengesetz“ genannt. Im Reichstag hatte Bismarcks Stellvertreter, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, das Ausnahmegesetz seitens der Regierung eingebracht – damit ein hochadliger Vertreter aus der Provinz Sachsen.²⁰ Das Gesetz galt vorerst für drei Jahre und konnte danach verlängert werden.²¹

Die Zeit des Sozialistengesetzes ist eine der facettenreichsten Perioden der Geschichte der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung insgesamt. Nach ersten Irritationen und Rückschlägen entwickelte sich in der Provinz und in Anhalt die illegale Sozialdemokratie außerordentlich erfolgreich. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gehörten die preußische Provinz Sachsen und Anhalt zu den Hochburgen der deutschen Sozialdemokratie.

¹⁹ Vgl. Von Fehden und Kämpfen, S. 53.

²⁰ Vgl. Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. 3, Berlin 1946, S. 9.

²¹ Zum Sozialistengesetz vgl. vor allem: Eckert, Georg (Hrsg.): 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie, Hannover 1963; Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 10. Auf., München 1980; Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, 2. Bd. Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 295 ff; Zum Sozialistengesetz aus der regionalen Perspektive der Provinz Sachsen vor allem den Beitrag von Ernst Wittmaack in „Von Fehden und Kämpfen“, S. 7 ff.

Seit 1890 den selben Namen: SPD

„Stürmisches Bravo und Händeklatschen“ steht im Protokoll, als August Bebel am Montag, den 13. Oktober 1890 auf dem Parteitag in Halle an der Saale seinen Bericht der Parteileitung beendet hatte. Er schloss mit den Worten: „So stehen also nach allen Richtungen der neu zu organisierenden Partei große Aufgaben bevor. Zeigen wir durch die Beratungen auch dieses Parteitages, dass wir uns vollkommen der weltgeschichtlichen Mission bewusst sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat. Wir wollen den Gegnern wie auch den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen zeigen, dass unser Ruf ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!“

Am Abend zuvor war der Parteitag durch Wilhelm Liebknecht -als ältesten der einladenden Reichstagsfraktion- im großen Saal des Lokals „Zum Hofjäger“ eröffnet worden. Der Saal war festlich geschmückt. Die Bilder von Marx und Lassalle waren unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin über der Tribüne vereint. Quer darüber stand der alte Schlachtruf „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Seitlich trugen zwei rote Fahnen die Aufschriften: „Sozialdemokratischer Parteitag zu Halle“ sowie auf der anderen Seite „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. Liebknecht sprach die große Beteiligung an: „Unsere höchsten Schätzungen hat die Wirklichkeit weit übertroffen. Die zahlreiche Anwesenheit von Delegierten verkündet bereits das gewaltige Wachstum der deutschen Sozialdemokratie. Der Kongress, welcher heute beginnt, ist der erste, welcher nach dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden tagt. In diesen dreizehn Jahren liegen zwölf Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes - zwölf Jahre des Kampfes, heißen, ununterbrochenen, alle Kräfte anspannenden Kampfes. Die Gegner schonten uns nicht, und wir, zu stolz und zu stark, um uns feig zu fügen, gaben Schlag auf Schlag zurück, und so haben wir das Gesetz überwunden. Der Kampf aber hat auch schwere Opfer gekostet, und wie viele der tapfersten Kämpfer sind auf dem Feld der Ehre geblieben! Groß ist die Zahl der Ungenannten und zum Teil Unbekannten, die in diesem Kampfe ihr Leben gelassen und auch derer, die ihre Gesundheit, ihr Vermögen eingebüßt haben.“

Was war geschehen? Durch Betreiben Bismarcks war durch Beschluss des Bundesrates und des Reichstages ein Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen“ der 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands zustande gekommen, das sogenannte „Sozialistengesetz“. Es trat am 21. Oktober 1878 in Kraft. Zwar hatte die Partei in ihrem 1875 in Gotha verabschiedeten Programm erklärt, nur auf legalem Weg die sozialistische Gesellschaft erkämpfen zu wollen, doch Bismarck war voller Misstrauen und

nahm ein Attentat auf den Kaiser zum Anlass eines Gesetzentwurfes, der die Sozialdemokratie politisch vernichten sollte. Der Entwurf wurde abgelehnt. Erst als ein weiterer Anschlag auf den Kaiser verübt worden war, der ebenso wie der erste von Bismarck den Sozialdemokraten zu Unrecht angelastet wurde, gelang es ihm, nach Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, aus denen die politische Rechte gestärkt hervorging, die parlamentarische Mehrheit für dieses Gesetz zu erhalten. Das „Sozialistengesetz“ war nach moderner Rechtsauffassung „seinem Inhalt nach die Deklaration einer bestimmten politischen Richtung zum Verfassungsfeind“. Es enthielt Verbote gegen Vereine, Versammlungen, Druckschriften und Beitragssammlungen, die durch Förderung sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Bestrebungen den Umsturz der bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckten. Außerdem konnte über bestimmte Ortschaften und Bezirke, in denen man die öffentliche Sicherheit „durch sozialistische Umtriebe“ gefährdet glaubte, für ein Jahr der sogenannte „kleine Belagerungszustand“ verhängt werden. In diesen Regionen durften Versammlungen nur mit polizeilicher Genehmigung stattfinden und die öffentliche Verbreitung von Druckschriften war verboten. Personen, von denen „umstürzlerische Agitationen“ befürchtet wurden, war dort der Aufenthalt zu versagen. Damit war im Grunde alles untersagt, was zur Arbeit einer Partei erforderlich ist und zugleich der Behörden- bzw. Polizeiwillkür Tor und Tür geöffnet. Die Berichte der Genossen aus dieser Zeit, wie sie die einzelnen Verbote zu umgehen versuchten, was sie erdulden und ständig zu befürchten hatte, füllen ganze Bände und zeigen, dass sie mit großem persönlichen Einsatz und hohem Risiko dennoch die Arbeit für die Partei nicht aufgaben. Sie nahmen Gefängnis, Emigration, Verlust des Eigentums und Berufs in Kauf, um für ihre Überzeugungen weiter zu kämpfen. Das Buch „Durch Kampf zum Sieg“, 1914 als Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis erschienen, enthält eindrucksvolle Beispiele dafür. Daraus einige Auszüge:

„Die ersten Schläge des Gesetzes hagelten so dicht und ungewohnt auf die Genossen nieder, dass es immerhin erst einiger Zeit bedurfte, ehe sie sich damit abgefunden hatten. Als ersten Übergang schuf man sich einen ‚Raucherklub‘, ‚Kegelklub‘ und ‚Lotteriekklub‘, neue Möglichkeiten, unauffällig wieder zusammenkommen zu können. Dazu kam dann der Gesangverein ‚Stradella‘. Auch mit der Herausgabe einer Zeitung versuchte man es wiederholt, musste dabei aber furchtbare Schläge erdulden und endlich weitere Versuche aufgeben.“

„War schon zur Zeit kurz vor dem Sozialistengesetz die Zahl der wirklichen Genossen sehr gering, so war nachher an eine Zunahme erst recht nicht zu denken. In der ersten Periode des Gesetzes waren es 11 Mann, und erst in den 80er Jahren war eine größere Mitgliedschaft vorhanden, die schließlich einmal bis auf 126 stieg und dann mehrfach auf- und abschwankte.“

„Bei den ständigen Verfolgungen und der Aufmerksamkeit der Polizei waren die Zusammenkünfte stets sehr schwierig zu inszenieren, aber die Genossen wurden andererseits gerade durch den Reiz des Verbotenen stark angespornt und ertrugen die oft unangenehmen Begleitumstände mit gutem Humor. Bei einer Nachtsitzung mussten sie unter strömendem Regen im Freien aushalten. Dicht gedrängt standen sie am Friedhofe der Giebichensteiner Kirche, während es vom Himmel wie aus Wasserschläuchen goss. Nur einige hatten einen Schirm mit, doch die meisten mussten ohne einen solchen standhalten, bis die ‚Tagesordnung‘ erledigt war. Man tröstete sich damit, dass man gerade bei solchem Hundewetter vor polizeilicher Überrumpelung ziemlich sicher war. Witze und fröhlicher Humor hielt die Stimmung hoch.“

„Am 13. Februar 1888 fand vor dem Landgericht zu Halle ein Sozialistenprozess statt, der die Geheimorganisation der Partei aufs Haupt treffen sollte.“ Sechs Handwerker waren angeklagt, jahrelang „an einer Verbindung teilgenommen zu haben, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte, und zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehörte, Maßregeln der Verwaltung und die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel, insbesondere die Vollziehung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie durch Verbreitung verbotener Druckschriften zu verhindern oder zu entkräften, und zwar der Tischler Schmidt als Vorsteher der Verbindung.“ Der Staatsanwalt beantragte mehrmonatige Gefängnisstrafen, doch durch geschickte Verteidigung gelang es, die Beweise der Anklage in Frage zu stellen und Freispruch für alle zu erreichen, obwohl es sich tatsächlich um führenden Sozialdemokraten gehandelt hatte.

Einmal, so wurde ausführlich beschrieben, war der Versammlungsort der Eierweg bei Beesen, den man von verschiedenen Richtungen aus erreichen konnte. Man durfte keine Trupps bilden. Drei Genossen sahen „einen Gendarmen auffällig herumspähen“. Sie wollten ihn irreführen, um die Versammlung zu retten, selbst wenn sie dadurch selbst nicht teilnehmen konnten und gingen ‚spazieren‘, der Gendarm immer hinterher, durch mehrere Dörfer, stundenlang, von 9 Uhr bis schließlich 4 Uhr, als die Versammlung gewiss vorbei war. Dann erst gingen sie völlig übermüdet zur Stadt zurück, wurden vom Gendarmen ausgefragt, gaben ausweichende Antworten und hatten die Genossen gerettet.

Aber es gab auch im Nachhinein beinahe lustig erscheinende Episoden:

„Die Wohnung des Genossen G. Schmidt war sehr oft Zeuge amüsanter, aber auch mancher recht ernster Vorgänge, besonders dann, wenn mal Krankheiten der Kinder, oder der Frau die ständigen Haussuchungen zu peinlicher Qual gestalteten. Kein Wunder, dass Genosse Schmidt auf die Polizei schlecht zu sprechen war, und ihr mit großer Vorliebe ein Schnippchen schlug. In seiner

Bodenkammer hatte er kreuz und quer und ganz tief lauter Stricke gezogen, sodass bei Haussuchungen der lange Kommissar Grosse keine leichte Arbeit hatte, um durchzukommen. Er beteiligte sich meist immer persönlich und kroch selber überall hin, weil er seinen Beamten nicht genug Schlaueit zutraute. Als Schmidt wieder einmal eine Hausdurchsuchung zu gewärtigen hatte, schraubte er einen alten Koffer an die Dielen des Dachbodens fest, verschloss den Koffer und erwartete gespannt Herrn Grosses Besuch. Bald genug stellte der sich ein und schnüffelte auch wieder auf dem Dachboden herum. Wie er nun so mit großer Mühe durch das Gewirr von Stricken sich durchgewunden hatte, rüttelte er tüchtig an dem leeren aber festgeschraubten Koffer. ‚Aha, Herr Schmidt, was haben sie denn da drin?‘ ‚Da, gar nichts wird drin sein, ich wüsste nicht, was drin sein sollte.‘ Schließlic h wurde ein Schlosser geholt, der den Koffer öffnen musste, und der Polizist war blamiert. Man stelle sich dies in der Nazi-Zeit vor: Die Gestapo hätte nicht so lange gefackelt sondern den Genossen sofort und auf Dauer mitgenommen! Es würden also einmal noch härtere Zeiten kommen. Doch das konnte damals kein Trost sein. Die Lage war während dieser Jahre in ganz Deutschland sehr ähnlich, die geschilderten Verhältnisse sind keine Einzelfälle und die Opfer in ihrer Gesamtheit erheblich gewesen. Folglich waren die eingangs zitierten Worte von Wilhelm Liebknecht in keiner Weise übertrieben.

Im strengen Sinne war das „Sozialistengesetz“ kein Rechtsgesetz, sondern ein „Maßnahmengesetz“ und sollte zunächst nur eine Geltungsdauer von drei Jahren haben. Es ist aber mehrfach verlängert worden. Erst im Januar 1890 fand es im Reichstag keine Mehrheit mehr und lief im Oktober desselben Jahres aus. So entstand das Wort vom „Fall des Sozialistengesetzes“, das nie durch Beschluss außer Kraft gesetzt wurde, sondern mangels Verlängerung einfach seine Geltung verlor. Folglich wurde zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch die Reichstagsfraktion, denn nur sie und nicht die Partei durfte in diesen Monaten so handeln, zu einem „Kongress“ eingeladen, der sich allerdings sogleich als Parteitag verstand.

Und warum Halle? Die Entscheidung für den Ort dieses historischen Parteitages hatte mehrere Gründe. Sie fiel in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 13. April 1890 in Halle, und zwar im „Sanowschen Lokal“ in der Steinstraße, also ganz in der Nähe zum „Hofjäger“. Dort hatte man sich getroffen, um einen Aufruf zum 1. Mai zu verabschieden. Dieser „Kampftag der Arbeit“ war erst im Vorjahr von der II. Internationale auf ihrem Gründungskongress in Paris beschlossen worden und ist 1890 zum ersten Mal mit Massendemonstrationen begangen worden. So war es auch in Deutschland auf Grund dieses Aufrufs. Die Stadt hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert wirtschaftlich enorm schnell entwickelt, mit allen sozialen Folgen

dieser Zeit. Sie war verkehrstechnisch gut zu erreichen. Kurz vor dem Zusammentritt des Parteitages war der neue Personen- und Güterbahnhof eingeweiht worden, der Verbindungen in sieben Richtungen hatte. Und auch die Bevölkerung war rasch gewachsen. Sie hatte von 1880 bis 1890 um etwa 30 000 Einwohner zugenommen und war auf über 100 000 gestiegen. Also traf man sich in einer deutschen Großstadt. Das alles hatte Gründe und Folgen. Die reichen Braunkohlevorkommen in der Umgebung waren eine gute Grundlage für die sich entwickelnde chemische Industrie, den modernen Maschinenbau und die Intensivierung der Landwirtschaft. Durch den Zuzug arbeitssuchender Familien stieg die Anzahl der Wohnhäuser in diesem Jahrzehnt um 20 Prozent. Auch viele repräsentative Bauten entstanden. Doch all das war begleitet von zunehmenden sozialen Spannungen. Die krassen Unterschiede zwischen arm und reich prägten ganze Stadtviertel. Im letzten Band seiner 1893 erschienenen Stadtgeschichte schreibt der Historiker Hertzberg dazu, nachdem er den großartigen Aufschwung der Stadt gewürdigt hat: „Mit dem ‚Aufblühen‘ der Stadt sind die verschiedenen dunklen Schattenseiten des deutschen großstädtischen Lebens keineswegs ausgeblieben. Das alte Übermaß von Schankwirtschaften und Vergnügungslokalen aller Art in unserer Stadt hat sich auch in der Gegenwart oft unter den prunkendsten Formen, wieder eingestellt. Nach der politischen und sozialen Seite dagegen ist, wie in vielen anderen deutschen Zentralplätzen, bekanntlich auch in Halle ein s e h r ausgedehnter Teil der Bevölkerung der Sozialdemokratie zugefallen.“

Folge dieser politischen Entwicklung war, dass sich noch während der Geltung des Sozialistengesetzes, nämlich bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890, der sozialdemokratische Redakteur Fritz Kunert in der Stichwahl durchsetzte und damit erstmals den Reichstagswahlkreis Halle-Merseburg für die SPD gewann. Mit Ausnahme von 1907 konnte er diesen Wahlkreis bis zum Ende des Kaiserreiches halten. Außerdem erschien am 1. April 1890 die erste Nummer der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volksblattes für Halle und den Saalkreis“. In diesem Jahr entstanden auch weitere neue Organisationen, so der „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und anderer Arbeiter“, der „Sozialdemokratische Frauenverein Halle“, der Arbeitergesangverein „Vorwärts“, die „Generalkommission aller Gewerkschaften für Halle, und schließlich, am 18. November 1890 im „Kühlen Brunnen“, auf dem neuen Organisationsstatut der Partei aufbauend, der „Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis“.

Alles in allem konnte der Parteitag folglich an einem dafür höchst geeigneten Ort stattfinden. Die lokale Presse verschwieg dieses Ereignis nicht, sondern verfolgte es aufmerksam. Der Konservative „General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis“ veröffentlichte bereits am 10. Oktober die Liste der Delegierten mit folgenden Bemerkungen: „Nur noch zwei Tage trennen uns von der Eröffnung des sozialdemokratischen Kongresses, der in diesen Tagen die Blicke

aller derer auf unsere Stadt hinlenkt, die den Verlauf der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Kulturstaaten der alten Welt in den Kreis ihrer Beobachtung ziehen. Die Anhänger der sozialdemokratischen Partei selbst sehen diesem Kongress mit großer Hoffnung entgegen, sie erwarten von dem Ergebnis der bevorstehenden Erörterungen, dass in ihm die feste Basis zu jenem Zukunftsstaate gelegt werde, dessen Errichtung sie erstreben. Allein auch diejenigen Kreise und Schichten der Bevölkerung, welche es unserer Stadt als eine nur zweifelhafte Ehre anrechnen, dass selbige an übermorgigen Tage die Vertreter der unzufriedenen Arbeiterbevölkerung aller Länder in ihren Mauern empfängt, selbst diejenigen, welche bislang für die mahnende Stimme der unzufriedenen Elemente kein Gehör hatten und welche es mit Bedauern sehen, dass sich jetzt nach dem ersten Oktober und dem Wegfall des Sozialistengesetzes die bis dahin eingedämmte Agitation der Emanzipierten in Wort und Schrift frei entwickeln kann, auch alle diese der staatsgefährdenden Partei gleichgültig oder feindselig Gegenüberstehenden, werden dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle ihre Beachtung nicht versagen dürfen. Mit Interesse und Aufmerksamkeit wird man vielmehr den Beratungen desselben im ganzen Reich und über die Grenzen desselben hinaus folgen müssen, denn die handgreifliche Bedeutung der hier in Frage stehenden Faktoren für Staat und Gesellschaft ist nicht mehr zu leugnen.“ Diese konservative Stimme drückte offenbar die allgemeine Stimmung aus, sodass auch Oberbürgermeister Staude und Polizeirat v. Holly sich veranlasst sahen, an der Eröffnungssitzung teilzunehmen. Folglich war das Wort August Bebels von der „weltgeschichtlichen Mission“ der Sozialdemokratie auch nach Auffassung der konservativen Presse nicht übertrieben. Der internationale Charakter des Parteitages kam eindrucksvoll durch die Teilnahme und Grußworte ausländischer Sozialdemokraten zum Ausdruck. Sie kamen aus Kopenhagen, Paris, Gent, Warschau, Wien, Haag, Stockholm. Sie wurden brüderlich und herzlich willkommen geheißen und galten als Zeichen der Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Sie sollten „die Überzeugung mit in ihre Länder nehmen, dass die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer internationalen Aufgaben ebenso bewusst ist, wie der Pflichten, welche sie gegen die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat“.

Die Aufgabe des Parteitages war es, nicht nur über den erkämpften Erfolg zu jubeln, sondern vor allem hart zu arbeiten. Deswegen wurde der Bericht von August Bebel mit besonderer Spannung erwartet. Auch er gab zunächst einen Rückblick auf die vergangenen zwölf Jahre und die schweren Opfer. Während dieser Zeit konnte in Deutschland kein Parteitag abgehalten werden. In unregelmäßigen Abständen gelang dies nur im Ausland: 1880 in Wyden / Schweiz, 1883 in Kopenhagen / Dänemark und 1887 in St. Gallen/ Schweiz. Dann aber ging er auf die Versuche ein, die Partei wieder neu zu organisieren und berichtete über die wachsenden Wahlerfolge der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen. 1887 erhielten sie 763 000 Stimmen und wurden 1890 mit 1

427 000 Stimmen zu stärksten Fraktion im Reichstag. Dieser Zuwachs war in erster Linie der Arbeit der Reichstags- Abgeordneten bzw. -fraktion zu verdanken, deren Agitationsmöglichkeiten weitgehend erhalten geblieben waren.

Auf dem Parteitag gab es erhebliche Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit eines neuen Programms. Die Delegierten beschlossen, einen Entwurf dafür ausarbeiten zu lassen. Dieser wurde im Jahr danach beraten und als „Erfurter Programm“ beschlossen. Doch die Entscheidungen über die Organisation der Partei duldeten keinen Aufschub. Es war vom Parteitag eine 25er-Kommission gewählt worden -die natürlich wie jede Antragskommission schon lange zuvor gemeinsam gearbeitet hatte-, die den Delegierte am 17. Oktober einen gedruckten Organisationsentwurf vorlegte. Berichterstatter war der Reichstagsabgeordnete Auer. Er sagte zu diesem Entwurf: „Zunächst haben wir in der Überschrift den Parteinamen geändert in

„Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.

Darüber wird es einer weiteren Auseinandersetzung gar nicht bedürfen.“ Und in der Tat: es gab keine Diskussion zu diesem Punkt und auch der gesamte Organisationsentwurf wurde nach kurzer Vorstellung und ohne nennenswerte Diskussion mit nur einer Gegenstimme angenommen. Darin wurde auf insgesamt nur vier Druckseiten alles Erforderliche geregelt: die Mitgliedschaft, die Wahl der Vertrauensmänner in den einzelnen Wahlkreisen, die Aufgaben des Parteitages, die Parteileitung mit dem Sitz in Berlin und außerdem lesen wir: „Zum offiziellen Parteiorgan wird das ‚Berliner Volksblatt‘ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 an den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt.

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Name der Partei und auch ihrer Zeitung wurde nie geändert. Während in unserer Zeit eine andere konkurrierende Partei in 20 Jahren fünf Namen hatte, hat die SPD seit über 120 Jahren den selben Namen und ist gut damit gefahren. Sie gab ihn sich auf jenem historischen Parteitag 1890 in Halle an der Saale im heutigen Sachsen-Anhalt.

Die Erinnerung daran ist nicht verloren gegangen. Gleich nach der Neugründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt am 25. / 26. August 1990 wurde beschlossen, diesen bedeutenden Jahrestag am Ort der Gründung zu feiern. Es war am Freitag, den 12. Oktober 1990 -zwei Tage vor der ersten Landtagswahl-

als auf die Stunde genau nach 100 Jahren zu dieser Veranstaltung eingeladen wurde. Das Haus hieß nicht mehr „Zum Hofjäger“ sondern Jugendklubhaus „Philipp-Müller“ -inzwischen heißt es „Schorre“- und auch die Straße trug diesen Namen - ab jetzt wird sie nach Willy Brandt genannt- doch es war der selbe Saal. Die Festrede hielt Johannes Rau, der spätere Bundespräsident, damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und stellvertretende Parteivorsitzende. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden gab der Stadtarchivar Werner Piechocki einen historischen Rückblick, und der Abend klang aus mit einem geselligen Beisammensein der vielen Gäste in Anwesenheit des Spitzenkandidaten Reinhard Höppner, dem späteren Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt. Der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte ein Grußwort zu dieser Festversammlung geschrieben. Nachdem er kurz auf die Geschichte dieses Jubiläums eingegangen war betrachtete er die Gegenwart und blickte in die Zukunft:

„Heute erinnern wir uns an diesen Parteitag in Halle vor 100 Jahren um so intensiver, als vor wenigen Tagen auf unserem Berliner Parteitag der Zustand, der 1946 durch die Zwangsvereinigung geschaffen worden war, sein Ende gefunden hat. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und in ganz Berlin existieren wieder Gliederungen der SPD. Aufs Neue bilden sie zusammen mit den Gliederungen der westdeutschen Bundesländer die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Damit haben sich einmal mehr die Ideale der deutschen Sozialdemokratie, hat sich ihre Lebenskraft als stärker erwiesen als die Mächte und Kräfte, die die Sozialdemokratie auslöschen wollten und sich selbst für unbezwingbar hielten. Wir feiern unsere Parteijubiläen nicht selbstgefällig. Wir verdrängen nicht die Irrtümer und Fehler, die es auch in unserer Geschichte gegeben hat. Aber wir feiern in dem Bewusstsein, dass wir uns unserer Geschichte nicht zu schämen haben, dass wir auf diese Geschichte stolz sein können. Wir sind die älteste der deutschen Parteien. Im Strom der deutschen Geschichte haben wir vor allem die Kontinuität der geistigen politischen Kräfte deutlich gemacht, deren Anstrengungen von Anbeginn an auf ein friedliebendes, freiheitliches, demokratisches, sozial- und rechtsstaatliches, in sein europäisches Umfeld eingebettetes Deutschland gerichtet war. Deshalb ist die 100ste Wiederkehr des Parteitages von Halle nicht nur ein sozialdemokratisches Jubiläum, sie ist ein politisches, ein demokratisches Jubiläum in Deutschland.“

Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890-1914 in Magdeburg

Das Jahr 1890 markiert einen Einschnitt in der Zeit zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914. Der junge, 1888 auf den Thron gelangte Kaiser Wilhelm II. entließ Otto von Bismarck, der als preußischer Ministerpräsident, seit 1867 zusätzlich als Bundes- bzw. Reichskanzler die Politik Preußens und des Reichs beherrscht hatte. Der wichtigste Grund für die Entlassung war das Ende des Sozialistengesetzes, das 1878 erstmals in Kraft gesetzt und seitdem mehrfach verlängert worden war. 1890 aber gab es keine Mehrheit mehr für eine weitere Verlängerung. In den Jahren 1890/95 endete eine lange krisenreichen Konjunkturperiode, die einem sehr viel stabileren Aufschwung Raum gab, der mit Produktivitätszuwächsen einherging und die Einkommensverhältnisse vieler Familienhaushalte nachhaltig verbesserte. In diesen Jahren rebellierten agrarische Interessenvertreter gegen das Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter den wirtschaftlichen Erfolgen von Handel und Industrie. Der Urbanisierungsprozess schritt voran, die Städte übten eine enorme Anziehungskraft auf die ländliche Bevölkerung aus, zumal die städtische Infrastruktur leistungsfähig und modern ausgebaut wurde. Verbände und Vereine erfuhren einen erheblichen Aufschwung, an dem eine wachsende Zahl von Städtern Anteil nahmen.

Das Ende des Sozialistengesetzes

Aber zurück zum gescheiterten Sozialistengesetz, das über zwölf Jahre die öffentlichen Aktionen der Sozialdemokratischen Partei und sozialistischen Gewerkschaften mit Ausnahme der Beteiligung an politischen Wahlen verboten hat. Wo sie trotzdem durch Schriften und Flugblätter, Veranstaltungen und konspirative Treffen hervortraten, liefen sie Gefahr, von der Polizei aufgespürt zu werden und hatten mit Gefängnisstrafen und Ausweisungen zu rechnen. Zählt man die Zeiten der verhängten Gefängnisstrafen gegen Sozialdemokraten in Magdeburg zusammen, so kommt man auf die erschütternd hohe Zahl von 32 Jahren, 11 Monaten und 27 Tagen²², die anders als heute nicht überwiegend zur Bewährung ausgesetzt wurden, sondern durchweg bis zum letzten Tag abgesessen werden mussten.

Das Auslaufen des Sozialistengesetzes bedeutete allerdings keineswegs auch das Ende staatlicher Repression gegenüber der Sozialdemokratie und dem Eintreten für die Interessen der Arbeiterbewegung. Dabei ist zwischen den Versuchen, nach Ersatzmaßnahmen für das Sozialistengesetz zu suchen, und der konsequenten Anwendung der bestehenden Gesetze zur Unterdrückung oder

²² I. Drechsler, Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Oschersleben 1995, S. 38.

Eindämmung sozialdemokratischer Aktivitäten zu unterscheiden. Bestrebungen zur Neuauflage von Verbotsmaßnahmen hat es zwischen 1890 und 1914 wiederholt gegeben. Hier ist beispielsweise die Umsturzvorlage von 1894/95 zu erwähnen, die alle gegen die bestehende Ordnung gerichteten Bestrebungen mit Gefängnisstrafen bedrohte. Sie ist schließlich gescheitert, weil sie die Publikations- und Pressefreiheit generell bedrohte und damit auch das liberale Bürgertum gegen dieses Gesetzesvorhaben aufbrachte. Im Laufe der Zeit wurde zunehmend deutlich, dass weder eine Neuauflage des Sozialistengesetzes noch eine generelle Verschärfung des Strafrechts durchsetzbar war. Das gilt auch für die niemals aufgegebenen Versuche, das Reichstagswahlrecht anzutasten. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, 1867 von Bismarck gegen das in Preußen geltende, den Liberalismus begünstigende Dreiklassenwahlrecht durchgesetzt, hatte sich entgegen der konservativen Erwartung ausgewirkt und neben der katholischen Zentrumsparlei die 1863/69 formierte Sozialdemokratie begünstigt. Bismarck hat daher im Verlauf der achtziger Jahre wiederholt den Versuch gemacht, das Reichstagswahlrecht zu revidieren. Diese Vorstöße blieben aber ebenso erfolglos wie in die gleiche Richtung zielende spätere Bestrebungen des Kaisers und des konservativen Regierungslagers. Solche Maßnahmen wurden als Staatsstreich gegen die Reichsverfassung und den ihr zugrundeliegenden Kompromiss betrachtet und waren auf dem Wege der Gesetzgebung nicht durchsetzbar. Auf dem Reichstagswahlrecht aber beruhte der politische Einfluss der Sozialdemokratie.

Polizeistaatliche Gesetze

Aber die bestehende Rechtslage bot vielfältige Möglichkeiten der Repression gegen sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Aktionen. Einen besonderen Schutz der politischen Parteien, wie es das Parteiengesetz für unsere Gegenwart kennt, gab es im Kaiserreich nicht. Für die Parteien galt das allgemeine Vereins- und Versammlungsrecht. Dieses enthielt ein dichtmaschiges Netz von bürokratischen Auflagen, bei denen die Polizei quasi nach Belieben Verstöße feststellen konnte. Bis 1908 bestand zudem das sogenannte Verbindungsverbot, demgemäß Vereine untereinander nicht in einen institutionellen Kontakt treten durften, was ebenfalls der Feststellung von Rechtsverletzungen Tor und Tür öffnete. Jugendlichen unter 18 Jahren und Frauen (bis 1908) war eine Teilnahme am Vereinsleben generell untersagt. Enge politische Grenzen galten auch für das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Davon waren sozialdemokratische Presseerzeugnisse auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes regelmäßig betroffen. Die Redakteure der am 1.7.1890 gegründeten Magdeburger Volksstimme hatten darunter besonders zu leiden. Bis 1894 mussten sie insgesamt 7 Monate, 6 Woche und 13 Tage Haft verbüßen, ein Maß an Strafverfolgung, das auch überregional als außergewöhnlich registriert wurde²³. Kein Blatt, merkte der „Vorwärts“ 1900 an, sei dermaßen schikaniert worden

²³ Ebd., S. 42

wie die Magdeburger Volksstimme²⁴. Viele Zeitungen hatten einen sogenannten Sitzredakteur in ihrer Redaktion, der die verfügbaren Strafen abzusitzen hatte. Ein weiteres Problem stellte das Koalitions- bzw. Streikrecht dar, das nicht grundrechtlich, und sei es auch nur deklaratorisch, geschützt war und immer dann eingeschränkt wurde, wenn es mit anderen Rechtsnormen kollidierte. So geriet z.B. das sog. Streikpostenstehen immer in Gefahr, als Nötigung verboten zu werden. Die Arbeitskämpfe, die in dieser Zeit an Zahl und Intensität erheblich zunahmen, waren permanent von polizeilichen Gegenmaßnahmen bedroht. Die Stadt Magdeburg war wegen der Kampfmaßnahmen der Polizei gegen gewerkschaftliche Streiks berüchtigt. Deren Übergriffe wurden nur in ganz seltenen Fällen durch die Gerichte aufgehoben. Es gab auch so gut wie keine öffentliche Kritik an diesen Polizeimaßnahmen, die vom Regierungspräsidium Magdeburg häufig gesteuert wurden.

Wiederaufbau der Parteiorganisation

Im Organisationsverhalten der Sozialdemokratie spiegelte sich auch nach 1890 die Furcht vor jederzeit möglichen Verbotsmaßnahmen. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass die Partei 1890 zunächst in Gestalt von 5 Arbeitervereinen in den verschiedenen Stadtteilen ins Leben trat. Dadurch schien die Chance, dem polizeilichen Zugriff zu entkommen, etwas größer zu sein. Dennoch wurden diese Arbeitervereine im Mai 1891 erneut verboten. Anlass war die Beteiligung an den sozialdemokratischen Maifeiern. Für 1890 war erstmals der 1. Mai als internationaler Kampftag ausgerufen worden, der den 8-Stunden-Tag als Ziel proklamierte und durch eine eintägige Arbeitsniederlegung begangen werden sollte. Unter dem Einfluss der radikalen „Jungen“, einer innerparteilichen Opposition, beteiligten sich die Magdeburger Sozialdemokraten deutlich entschlossener, als es der Berliner Partei- und Fraktionsspitze recht war, an diesen Aktionen. Der Parteiführung schien es zu gefährlich, die neu gewonnene Legalität wieder aufs Spiel zu setzen. 1891 wurde ein Allgemeiner Arbeiterverein für Magdeburg und Umgebung gegründet, der 1895 wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsrecht aber schon wieder polizeilich aufgelöst wurde.

Von einer kontinuierlich tätigen Organisation kann man erst nach Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1900 sprechen. Zu dieser Zeit hatten sich die Gewerkschaften, die 1895 ein Aktionskomitee der Gewerkschaften Magdeburgs gebildet hatten, längst formiert. Dies erklärt auch den gewissen Rückstand der Partei gegenüber den Gewerkschaften. Karl Liebknecht fühlte sich bei seinem öffentlichen Auftritt 1900 in Magdeburg verpflichtet, dem Parteianhang die Leviten zu lesen: Nur 500 Mitglieder der Sozialdemokratie gegenüber einer Zahl von 10000 gewerkschaftlich Organisierten seien einfach

²⁴ Ebd., S. 66

eine Schmach!²⁵ Allerdings ist es dabei nicht geblieben. Die Zahl der Parteimitglieder stieg über 3300 (1906) auf 7266 (1912) und erreichte 1914 mit 7577 ihren Höchststand. Sie stand damit auch im Regierungsbezirk Magdeburg klar an der Spitze.

Reichstagswählerfolge

Bei der Reichstagswahl 1890 – das Sozialistengesetz war noch in Kraft, sein Ende aber bereits beschlossen – wurde die Sozialdemokratie erstaunlicherweise nach Anzahl der Stimmen die stärkste Partei im Reich. Allerdings lag zwischen der Zahl der Stimmen und der Zahl der Mandate eine tiefe Kluft. Das hatte zwei Gründe: einmal war die Zahl der Wähler in den Wahlkreisen extrem unterschiedlich. Das Stimmgewicht der Landkreislewähler konnte im Extremfall bis zu 20 Mal mehr wiegen als in Großstädten mit einem rasanten Bevölkerungszuwachs. Zum anderen galt das absolute Mehrheitswahlrecht. Soweit die absolute Mehrheit nicht im ersten Wahlgang erreicht wurde, wurde eine Stichwahl erforderlich, bei der die Sozialdemokratie in der Regel allein einem Parteienbündnis gegenüberstand. 1890 war es keine Frage, dass die SPD den überwiegend städtischen Wahlkreis Magdeburg gewinnen würde. Allerdings war eine Nachwahl erforderlich, weil der gewählte Kandidat, der bekannte bayrische Sozialdemokrat Georg von Vollmar, das Mandat für einen anderen Wahlkreis angenommen hatte. Mit einer einzigen Ausnahme, der Reichstagswahl von 1907, hat die SPD diesen Wahlkreis regelmäßig bis 1912 gewonnen. Die Ausnahme, die Reichstagswahl von 1907, war das Resultat einer außerordentlichen Mobilisierungskampagne einer antisozialdemokratischen Sammlung unter Führung des 1903 gegründeten Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie. 1903 hatte die SPD das Mandat erst in der Stichwahl gewonnen, nachdem unter Einsatz von August Bebel der Wähleranhang mobilisiert worden war. Seit 1898 wurde der Wahlkreis von Wilhelm Pfannkuch, Mitglied des Parteivorstands, vertreten, nachdem der 1893 gewählte Magdeburger Wilhelm Klees die Akzeptanz verloren hatte. Ungewöhnlich war es, dass im Jahre 1912 eine erneute Kandidatur Pfannkuchs von den Delegierten abgelehnt wurde. Stattdessen wurde der Magdeburger Anwalt Otto Landsberg aufgestellt und im ersten Wahlgang gewählt. Landsbergs Popularität beruhte darauf, dass er die Magdeburger Sozialdemokraten und Gewerkschaftler bei zahlreichen Gerichtsverfahren vertreten hat. Er sollte kurz darauf überregional Aufsehen erregen, weil er – entgegen der Beschlusslage der Fraktion – bei der Huldigung für den Monarchen nicht sitzengeblieben war, sondern das „Kaiserhoch“ stehend über sich hat ergehen lassen²⁶.

Bei der Reichstagswahl 1912 wurde die Sozialdemokratie erstmals die nach Mandaten stärkste Partei des Reichstags. Das hat ihre Einflussmöglichkeit auf

²⁵ Ebd., S. 99

²⁶ D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1973, S. 544 f.

die Reichspolitik zumindest als Verhinderungsinstanz deutlich verstärkt. Der Reichstag war das Forum, indem die SPD, ohne Strafverfolgungsmaßnahmen fürchten zu müssen, Missstände in der Reichspolitik, Willkürakte der Klassenjustiz, die unzureichenden sozialen Verhältnisse, die ungerechte Steuerlastverteilung und vieles mehr anprangern konnte.

Klassenwahlrechtssysteme in Preußen und in den Kommunen

Der Reichstag war allerdings das einzige Repräsentationsorgan, auf das die SPD Einfluss nehmen konnte. Der preußische Landtag blieb ihr aufgrund des Dreiklassenwahlrechts verschlossen. Lange hatte die Partei deshalb auf eine Beteiligung an den Landtagswahlen gänzlich verzichtet. Nach der Jahrhundertwende hob die Partei ihren Boykottbeschluss in der Absicht auf, durch die Teilnahme an den Landtagswahlen zugleich gegen das die besitzlosen Schichten krass benachteiligende System zu protestieren. In der Tat erwies sich das Dreiklassenwahlrecht für die Sozialdemokratie als ein hervorragender Mobilisierungsfaktor, der zugleich von dem ideologischen Grundwiderspruch zwischen revolutionärem Parteiprogramm und einer pragmatischen, auf die Erringung der parlamentarischen Mehrheit gerichteten Politik der SPD ablenken konnte.

Das Kommunalwahlrecht war zwar nicht minder ungerecht als das Landtagswahlgesetz, aber es erlaubte immerhin bescheidene Erfolge der SPD, weil die drei Klassen hier je für sich ihre Mandatsträger wählen konnten. Seit 1899 verfügte die SPD in Magdeburg über 5 Stadtverordnete und war so imstande, durch Anträge und Debattenbeiträge auf die kommunale Stadtpolitik Einfluss zu nehmen. Die Kommunen übernahmen damals wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge, z.B. in der Gesundheitspolitik, in Hygienemaßnahmen und dem Aufbau von Versorgungseinrichtungen. Die Partei hatte Anteil an der Einrichtung eines amtlichen Wohnungsnachweises und an der Wohnungsinspektion. Sie drang bei auftretender Arbeitslosigkeit auf Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten, konnte aber den Aufbau einer kommunalen Arbeitslosenversicherung nicht durchsetzen, nachdem dies auch auf Reichsebene nicht gelungen war. Es gab allerdings seit Mitte der 90er Jahre kaum eine strukturelle Arbeitslosigkeit, sondern nur saisonale Unterbeschäftigung, auf die der Arbeitsmarkt mit der Beschäftigung von Saisonarbeitern reagiert hatte. Davon ausgenommen ist die Arbeitslosigkeit infolge von Streiks und Aussperrungen, die in dieser Zeit, vor allem nach der Jahrhundertwende, eine große Rolle spielte.

Arbeitskämpfe

Der Nährboden für die Arbeitskämpfe dieser Zeit war der mit dem konjunkturellen Aufstieg verbundene Produktivitätsgewinn, der Spielräume für Lohnerhöhungen eröffnete. Ansteigende Löhne gab es vor allem in der

metallverarbeitenden Industrie. Andererseits ist in dieser Zeit eine Tendenz zur Lohnnivellierung zwischen den Branchen zu erkennen. Das krasse regionale Lohngefälle blieb davon unberührt. Die Industriegebiete der Provinz Sachsen lagen durchweg deutlich über dem Reichsdurchschnitt.²⁷

In aller Regel waren Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Erleichterungen des Akkordlohns und andere Verbesserungen der Arbeitsgestaltung das Ergebnis harter Arbeitskämpfe, die zum Teil bis an den Rand der Existenz der Beschäftigten ebenso wie der Betriebe geführt wurden. Voraussetzung für die Streikfähigkeit der Arbeiter war ihre gewerkschaftliche Organisation, die in Magdeburg seit etwa 1895 in großem Umfang erfolgt war und zu der Bildung eines Aktionskomitees der Gewerkschaften geführt hatte. 1901 verdichteten sich die gewerkschaftlichen Organisationen zum Gewerkschaftskartell, das hier wie in fast allen Industrieregionen gebildet wurde. Ab 1905 gehörten alle in Magdeburg existierenden Gewerkschaften dem Kartell an. Es unterhielt ein Gewerkschaftsbüro, das von Hermann Beims geleitet wurde, und bald darauf zusätzlich Friedrich Holzapfel als zweiten Sekretär anstellte. Über die Tarifaueinandersetzen hinaus koordinierte das später in Arbeitersekretariat umbenannte Büro sozialpolitische Interessen der Arbeiter und erteilte Auskünfte in allen Rechtsfragen und Sozialversicherungsangelegenheiten. Es war ferner an paritätischen Arbeitsnachweisen bei der städtischen Arbeitsvermittlung beteiligt.

Zurück zu den Arbeitskämpfen, die von den einzelnen Gewerkschaften geführt wurden. Ingrun Drechsler hat die zwischen 1898 und 1912 geführten Streiks der Bauarbeiter, Kutscher, Klempner, Holzarbeiter und Bäcker im Einzelnen beschrieben.²⁸ Es gab weder Tarifrecht noch die Anerkennung der Gewerkschaft als Tarifpartner, die ständig mit polizeilichen Maßnahmen rechnen mussten. Nicht selten griffen die Arbeitgeber zum Mittel der Aussperrung in der Absicht, die streikführenden Gewerkschaften finanziell zu ruinieren, selbst auf das Risiko hin, dass die Tätigkeit der eigenen Betriebe zum Stillstand kam. Die Arbeitgeberkartelle drohten damit, jede Anstellungsmöglichkeit der streikenden Arbeiter zu verhindern. Die Gewerkschaften haben in solchen Fällen die ledigen Mitglieder aufgefordert, sich außerhalb Magdeburgs eine neue Arbeitsstätte zu suchen, damit die finanzielle Unterstützung einigermaßen für die aufgrund ihres Familienstatus an Magdeburg gebundenen Mitglieder reichte. Die Arbeitskämpfe konnten sich über mehrere Monate hinziehen. Sie endeten überwiegend mit Teilerfolgen, wenn es vereinzelt auch zu bitteren Niederlagen und dem Abbruch der Arbeitskämpfe gekommen ist. Ritter/Tenfelde haben eine relative Schwächung der Marktmacht der Arbeiter konstatiert, festgemacht am Zurückbleiben der

²⁷ G.A. Ritter, K. Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 477

²⁸ Drechsler, S. 52 ff., u. S. 79 ff.

Reallöhne hinter dem Produktivitätsfortschritt.²⁹ Insgesamt sind die Vereinbarungen als Kompromisse zu werten, die in einem krassen Missverhältnis zu der Militanz der Arbeitskämpfe stehen, die durch den Einsatz vom Militär als Streikbrecher noch ein zusätzliches Gefährdungspotenzial erhielten. Großbetriebe wie Krupp/Gruson, Wolf und Schäffer/Buddenberg hatten mittlerweile betriebseigene Werkvereine („gelbe Gewerkschaften“) gegründet und deren Mitglieder durch Werkwohnungen und durch soziale Vergünstigungen an das Unternehmen gebunden. Sie rekrutierten Mitglieder dieser Werkvereine im Umfang von bis zu 10-15% der Belegschaft, konnten aber die Streikfähigkeit und Meinungsführerschaft der Gewerkschaften nicht gefährden.

Die soziale Lage der Arbeiter

Insgesamt hat es nach 1900 deutliche Lohnerhöhungen gegeben. Diese reichten für eine ausreichende und gesunde Ernährung allerdings nur dann aus, wenn der Lohn des Familienvaters durch zusätzliche Verdienstmöglichkeiten der Ehefrau bzw. erwachsener Kinder ergänzt wurde, wenn Nebeneinkünfte aus Vermietung oder eine Ernährungsgrundlage aus eigenen Feldern oder Gärten bestanden.

Die in den Großstädten im ausgehenden 19 Jahrhundert häufig katastrophale Wohnsituation hat sich seit der Jahrhundertwende etwas entspannt. Die Zahl der Wohnungen stieg in Magdeburg im ersten Jahrzehnt nach 1900 um 19%. Das Bevölkerungswachstum schwächte sich hier weit früher ab als in den meisten Großstädten. „Die drückende Enge ließ etwas nach, aber sie verschwand nicht.“³⁰ In Magdeburg teilten sich 3,81 Personen 1886 ein heizbares Zimmer; 1905 waren es nur noch rund 3 Personen.

Durch die relativ sichere Beschäftigungslage bei insgesamt verlässlichen Löhnen ergab sich ein Erwerbseinkommen aus unselbständiger Arbeit, das „auf eine neue Weise die Heirats- und Familienfähigkeit begründet hat“. Das Heiratsalter ging tendenziell zurück. Aufgrund der sinkenden Mortalität stieg die durchschnittliche Dauer der Ehe an, die meistens erst durch den Tod einer der Partner beendet wurde. Allerdings sind für Magdeburg exorbitant hohe Scheidungsraten belegt.³¹ In dieser Zeit setzte ein rückläufiger Trend der Geburten infolge einer bewussteren Geburtenkontrolle ein, der allerdings durch den Rückgang der Säuglingssterblichkeit erheblich kompensiert wurde. Die Magdeburger Bevölkerung dürfte damals überwiegend als sesshaft zu bezeichnen sein. „Hochmobil“ waren vor allem die ledigen Arbeiter zwischen 18 und 35 Jahren. Die Zahl der Schlafgänger, die eine erhebliche Einschränkung der Familienintimität darstellten, ging auf ca. 2 % zurück. Die hohe Wohndichte

²⁹ Ritter, Tenfelde, S. 496

³⁰ Ebd., S. 599

³¹ A. Grosse, Die Bevölkerungsentwicklung der deutschen Großstädte im Rahmen der Urbanisierung bis 1914 am Beispiel Magdeburgs, Magisterarbeit Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg 1999, S. 57

förderte eine „familiär-nachbarliche halboffene Lebensweise, in der wenig verborgen blieb“³².

Um die Jahrhundertwende war die Schulpflicht vollständig durchgesetzt, die für die Arbeiterkinder eine elementare Bildung ermöglichte, zugleich als Sozialisationsinstanz in Konkurrenz zu Familie und Milieu trat. Das gleiche gilt für die damals zweijährige militärische Dienstpflicht, die einerseits die Integrationsfähigkeit des Heers nicht überforderte, andererseits aber nicht dazu führte, die aus dem klassenbewussten Proletariat stammenden Dienstpflichtigen ihrer milieuspezifischen Gesinnung zu entfremden, auch wenn die Reservisten nach ihrer Dienstpflicht von Kriegervereinen in der Absicht umworben wurden, ihre Mitglieder in monarchisch-militärischen Wertvorstellungen zu indoktrinieren.

Mit dem zunehmenden Bewusstwerden der Generationserfahrung entsteht damals in den Großstädten ein Jugend-Bewusstsein, nicht nur in der Arbeiterjugend, das für neue Erfahrungen und Prägungen disponierte und die junge Generation in der Folge vor harte Proben stellte.

Infolge des Rückgangs epidemischer Volkskrankheiten und einer wesentlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung stieg die Volksgesundheit erheblich an, doch blieb die Krankheit als Existenzrisiko trotz der allmählich einsetzenden Wirkungen der Krankenversicherung eine reale Bedrohung.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Mit der Errichtung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, mit den Erfolgen bei den Reichstagswahlen, mit dem dichtmaschigen Netz von Einrichtungen des sozialistischen Milieus hatte die Sozialdemokratie am Ende des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts eine Menge zu verlieren. Das wurde beispielsweise bei der Diskussion über den Massenstreik als Auslöser der sozialen Revolution deutlich. Die Parteispitze ebenso wie die Gewerkschaftskommission lehnten diese Forderung der Linken entschieden ab, wobei die Gewerkschaftskommission zudem deutlich machte, dass sie nicht bereit sei, sich einem Primat der Partei zu unterwerfen.

Von jeher hatte die SPD Militarismus, Imperialismus und Hochrüstung entschieden bekämpft. Dementsprechend gab der Parteivorstand während des Balkankriegs 1912 die Parole aus: „Nieder mit dem Krieg, demonstriert für den Weltfrieden!“ Andererseits bekannte sich die Partei im folgenden Jahr zur Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung, falls der Krieg nicht verhindert werden konnte, der „unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen könnte“³³. Die Parteiführung war weit davon entfernt, in dem

³² Ritter, Tenfelde, S. 617

³³ Groh, S. 432 f.

Krieg eine unvermeidliche Folge des Imperialismus zu sehen, den die Sozialdemokratie eigentlich begrüßen müsste, weil der Krieg zum Zusammenbruch des monarchischen System und der kapitalistischen Ausbeutung führen müsse. 1910 hatte die zweite Sozialistische Internationale ihr Büro beauftragt, im Falle des drohenden Kriegsausbruchs das Gesetz des Handelns zu übernehmen und einen internationalen Streik gegen den Krieg zu organisieren. Davon war aber in der Julikrise von 1914 nichts zu spüren. Die deutschen Sozialdemokraten unterstützten durch die Bewilligung der Kriegskredite die Reichsregierung, nachdem diese mit ihren politischen Maßnahmen den Anschein erweckt hatte, sie würde einen Verteidigungskrieg in erster Linie gegen das zaristische Russland führen. Mit der Masse der wehrfähigen Deutschen zogen auch die Sozialdemokraten in den Krieg, der die Partei spaltete und unermessliche Opfer forderte.

Gustav Stollberg (1866 – 1928) – Burgs Sozialdemokrat der ersten Stunde

Mit Gustav Stollberg erleben wir eine sozialdemokratische Geschichte aus der Provinz, einem Mann der seinen Schaffenshöhepunkt im beginnenden 20. Jahrhundert erlebte. Es ist die Geschichte eines Arbeitersohnes der stets zum Wohle seiner Heimatstadt agierte.

Stollberg wurde als Sohn eines Schuhmachermeisters am 4. März 1866 in Burg geboren. Im Alter von fünf Jahren verlor er seinen Vater, der 1871 als Soldat im Deutsch-Französischen Krieg bei Belfort fiel. Er besuchte von 1872 bis 1880 die Knaben-Bürgerschule in Burg. Recht und schlecht verlief seine Kindheit in einer typischen Arbeiterfamilie der damaligen Zeit. In den Jahren von 1880 bis 1883 wurde er zum Tischler ausgebildet. Wie es zu der Zeit üblich war, begab er sich mit anderen Gesellen auf Wanderschaft, um seinen Beruf und die Welt kennen zu lernen. Diese Wanderjahre prägten ihn sehr und die gesammelten Berufserfahrungen waren die Grundlagen für die Erlangung des Meisterbriefs für das Tischlerhandwerk. In der Zeit von 1886 bis 1888 gehörte er dem Infanterie-Regiment „Fürst Leopold von Anhalt-Dessau“ (1. Magdeburgisches) Nr. 26 des IV. Armeekorps, Provinz Sachsen, an. 1897 machte er sich selbstständig und eröffnete eine Tischlermeisterpraxis in Burg. Die Firma florierte schon nach wenigen Jahren und es erfolgte die Einstellung von mehreren Gesellen. Da der alte Geschäftssitz bald zu klein wurde erwarb Stollberg im Jahre 1910 ein eigenes Grundstück und vergrößerte somit sein Metier. Schon in jungen Jahren legte er eine große Schaffenskraft und Risikobewusstsein an den Tag. Sein Feingefühl für den Erfolg gab ihm zu jeder Zeit recht. Zudem trat Stollberg seit seiner Jugend für die Arbeiterbewegung ein. Diesbezüglich kümmerte er sich um die Organisation der Arbeiterschaft im Sportwesen.

Bereits als junger Mann trat er 1888 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ein. Trotz einer großen privaten als auch beruflichen Belastung wurde er einer der Mitbegründer und zur bestimmenden Kraft der SPD in Burg. Während verschiedener Wahlkämpfe reiste Stollberg durch die damaligen Landkreise Jerichow I und Jerichow II, machte in verschiedenen Ortschaften mit rhetorisch ausgefeilten Reden auf sich aufmerksam und erhielt von Auftritt zu Auftritt mehr und mehr Popularität. Im Jahre 1890 heiratete er schließlich seine Jugendliebe Marie Stollberg (geborene Siebert) mit der er glücklich bis an sein Lebensende verheiratet war.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges engagierte er sich zunehmend in der Kommunalpolitik. Ab 1919 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Burg und über viele Jahren deren Vorsitzender. Er war stets mit großem Engagement und tatkräftiger Gewissenhaftigkeit ein engagierter

Kämpfer für die Notleidenden. In dieser Funktion machte er es sich zur Aufgabe, die Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg beseitigen zu helfen. Um sich sammelte er eine Gruppe Gleichgesinnter und stellte sich an die Spitze einer Bewegung zur Gründung einer Baugenossenschaft mit dem Ziel, den Wohnungsbau in Burg voranzutreiben. Stollberg beteiligte sich aktiv an der Gründung der Baugenossenschaft Burg e.G.m.b.H. um soziale Wohnprojekte in seiner Heimatstadt durchzusetzen. Als Gründungsmitglied wurde er im April 1919 in den Aufsichtsrat derselben gewählt und war gleichzeitig ihr Geschäftsführer. Seine Tätigkeit hierbei war durch seine ruhige, besonnene und entschlossfähige Wesensart beispielhaft. Das genossenschaftliche Leitmotiv „Hilfe durch Selbsthilfe“ wurde erstmalig in der Gründung der Burger Baugenossenschaft verwirklicht. Mit dieser Initiative erwarb sich Gustav Stollberg viel Anerkennung und Sympathie innerhalb der Burger Bevölkerung. Er konnte nicht ahnen, dass sich aus dieser Genossenschaft über Jahre hinweg ein Leistungsstarkes Wohnungsbauunternehmen entwickeln konnte. Sein Bekanntheitsgrad überschritt schon bald die Kreisgrenzen und er wurde in seinem Wahlkreis von der SPD zum Kandidaten des preußischen Landtages nominiert und auch gewählt. Von 1924 bis 1927 gehörte Stollberg dem Preußischen Landtag in Berlin an. Während dieser Jahre vergaß er nie seine Heimatstadt Burg und setzte sich vehement für die Aufgaben – auch die des Wohnungsbaues – seiner Stadt ein. Im Jahre 1927 zog Stollberg durch das Nachrückverfahren für den verstorbenen Parteikollegen Hermann Silberschmidt in den Reichstag ein, dem er als Vertreter des Wahlkreises 10 (Magdeburg) bis zu seinem Tod im Februar 1928 angehörte. Trotz seiner vielen öffentlichen Verpflichtungen blieb Stollberg Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Burg und leistete hervorragende Arbeit. Neben seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat der Baugenossenschaft war er auch aktiv in der Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in der Konsum- und Sparkassengenossenschaft Burg und Umgebung, im Volkschor Burg, in der Vereinigten Turnerschaft Burg und in leitenden Gremien des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Trotz zunehmend starker gesundheitlicher Probleme setzte er sich unermüdlich für die Geschicke seiner Heimatgemeinde ein.

Gustav Stollberg wurde nur 61 Jahre alt und hinterließ eine große Lücke im politischen Geschehen der Stadt Burg. Er verstarb am 25. Februar 1928 nach schwerem Leiden an Magen- und Leberkrebs in einer Magdeburger Privatklinik. Seine Geschichte und sein Werdegang sind ein Beispiel dafür, dass jemand aus einfachsten Verhältnissen stammend zu großem Ansehen kommen kann. Stollberg hat in seiner Überzeugung für die Sozialdemokratie schwere persönliche Opfer bringen müssen. Während der Zeit des Sozialistengesetzes musste er wie viele andere eine Zeit im Zuchthaus verbringen. Doch nichts hat ihn von seiner Überzeugung abbringen können. Jahrzehntlang trat er in seiner Heimat für die soziale Gerechtigkeit ein und warb für ein solidarisches Miteinander. Sein Ansehen beschränkte sich nicht nur auf die Arbeiterschaft, er

genoss auch große Wertschätzung beim ansässigen Bürgertum. Während der Inflationsunruhen des Jahres 1923 verhinderte er durch einen Aufruf zu Vernunft und Besonnenheit eine Plünderung der Bürger Geschäftslandschaft. Dieses beherzte und couragierte Vorgehen blieb für lange Zeit in dankbarer Erinnerung der Bürger Geschäftsleute.

Doch Vernunft und Sachverstand erzeugen nicht nur Beifall und Anerkennung sondern auch Widerstand und Neid, vor allem innerhalb der eigenen Partei. Während der wirtschaftlichen schwierigen Jahre unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, kaufte die Bürger SPD mit öffentlichen Mitteln eine zuvor in Konkurs geratene Firma. Der nunmehr „Phoenix“ genannte Betrieb sollte, wie in der gleichnamigen mythologischen Geschichte, aus der Asche aufsteigen und Silos für die Landwirtschaft sowie Autoscheinwerfer produzieren. Stollberg sah das Projekt weniger euphorisch und warnte vor dem Vorhaben mit den Worten: „Ihr versteht doch nichts von Wirtschaft“. Daraufhin wurde ihm mit dem Ausschluss aus der Partei gedroht und man nahm ihn unter Fraktionszwang. Um ihn dennoch in das Projekt einzubinden, wurde er schließlich sogar Aufsichtsratsvorsitzender des neugegründeten Unternehmens. Nach dem von ihm bereits vorausgesagten negativen Ende der Firma kamen auf ihn sogar noch Entschädigungsansprüche seitens des Konkursverwalters zu. Diese wurden allerdings nach seinem Tod durch den Anwalt der Familie abgewehrt. Dennoch lehrt uns dieses Beispiel, dass Engagement in der Politik auch mit einem Vermögensverlust enden kann.

Sein Tod erregte große Anteilnahme, was nicht zuletzt die vielen überlieferten Todesanzeigen in den damaligen Tages- und Wochenzeitungen belegen. Nicht nur seine Familie sondern auch die Konsum- und Sparkassengenossenschaft Burg und Umgebung, der Magistrat der Stadt Burg und der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Magdeburg-Anhalt zeigten ihre Anteilnahme in Form von Nachrufen und Beileidsbekundungen. Als er im Februar 1928 beerdigt wurde folgte dem Geleitzug durch die Stadt Burg ein großer Teil der damaligen Einwohnerschaft. Alle großen Betriebe - teils mit Belegschaften über 2.000 Personen- ließen ihre Arbeit während der Beisetzung ruhen. In Anerkennung seiner Leistungen und seiner menschlichen Einstellung erinnert noch heute eine nach Gustav Stollberg benannte Straße in der Bürger Innenstadt an einen der größten Söhne der Gemeinde. Zwar gab man der Straße während der Zeit des Dritten Reiches einen anderen Namen, doch erhielt sie direkt nach dem Zweiten Weltkrieg wieder den seinen.

Auch innerhalb der Familie lebt die Tradition fort. So erlangte Stollbergs Sohn Gustav ebenfalls Einfluss in der Politik, er engagierte sich gleichfalls tatkräftig innerhalb und für die SPD, war ab 1956 Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter und von 1963 bis 1967 Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag.

Weiterführende Literatur:

Nachruf Gustav Stollberg. In: Denkschrift zum 10jährigen Bestehen der Baugenossenschaft Burg. Burg 1929, S. 4f.

Nüchterlein, Paul: Stollberg, Gustav. In: Magdeburger Biographisches Lexikon. Biographisches Lexikon für die Landeshauptstadt Magdeburg und die Landkreise Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis und Schönebeck. Hrsg. v. Guido Heinrich und Gunter Schandra. Magdeburg 2002, S. 704, Spalte 1.

Schwarz, Max: Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover 1965, S. 770.

Die verfeindeten Brüder im einstigen SPD-Parteibezirk Magdeburg

Die Kontraststellung der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD, die sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu exzessiver Feindseligkeit steigern sollte, hatte verschiedene Ursachen. Die Kriegskreditbewilligungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seit August 1914 und die daraus resultierende Burgfriedenspolitik hatte Ostern 1917 zur Spaltung der SPD geführt. Die schärfsten Gegner der Kriegspolitik des deutschen Kaiserreichs innerhalb der Partei gründeten eine eigene Organisation, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Sie repräsentierte eine starke Minderheit der Parteimitglieder. Auch eine zahlenmäßig kleine, organisatorisch eigenständige „Gruppe Internationale“, der spätere Spartakus-Bund mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin gehörte der USPD zunächst an. Die der neuen Partei nahestehenden Betriebsgruppen, die „Revolutionären Obleute“, organisierten im Januar 1918 einen gewaltigen Massenstreik gegen den Krieg und für politische Reformen. Doch als Anfang November 1918 der Matrosenaufstand von Kiel eine Revolution im ganzen Deutschen Reich entzündete, hatte die USPD kein Konzept für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung.

Der in der USPD weitgehend selbständig gebliebene Spartakusbund sah seine Stunde gekommen. Von der russischen Oktoberrevolution 1917 befeuert, gründete er zum Jahreswechsel 1918/19 die Kommunistische Partei Deutschlands. Ziel war das Vorantreiben der Revolution. In diesem Sinne lehnte eine überwältigende Mehrheit der Delegierten auf dem Gründungskongress die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Der Einstellung vieler Teilnehmer entsprach die Bekundung eines Berliner Delegierten, 10 Mann auf der Straße seien mehr wert als 1000 Stimmen.

Erster Vorsitzender der im Februar 1919 in Magdeburg gegründeten Ortsgruppe der KPD war der Mitbegründer des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg i. J. 1900 und Mitbegründer der USPD-Ortsgruppe Magdeburg, Albert Vater. Auch er huldigte dem in den ^a Anfangsjahren der Weimarer Republik grassierenden revolutionären Aktionismus. Im Februar 1919 entführte er mit einer Gruppe von Spartakisten Reichsjustizminister Landsberg, der 25 Jahre lang als Anwalt in Magdeburg praktiziert hatte und in der Vorkriegszeit sieben Jahre lang für die SPD dem Stadtparlament angehört hatte. Ein republikanisch gesonnener Polizeihauptmann befreite Landsberg in einem Husarenstreich. Albert Vater, wegen Geiselnahme des Hochverrats angeklagt, nahm sich in der Haft das Leben.

Bei dem gegen die junge Republik gerichteten Kapp-Putsch im März 1920 sprach sich die KPD-Führung zunächst gegen Beteiligung am Generalstreik aus, rief vielmehr in einem Flugblatt alle revolutionären Arbeiter auf, sich „um die rote Fahne der proletarischen Diktatur“ zu scharen. Die Ebert-Republik, die bürgerliche Demokratie sei nicht mehr zu retten. Doch da ihre Mitglieder ihr nicht folgten, warf sie das Ruder herum und unterstützte nun den Generalstreik. Doch die Chance, sich führend an dieser solidarischen Aktion der Arbeiterklasse zu beteiligen, war vertan. Als sich aus der antireaktionären Bewegung ein Aufstand der Industriearbeiter im Ruhrgebiet entwickelte, sich aus unorganisierten anarcho-syndikalistischen Arbeitern, Mitgliedern der bereits von der KPD abgespaltenen KAPD, der USPD und sogar mancher Sozialdemokraten eine Rote Ruhrarmee bildete mit dem ausdrücklichen Ziel, die republikanische Regierung zu stürzen und eine proletarische Diktatur zu errichten, erlangten die Kommunisten keinen Einfluss auf die Aufständischen, ebenso wenig bei ähnlich radikalen Erhebungen in Mitteldeutschland zur gleichen Zeit. Unmittelbar auf diese Ereignisse reagierte Lenin mit seiner Schrift „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“. Seine Kritik richtete sich gegen die links stehenden Kräfte in der KPD, die sich der Mitwirkung in den Gewerkschaften und in den Parlamenten widersetzen. Gleichzeitig schmähte er die rechten opportunistischen Programmierer der USPD Kautsky, Hilferding u.a., die die Bedeutung der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats nicht begriffen hätten. Schließlich forderte Lenin den „proletarischen Flügel“ der USPD unmissverständlich auf, sich mit der KPD zu vereinigen.

Auf dem im Sommer 1920 stattfindenden II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI), die sich im März 1919 als Gegengewicht zur „opportunistischen“ Zweiten Internationale in Moskau gegründet hatte, wurden 21 Aufnahmebedingungen verabschiedet, die die Mitglieder von eigenständigen Parteien zu Sektionen der einen kommunistischen Weltpartei machten. Sie büßten damit ihre Selbständigkeit ein, gerieten in eine immer stärkere Abhängigkeit von der Komintern, die mit einer Monopolstellung der Bolschewiki in der Führung vor allem den Interessen der jungen Sowjetunion diene. Einer der Sekretäre der Komintern sprach von eiserner, ja fast militärischer Disziplin, die die einzelnen Sektionen zu üben hatten. Mit ihrem Zentralismus setzte sich die KI bewusst von dem lockeren Bündnis der Zweiten Internationale ab. Auch die 1923 gegründete Sozialistische Internationale (SAI), der alle sozialistischen Parteien angehörten, war eine lose Föderation autonomer Parteien mit großer ideologischer Bandbreite.

Trotz der „Bauchschmerzen“ der vier USPD-Delegierten auf dem II. Kominternkongress angesichts der 21 Aufnahmebedingungen schloss sich im Dezember 1920 der starke linke Flügel der USPD mit über 350 000 Mitgliedern, einem funktionierenden Parteiapparat und zahlreichen Tageszeitungen der

schwachen, knapp 80 000 Mitglieder zählenden KPD an, die damit zur Massenpartei wurde. Kautsky, Hilferding und weitere führende Köpfe kehrten mit einer Minderheit 1922 zur SPD zurück. Dank der Vereinigung erzielte die KPD bereits bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 30 Mandate. Im mitteldeutschen Industriegebiet gelang es ihr sogar, rund 30 Prozent aller Stimmen zu gewinnen. Den Beschluss der Wahleuthaltung hatte die KPD bereits auf ihrem 2. Parteitag revidiert, doch bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 kaum eine halbe Million Stimmen mit nur zwei Mandaten errungen, während die SPD bei massiven Verlusten 113 und die USPD 81 Abgeordnete stellte. Mit den Maiwahlen 1924 zog die KPD dann zum ersten Mal in nennenswerter Zahl auch in die Kommunalparlamente ein. Im Reichstag hatte sie ihre Zahl mehr als verdoppelt (62 Abgeordnete dank 3,7 Mio. Stimmen, SPD 100 Sitze bei 6 Mio. Stimmen).

Nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hatten die ersten Kommunalwahlen 1918/19 die SPD schlagartig im ganzen Deutschen Reich zu einer großen Rathauspartei gemacht. In Magdeburg verfügte sie nach der Wahl vom 2. März 1919 über die absolute Mehrheit von 45 der insgesamt 81 Sitze. Die USPD erreichte nur 6 Mandate. Am 15. Mai 1919 trat Hermann Beims sein Amt als Oberbürgermeister an, das er unangefochten bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden im Mai 1931 ausüben sollte.

Die Magdeburger SPD gehörte unter den 45 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern zu den 23, die im Stadtparlament die stärkste Fraktion stellten. Allerdings führte die numerische Stärke nur selten zu einem SPD-Stadtoberhaupt. Absolute Mehrheiten waren selten und die bürgerlichen Parteien, untereinander oft zerstritten, waren sich jedoch in der Verhinderung eines „Sozialis“ an der Spitze ihrer Stadt noch immer einig.

Zur Zeit der Wahlen im Mai 1924 erlebte die SPD nach den dramatischen Anfangsjahren der von ganz rechts wie ultralinks bedrohten jungen Republik einen absoluten Tiefstand in der Wählergunst. Den schweren Rückschlag als regierende Partei bei den Wahlen von 1920 konnte sie auch in der Opposition nie mehr auffangen. Mit dem geringeren Teil der USPD wieder vereint, errang sie bei der Reichstagswahl im Mai 1924 nur noch 20,5 Prozent. Die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zeitigten in Magdeburg eine Umkehr der Parteienstärke. Nur noch 25 Sozialdemokraten und 6 Demokraten (DDP) standen jetzt 22 Abgeordnete der bürgerlichen Rechten nebst 5 Völkischen, einem Vertreter der Rentnerpartei und 7 Kommunisten gegenüber.

Die KPD wurde zu diesem Zeitpunkt gerade von einer ultralinke Führung beherrscht. Die Wahlauftrufe hatten verkündet: „Das Geschick der arbeitenden Masse entscheidet nur die proletarische Revolution. Nicht mit dem Stimmzettel,

nur im offenen Kampf der Klassen...wird Euer Elend gewendet“ und „Jeder, der seine Stimme abgibt für den Kommunismus, gibt sie ab für die proletarische Revolution und gegen den bürgerlichen Parlamentarismus“. Auf dem 6. Deutschen Städtetag im September 1924 forderten die kommunistischen Delegierten gar, dass nicht allgemein gewählt werden solle, sondern daß n u r die werktätige Bevölkerung, die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Kleinkaufleute und Kleinbauern betriebsweise nach dem Sowjetsystem ihren politischen Willen auch für die Gemeinde-Angelegenheiten bekunden sollten und alle Kapitalisten und sonstigen Schmarotzer demzufolge vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollten.

Bei den ersten offiziellen Einführungen und Verpflichtungen führten die neugewählten kommunistischen Reichstags- und Stadtverordnetenvertreter gemäß den speziellen Instruktionen ihrer Parteizentrale vielerorts Spektakel mit roten Handschuhen oder Waschschüsseln auf, in denen sie nach der Verpflichtung per Handschlag an Eides statt ihre Hände wuschen. Zu ihrem „revolutionären Parlamentarismus“ gehörte auch die Kampferklärung an das System und Parolen wie „Die geballte Faust dem Bürgertum“.

Dass die Kommunisten den in der Stadt Magdeburg regierenden Sozialdemokraten keine Hilfe waren bei der Bewältigung der ungeheuren Nachkriegsprobleme mit Demobilmachung, Lebensmittel- und Wohnungsmangel, Arbeitslosigkeit und Inflation, deutete Oberbürgermeister Hermann Beims rückblickend in seinem Beitrag zum Parteitagbuch 1929 an: „Die rechtsgerichteten Mitglieder des Magistrats hofften damals auf den scheinbar nahen Tag, an welchem die junge Republik enden und das alte Regime wieder hergestellt würde. Und die Kommunisten bestärkten sie in dieser etwas vagen Hoffnung“. Doch die Magdeburger Sozialdemokraten ließen sich davon nicht entmutigen. Erwerbslosenunterstützung und Wohlfahrt wurden im Rahmen der Gemeinwirtschaft, die allerdings durch die Inflation grundlegend erschüttert wurde, geregelt. Das Anlegen vieler neuer Grünanlagen, der Bau der Ebert-Brücke, der beginnende Bau von Genossenschaftswohnungen und vieles mehr brachten die Stadt allmählich voran, linderten die ungeheure Not der Nachkriegsjahre. Hermann Beims noch einmal rückblickend: „Bei allen Notstandsarbeiten kam es zu kommunistischer Sabotage. Diese Partei stellte die These auf, dass der Arbeitslohn nichts sei als ein Anwesenheitsgeld; die Arbeitsleistung selbst müsse extra bezahlt werden. Die Arbeiter waren in der Mehrheit zu verständig für derartige ökonomische Theorien. Die KPD hat in Magdeburg niemals Bedeutung erreicht.“

Die Kommunisten erlangten zwar weder Bedeutung noch Einfluss in den Stadt- und Gemeindeparlamenten, konnten den an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse in rein sachlicher Arbeit orientierten

Sozialdemokraten das politische Wirken jedoch erheblich erschweren, ja sie manchmal zur Verzweiflung treiben. So sprach z. B. Kurt Schumacher, damals Landtagsabgeordneter in Württemberg, SPD-Ortsvorsitzender in Stuttgart und Reichsbanner-Führer, wegen des Festhaltens der Kommunisten an der Thälmann-Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 von Klassenverrat und Klassensabotage. Die KPD hatte das Scheitern des gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Mitte, Wilhelm Marx verursacht und die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg ermöglicht und damit nach Meinung namhafter Historiker zur konservativen Umgründung der Republik von 1919 beigetragen. Schumacher führte den „Irrwahn“ der KPD auf ihre Abhängigkeit von der Komintern zurück.

Tatsächlich war der KPD-Führung jede Schwächung der verhassten Weimarer Republik recht, war ihr erklärtes Ziel doch eine Rote Räterepublik nach sowjetischem Muster. Nachdem die ultralinke Führung unter Ruth Fischer auf Initiative der KI abgelöst worden war und Ernst Thälmann seit Ende 1925 ein neu gewähltes Zentralkomitee anführte, waren Bemühungen um eine gemäßigte Realpolitik zu erkennen. So zogen SPD und KPD im Jahre 1926 an einem Strang beim Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser. Doch der Prozess der Bolschewisierung bzw. Stalinisierung mit einer völligen Abhängigkeit von der Stalin-Führung in Moskau und einer Beherrschung der Bewegung durch den Apparat bei Verlust jeglicher innerparteilicher Demokratie bereitete dieser Tendenz während der Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik 1924 bis 1928 ein baldiges Ende.

Eine radikale Wende kündigte sich mit dem VI. Weltkongress der Komintern im Sommer 1928 an. Hier machte man den Beginn einer neuen Entwicklungsphase aus, die charakterisiert werde durch „sich immer mehr verschärfende Widersprüche, die die kapitalistische Stabilisierung erschüttern und zerfressen“ werde. Der kapitalistische Zusammenbruch und der revolutionäre Sieg ständen bevor. Jetzt komme es auf einen konsequent revolutionären Kurs an. Thälmann verkündete auf dem Kongress, ein Zurückweichen vor dem Reformismus und vor opportunistischen Gefahren werde fortan rücksichtslos ausgemerzt werden. Bereits im Frühjahr hatte der IV. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) in Moskau die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften zur Hauptaufgabe erklärt. Eine „Einheitsfront von unten“ sollte Streiks ohne und gegen die reformistischen Führer ermöglichen. Damit wurde auch eine Spaltung der Gewerkschaften in Kauf genommen.

Mit dieser verhängnisvollen Politik ging eine sich ständig steigende Gewaltbereitschaft einher. Bereits seit Herbst 1928 mehrten sich gewalttätige

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, vor allem zwischen deren paramilitärischen Organisationen, dem im Februar 1924 in Magdeburg gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem bald danach entstandenen Roten Frontkämpferbund (RFB). Während das Reichsbanner, zunächst ausschließlich auf den Schutz der von allen Seiten bedrohten Republik orientiert war - eine Initiative vorwiegend Magdeburger Sozialdemokraten mit den Parteien der Weimarer Koalition DDP und Zentrum im Boot - verstand sich der RFB als Demonstrationsarmee der KPD.

Zur Radikalisierung trug wesentlich die bereits Anfang 1924 entwickelte und nun im Zuge einer neuerlichen ultralinken Politik wiederbelebte These vom „Sozialfaschismus“ bei. Faschismus und Sozialdemokratie galten als Zwillingsbrüder, die Sozialdemokraten waren danach die Steigbügelhalter des Faschismus. Von Sinowjew, dem 1. Vorsitzenden der Komintern in die Welt gesetzt und von Stalin aufgegriffen, sollte diese These nunmehr der Zerschlagung des Hauptfeindes der Arbeiterklasse, der sozialfaschistischen SPD dienen. An diesem strategischen Konzept hielt die KPD bis 1934 fest. Eine „Einheitsfront von oben“, also Verständigungen der Führungen von SPD und KPD, kam nicht in Frage, die sogenannte „Einheitsfront von unten“ sollte die SPD zersetzen und ihre Anhänger für die KPD gewinnen. Die mit dieser radikalen Marschrichtung verbundene Gewaltbereitschaft zeitigte in Hamburg die ersten Opfer. In der Hansestadt war ein Aufstandsversuch unter Thälmanns Mitverantwortung im Oktober 1923 kläglich gescheitert. Hier herrschte seither ein besonders angespanntes Klima zwischen den beiden Arbeiterparteien. Bei schweren Zusammenstößen wurden im Mai 1928 zwei Reichsbannermänner erschossen und sieben schwer verletzt. Ende Oktober des gleichen Jahres wurde ein weiterer Hamburger Reichsbannermann Opfer eines kommunistischen Anschlags.

Als am 22. 5. 1928, dem Tag der Reichstagswahl, 30 Kommunisten den 16jährigen SAJ-Vorsitzenden von Magdeburg - Alte Neustadt mit Totschlägern krankenhauserreif prügeln, kommentierte die Volksstimme: „Das sind die Früchte der Hasstiraden von Grube, Kaßner und Eildermann“ (Ernst Grube war damals KPD-Bezirksleiter, Walter Kaßner KPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament, Walter Eildermann Chefredakteur der „Tageszeitung „Tribüne“). Diese Vorgehensweise bescherte den Kommunisten jedoch wenig Erfolg. Bei der höchsten Wahlbeteiligung im ganzen Deutschen Reich von 84,4 % im Wahlkreis 10, Magdeburg-Anhalt, errang die SPD mit 41,4 % der abgegebenen Stimmen 6 von insgesamt 13 Abgeordnetensitzen, die KPD einen. Der Kommunist Heckert stammte nicht aus der Region, war vielmehr wie schon 1924 von der Berliner Zentrale für den Wahlkreis 10 aufgestellt worden. Ungeachtet dessen oder gerade wegen ihrer Erfolglosigkeit verschärfen die Kommunisten ihre Angriffe. In der Sondernummer zum SPD-Parteitag in der

Magdeburger Stadthalle im Mai 1929 beklagte der Bezirksvorsitzende Gustav Ferl einen „besonders niederträchtigen gehässigen Ton in der kommunistischen Presse und in Versammlungen“ und der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung, Willy Plumbohm, führte in einer großen Funktionärssitzung vor den Kommunalwahlen in Preußen aus: „Die Rechte, die Völkischen und die Kommunisten hatten immer eins gemeinsam: den Haß gegen die Sozialdemokraten. Der Kampf der Bürgerlichen gegen wirtschaftliche Maßnahmen der Stadt fand meist die Unterstützung der Kommunisten“. Er bezeichnete ihre maßlosen Agitationsanträge in Sachen Wohlfahrt als Narrenpolitik. „Sie gebärden sich als politische Marodeure.“

Die „Zentralen Anweisungen für die Wahlkampagne Herbst 1929“ der KPD legten genau diese Vorgehensweise fest. Die Opfer der Wirtschaftskrise sollten gegen die Sozialdemokratie aufgeputscht werden. Das Entscheidende seien nicht etwa die Hilfeleistungen. Der Zentrale kam es nicht auf Annehmbarkeit der von ihren Kommunalvertretern massenhaft eingebrachten Anträge an. Vielmehr sollten nach Ablehnung der bewusst unerfüllbar gestalteten Forderungen die Sozialdemokraten in den Augen der Erwerbslosen als die Hilfeverweigerer dastehen. Der wachsende Notstand sollte energisch ausgenutzt werden. Noch einmal der Bezirksvorsitzende Ferl in einem Aufruf zum Großwahltag am 17.11.1929 über die Widersacher der Sozialdemokratie: „Auch die Kommunisten standen gegen uns wie die Bürgerlichen. Sie kämpften mit den widerlichsten Methoden der persönlichen Angriffe und Hetze und führten in vielen kommunalen Parlamenten übelste Radauszenen auf. Kommunisten gehören nicht in die Gemeindeparlamente, weil sie zu sachlicher Arbeit nicht bereit sind“.

Die Staßfurter Kommunisten bekannten in ihren Einladungszetteln zur Wahlveranstaltung offen, sie führten den Wahlkampf nicht in dem Glauben, durch Gewinnung von Mandaten die Macht erobern zu können, vielmehr um ihre Ziele zu propagieren, um die werktätigen Massen zum Kampf um proletarische Forderungen zu mobilisieren und um ihre Parteiorganisation zu verbreitern, zu verstärken und zu festigen. Nach einem schlechten kommunistischen Wahlergebnis überfiel der kommunistische Stadtverordnete Wallstab auf offener Straße einen sozialdemokratischen Stadtrat und verletzte ihn erheblich. In der Stadtverordnetenversammlung vergriff er sich während der Besprechung zur Erwerbslosenhilfe unter wüsten Verleumdungen an dem SPD-Bürgermeister Hermann Kasten. Die Volksstimme berichtete von gemeinstem Klamauk, der nach den Kommunalwahlen in den Stadtparlamenten unter infamer Benutzung irreführender Erwerbsloser veranstaltet werde.

Den Sozialdemokraten hatten die Wahlen beträchtliche Zugewinne beschert. Besonders hoch, weil am schwersten errungen, bewertete die Partei ihre

Wahlerfolge in den 996 kleinen Landgemeinden des Regierungsbezirks, zumal erst 262 von ihnen eine SPD-Ortsgruppe aufwies. Sie stellten jetzt 113 Gemeindevorsteher und 67 Amtsvorsteher in den Landorten, 16 Bürgermeister, 91 unbesoldete und 8 besoldete Stadträte, 13 unbesoldete Beigeordnete in den Städten. Der Parteibezirk Magdeburg-Anhalt, identisch mit dem Wahlkreis, verfügte nun über 2 700 kommunalpolitisch Tätige. Zudem wiesen inzwischen 9 von 14 Landkreisen des Regierungsbezirks einen „roten“ Landrat auf. Das war herausragend, denn von rund 400 Landräten in ganz Preußen stellte die SPD nur 67. Es gab keinen zweiten preußischen Regierungsbezirk, in dem fast zwei Drittel der Landräte sozialdemokratisch waren.

Allerdings taten die wenigen kommunistischen Gemeindevertreter gemäß ihren Anweisungen alles, Sozialdemokraten von den leitenden Positionen fernzuhalten. Sie enthielten sich entweder der Stimme oder gaben sie lieber bürgerlichen Kandidaten, stellten auch mal eigene aussichtslose Kandidaten auf. So ging in der ersten stürmischen Sitzung in Halberstadt ein Magistratssitz an die Rechten verloren, wurde in Förderstedt bei der Schöffenwahl ein Stahlhelmann gewählt, obwohl die kommunistischen Vorstandsmitglieder sich zuvor bereit erklärt hatten, für die sozialdemokratische Liste zu stimmen. Ihre nachträgliche Erklärung: „Was wir versprochen haben, durften wir nicht halten. Die Bezirksleitung in Magdeburg hatte so entschieden“. In der rund 12 000 Einwohner zählenden Stadt Calbe a.d. Saale, wo SPD und KPD rein numerisch über eine Mehrheit im Stadtparlament verfügten, verhalfen die 4 KPD-Vertreter der Stadt zu einer „Kapitalistenherrschaft“, wie die Volksstimme schrieb und prognostizierte: „Sie werden für ihren Arbeiterverrat bestraft werden“. Ganz ähnlich verlief die Wahl in Gommern. Hier hatte die SPD der KPD ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Die proletarische Mehrheit hätte die wesentlichen Positionen im Magistrat und in den Deputationen gesichert. Doch die KPD hatte abgelehnt und so wurden ein monarchistisch gesonnener Major a.D. Beigeordneter und ein Firmendirektor Stadtverordnetenvorsteher. Sozialdemokratischer Kommentar: „Das ist das Ergebnis blödsinniger kommunistischer Taktik.“ 1932 sollten sich die Kommunisten hier mit der Ablehnung einer Beihilfe für den Arbeitersamariterbund selbst schädigen, denn die Arbeitersamariter halfen ohne Ansehen der Person jedem Verletzten und das waren bei den vielen Zusammenstößen mit der SA vor allem Kommunisten. Auch in Eickendorf, im Kreis Calbe verhalf der einzige Kommunist einem Gutsbesitzer zum Amt des Gemeindevorstehers. In Genthin stellten die Kommunisten eigene Kandidaten auf und verhalfen so den Bürgerlichen zu ihrer eigenen Verblüffung zum Sieg.

Als in Neuhaldensleben der einzige Kommunist bei einem Patt von zehn Sozialdemokraten und zehn Bürgerlichen die Wahl eines SPD-Stadtverordnetenvorstehers verhindern wollte, ging diese Rechnung nicht auf,

ein Bürgerlicher stimmte für den Sozialdemokraten. Vielleicht wollte der Mann jeglichen kommunistischen Einfluß auf die Geschicke der Stadt verhindern, hatten doch kurz vor der Kommunalwahl im November 30 bis 40 Kommunisten rund 15 Mitglieder der Reichsbannerjugend überfallen, ein Vorgang, der die Gemüter in der Stadt stark bewegt hatte. In Aschersleben machten die gewählten Kommunisten die Parole ihrer Zentrale, lieber für die Reaktion als für die SPD zu stimmen, nicht mit, sondern stimmten für einen Stadtverordnetenvorsteher von der SPD. Im Gegenzug wurde ein Kommunist sein Stellvertreter. Als jedoch im benachbarten Freistaat Anhalt in dem rund 7 000 Einwohner zählenden Industriestädtchen Aken die drei Kommunisten mit den neun Sozialdemokraten für den bis dato amtierenden sozialdemokratischen Bürgermeister stimmten, verfügte die Bezirksleitung in Halle den sofortigen Parteiausschluss für diese „Verräter und veranlasste einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Stadtparlaments.

„Roter Parlamentarismus“

In den folgenden durch die Weltwirtschaftskrise geprägten Jahren sahen die kommunistischen Vertreter in den Parlamenten ihre einzige Aufgabe in einer Zuspitzung der in ihren Augen „revolutionären Situation“. Sie unternahmen alles, die parlamentarische Demokratie lahmzulegen und an deren Stelle endlich ihr Ideal einer kommunistischen Räteherrschaft nach sowjetischem Muster zu setzen. Die Etatkämpfe des Jahres 1930 boten dafür einen willkommenen Anlass. Im Wanzlebener Kreistag lehnte der kommunistische Fraktionsleiter jegliche Steuern ab, blieb dabei die Antwort auf die Frage schuldig, wovon die Fürsorgemaßnahmen für die ständig steigende Zahl der Erwerbslosen bestritten werden sollten.

In Groß-Ottersleben sahen sich die SPD-Vertreter bei der Etat-Vorlage im Mai 1930 mit einer Einheitsfront von Bürgerlichen und Kommunisten konfrontiert, obwohl der Etat allein 60 % für Fürsorge- und Schullasten auswies. Als in einer Gemeindevertretersitzung im Oktober des Jahres ein SPD-Antrag auf zehn Zentner Kohle für Hilfsbedürftige angenommen wurde, behauptete die KP-Fraktion, dabei würden doch nur Sozialdemokraten berücksichtigt. Aufgefordert, Fälle zu nennen – die meisten Hilfsempfänger waren Kommunisten - herrschte nur Schweigen. Als im Dezember der Staatskommissar drohte, tönnten die Kommunisten: „Mag der Diktator kommen“.

Bevorzugte kommunistische Methoden waren Verleumdungen, Randalen und Aufwiegelungen von Erwerbslosen, mit denen vor die Rathäuser gezogen und die Sitzungen der Gemeindevertretungen gestört wurde um so schließlich jede sachliche Arbeit zu verhindern. Entfernungen kommunistischer Gemeindevertreter nach vergeblichen Ordnungsrufen durch die Polizei gehörten

bald zum alltäglichen Sitzungsgeschehen in den Kommunalvertretungen. In den größeren Städten versuchten die KP-Fraktionen mit einer Flut von unsinnigen Anträgen - in Magdeburg wurde zum Beispiel bei über 100 Anträgen zu einer Sitzung für jeden Hilfsbedürftigen zu Weihnachten ein halbes Schwein beantragt - die Stadtverordnetenversammlungen zu blockieren. In Wolmirstedt legte der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher nach monatelanger verleumderischer Hetze entnervt sein Amt nieder.

Als in der SPD-Hochburg Barby Ende November 1931 nachts verbreitete kommunistische Flugblätter führende Sozialdemokraten verleumdeten, berief die SPD eine öffentliche Versammlung ein. Im völlig überfüllten größten Saal Barbys wurde das Flugblatt verlesen und die anwesenden Kommunisten aufgefordert, wie in ihrem Flugblatt angekündigt, den Angeschuldigten „die Maske vom Gesicht zu reißen“. Doch die Beweise für die haarsträubenden Anschuldigungen blieben aus. Der SPD-Vorsitzende, dem große Unterschlagungen angedichtet worden waren, prangerte das feige Vorgehen der Kommunisten als Verbrechen an der Arbeiterschaft an, in dieser schweren Zeit den Keil des Unfriedens in die Reihen des Proletariats zu treiben.

Im Laufe des Jahres 1932 steigerte sich der Kampf der Kommunisten bis zu tätlichen Angriffen in den Parlamenten, die zuweilen wahren Hexenkesseln glichen. Häufig wirkte sich diese verfehlte Politik zu Lasten der verletzten Massen aus. So blieben die Ärmsten der Armen in Anhalt nach Ablehnung des Landesetats durch Rechtsparteien und KPD-Vertretung Anfang April 1932 erst einmal ohne Unterstützungszahlung. In Aken musste der kommunistische Vorsteher Ende 1932 seine eigenen Leute mehrfach zur Ordnung rufen, als sich die Sozialdemokraten für den Erhalt des kommunalen Wasserwerks einsetzten, während die Kommunisten strikt dagegen waren. Der Magistrat verließ den Saal. Im Kreistag Calbe gehörte es allmählich zur Tagesordnung, dass die Polizei den außer Rand und Band geratenen kommunistischen Anführer Willi Wallstab und seinen randalierenden Anhang aus dem Sitzungssaal trieb. Als in Magdeburg im Dezember 1932 im Zuge von kommunistisch veranstalteten „Erwerbslosenkampfwochen“ Sonderunterstützungen mittels Krawall im Rathaus erzwungen werden sollten, obwohl die Kommunisten sehr genau wussten, dass für zusätzliche Unterstützungen keine Mittel mehr vorhanden waren, empfing Oberbürgermeister Ernst Reuter eine kommunistische Delegation. In der ruhig geführten Besprechung zeigten sich die Kommunisten einsichtig, doch auf dem Markt vor dem Rathaus griff eine aufgewiegelte Menge die Polizei an, die scharf schoss und fünf Randalierer festnahm.

Kommunistische Spaltungspolitik in den Verbänden und Vereinen

Konsequenterweise dehnte die KPD im Zuge ihrer ultralinken Politik die Bemühungen um die Erweiterung ihrer Basis auch auf die sozialdemokratisch geprägten Nachbar- und Nebenverbände der organisierten Arbeiterschaft aus. Ihre besonderen Anstrengungen richtete sie seit dem Sommer 1929 dabei auf die Gewerkschaften. Die Formierung einer „Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO) als eigenständiger Verband wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband (ADGB) als Spaltung und Verbrechen an der Arbeiterschaft gewertet. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der stärksten Einzelgewerkschaft im ADGB, Alwin Brandes, 1901 bis 1918 Magdeburger

Stadtverordneter, forderte im November 1930 auf einer Bezirkskonferenz der Metaller in Quedlinburg „den gewissenlosen RGO-Leuten“ das Handwerk zu legen.

Bei einer Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes in Egeln im Dezember 1929 versuchte ein einschlägig bekannter Hetzer „im übelsten Kaschemmenton“ zu provozieren. Die Versammelten beendeten diese Pöbeleien, indem sie ihn hinauswarfen. Zur gleichen Zeit versuchte der kommunistische Vorsitzende des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Magdeburg, die Mitglieder gegen die SPD zu mobilisieren, indem er Lügen und Verleumdungen gegen die Funktionäre des Zentralverbandes und unsinnige Gerüchte über die Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten verbreitete. Bei der Jahreshauptversammlung erschienen über 1 000 Besucher, die den alten Vorstand abwählten. Nur neun votierten noch für den Kommunisten. Die „Volksstimme“ kommentierte erleichtert: „Damit ist die letzte Festung, die von den Kommunisten in den Magdeburger Arbeiterorganisationen noch beherrscht wurde, gefallen.“

Im benachbarten Parteibezirk Halle, wo die Mehrheitsverhältnisse dank einer meist ungelerten Industriearbeiterschaft vor allem in Leuna denen in Magdeburg entgegengesetzt waren, hatten die Revolutionären Betriebsräte bei den Betriebsratswahlen 1929 die Mehrheit mit 9256 Stimmen errungen, verloren jedoch bei der Wahl 1930 die Hälfte aller Stimmen wieder. Die besonderen Verhältnisse einer starken KPD in Halle führten zu Positionseroberungen in einzelnen Einrichtungen, aber auch zu allerlei Skandalen. So ließen sich der kommunistische Direktor der AOK und sein ebenfalls kommunistischer Stellvertreter 1929 hohe Provisionen zahlen und steckten „Vermittlungsgebühren“ für einen Grundstückskauf in die eigene Tasche. Weit gravierender war der Zusammenbruch des halleschen Konsumvereins, den die kommunistische Führung zu verantworten hatte. Durch Misswirtschaft in der zu einem „Roten Proviantamt“ umgewidmeten, vierzig Jahre lang bestehenden Genossenschaft waren eineinhalb Millionen Mark verloren gegangen. Es war

keine Buchhaltung mehr geführt worden, keine Hypotheken bedient worden, Steuern nicht abgeführt, Stromrechnungen nicht beglichen worden, weder Zinsen noch Lieferantenrechnungen bezahlt worden. Sämtliche Konsummitglieder warteten zu Weihnachten vergeblich auf die üblichen Rabattzahlungen. Die Krankenkassenbeiträge der Arbeiter und Angestellten waren nicht an die Krankenkassen überwiesen worden. Stattdessen gab es 20% Lohnkürzungen und unbezahlte Überstunden. Die komplette Pleite des Konsumvereins Halle sollte sich in Merseburg wiederholen, wo der ebenfalls kommunistisch geführte Konsumverein Anfang 1931 die Zahlungen einstellte. Der KPD-Bezirksleiter von Halle-Merseburg, Wilhelm Koenen, beschäftigte sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit der desolaten Situation der KPD in Halle. „Wir erleben in Halle eine Schlappe nach der anderen“ musste er mit Blick auf die Vorgänge beim Metallarbeiterstreik, in der Arbeitersängerbewegung, bei den Sportlern und nun auch noch im Konsumverein feststellen. Die ganze RGO-Bewegung in Halle sei eine große Pleite und unter den Leuna-Arbeitern direkt katastrophal. Und dabei habe man sich doch die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD zum Ziel gesetzt.

Die von Koenen erwähnte „Schlappe bei den Sportlern“ war bereits ein Jahr zuvor, Anfang 1930, mit einem geheimen Rundschreiben an alle Ortsgruppen, Unterbezirks- und Arbeitsgebietsleitungen anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen der Vorstände in allen Sport- und Kulturorganisationen angelegt worden. „Sozialdemokraten und mit ihnen Sympathisierende sind rücksichtslos auszuschalten“ lautete die Forderung bei der Besetzung aller Funktionen in den Vereinen. Das geheime Rundschreiben endete mit dem Appell „Kein Zurückweichen vor den Sozialfaschisten“. Doch der Offensive, die Fichte-Sportvereine zu unterwandern und zu spalten, war kaum Erfolg beschieden. Das zeigte auch das von der Rotsport-Führung initiierte Mitteldeutsche Sport-Treffen in Magdeburg. Statt der angekündigten 10 000 kamen 300 Kommunisten, darunter 100 Sportler. Das war eine sehr klägliche Reaktion auf die Eröffnung des vom Reichsbanner errichteten Stadions „Neue Welt“. Am Himmelfahrtstag 1930 hatten über 20 000 Teilnehmer die Inbetriebnahme von „Mitteldeutschlands schönstem Stadion“, wie der Festredner Carl Severing, preußischer Innenminister, meinte, gefeiert. Die rund 10 000 allein in Magdeburg in den vielen Sparten des Arbeiterturn-und-Sportbundes (ATSB) organisierten Mitglieder dürften ziemlich vollzählig mitgefeiert haben.

Die RGO-Pleiten sollten sich auch im Raum Magdeburg wiederholen. Als im Sommer 1932 50 Landarbeiterinnen um Aschersleben zu einem wilden Streik gegen 2 Pfennig Lohnabzug angestiftet wurden, brach dieser Streik bereits am zweiten Tag zusammen. Die Streikenden verloren ihre Arbeit. In Thale stiftete die RGO 120 Erwerbslose am 1. November 1932 an, sich im Gemeindewald Brennholz zu besorgen. Sie hausten wie die Vandalen an einem der schönsten

Erholungsplätze von Thale und das, obwohl die Oberförsterei zuvor zweimal bekannt gegeben hatte, dass Holzlesezetteln ausgegeben würden. In der folgenden Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass kein kommunistischer Erwerbsloser davon Gebrauch gemacht hatte. Der Hauptangeklagte gab zu, die Stadt sollte nur an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen werden. Im Zuge der Terrornotverordnung vom 9. August 1932 wurde er zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Paramilitärisches Gewaltpotential

Nicht nur in Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet, den Wohnorten von Millionen unter der wachsenden Not der Weltwirtschaftskrise leidenden Erwerbslosen sondern auch in mittleren Großstädten wie Magdeburg mit über 300 000 Einwohnern, in kleineren Industrieorten und sogar im dörflichen Milieu nahm die Gewaltbereitschaft verzweifelter Massen, gleichermaßen aufgeputscht von nationalsozialistischen wie kommunistischen Parolen, ständig zu. Schließlich herrschten nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände. Im Dezember 1931 lautete die Schlagzeile der Volksstimme „Einheitsfront und Brudermord“ anlässlich eines Schwurgerichtsprozesses in Leipzig gegen einen 18jährigen Arbeiter, der in der aufgeheizten Stimmung des Volksentscheides gegen die sozialdemokratisch geführte Preußen-Regierung einen jungen Funktionär beim Plakatkleben in Leipzig mit Messerstichen getötet hatte.

Das Land Preußen, in der Weimarer Republik bis dahin durchgehend sozialdemokratisch regiert, galt mit seinen drei Fünfteln der Fläche und fünf Achteln der Bevölkerung des Deutschen Reiches gemeinhin als „rote Bollwerk“. Wer Preußen hatte, hatte das Reich, lautete eine gängige politische Faustregel. Einem von den Nationalsozialisten im Verein mit der KPD initiierten Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtags blieb am 9. August 1931 mit 36,8% der Erfolg versagt. Ursprünglich gegen ein Zusammengehen mit der NSDAP, hatte sich die KPD erst nach Aufforderung durch die Komintern dem Volksentscheid angeschlossen. Am Tag der Abstimmung wurden in Berlin am „roten Bülowplatz“ in unmittelbarer Nähe der KPD-Zentrale die Polizeihauptleute Anlauf und Lenk auf einem Streifengang erschossen und ein sie begleitender Polizeiwachtmeister mit zwei Schüssen schwer verletzt. Das Karl-Liebkecht-Haus blieb zehn Tage lang geschlossen, die Parteizeitung „Rote Fahne“ für zwei Wochen verboten. Fünf Verdächtige wurden verhaftet, der mutmaßliche Täter Erich Mielke war geflüchtet. Bereits im Mai und Juni 1931 waren der Polizeihauptwachtmeister Zenker und der Oberwachtmeister Kuhfeld in Berlin erschossen worden. Das Reichsbanner und die Polizeigewerkschaft trauerten in ihren Aufrufen um zwei Kameraden und forderten, dass „dem Treiben der kommunistischen Parteigänger, die durch verantwortungslose Führer und eine gewissenlose Presse in immer neue Verbrechen hineingehetzt werden, ein Ende gemacht wird. Die Polizeibeamten

der Republik sind nicht Freiwild für schießwütige Moskowiter und Faschisten.“ Der gewerkschaftliche Reichsbund deutscher Polizeibeamten zählte sich „zu den treuesten Dienern des republikanischen Volksstaates“ und drückte deshalb seine Erwartung an alle republikanischen Länderregierungen aus, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, das „überhandnehmende unverantwortliche Treiben politischer Drahtzieher“ zu beenden.

Der langjährige Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes, Franz Künstler, rechnete im Berliner Sportpalast nach der Einheitsfront von KPD und NSDAP beim Volksentscheid mit dem kommunistischen Einheitsfrontschwandel ab und schloss nach Auflistung all der kommunistischen Überfälle und Morde mit den Worten: „Wenn der Faschismus heute nicht zur Macht gekommen ist, dann einzig durch das Verdienst der Sozialdemokratie!“

Die Praxis kommunistischer „Einheitsfrontpolitik“

Nach dem misslungenen Volksentscheid trieb die KPD ihre „Einheitsfront von unten“ auf die Spitze und die sozialdemokratischen Parteiorganisationen hatten sich dauernder Attacken, Verleumdungen, Unterstellungen und Verdrehungen zu erwehren, ihre Mitglieder über all die verbreiteten Lügenmärchen aufzuklären. Die Magdeburger kommunistische „Tribüne“ hatte es mit der Wahrheit noch nie genau genommen. So berichtete sie im April 1930 über die Generalversammlung des Reichsbanners, die noch gar nicht stattgefunden hatte. Im Januar 1931 behauptete sie, der Erste Bürgermeister von Staßfurt, Hermann Kasten sei auf offener Straße von einem Reichsbannermann geohrfeigt worden. Der wehrhafte Bürgermeister ging wegen dieser frei erfundenen Geschichte vor Gericht, wo der Redakteur dann angab, nicht zu wissen, ob es so war. Das Gericht ordnete eine Geldstrafe und die Urteilsveröffentlichung in der Tribüne an. Die Magdeburger Volksstimme dazu: „Mit der Zeit widert es einen an, immer wieder über die elende Verleumdungstaktik des Rubel- und Klamaukblättchens Tribüne schreiben zu müssen...“

Im August 1931 enthüllte die Volksstimme den Kommunisten-Schwandel von 46 zur KPD übergetretenen Sozialdemokraten. Sie hatte bei den Ortsvereinen dieser angeblichen Sozialdemokraten angefragt und fast stets die Antwort erhalten: „Ist nie bei uns Mitglied gewesen“ oder „Ist bereits vor längerer Zeit ausgetreten“. Im März 1932 behauptete die Tribüne, die Fotos in der Volksstimme von den 30 000 Demonstranten der Eisernen Front auf dem Magdeburger Domplatz seien eine Fälschung, es handle sich um alte Fotos von 1925. Das Amtsgericht stellte nach eingehender vergleichender Prüfung der Fotos die Echtheit fest und verfügte einen Schadensersatz von 1000 Mark.

Am 21. April 1932 trat der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann in einer Wahlkampfveranstaltung der KPD zur bevorstehenden Preußenwahl in der Magdeburger Stadthalle auf. Er verleumdete dabei den amtierenden

Magdeburger Oberbürgermeister Ernst Reuter auf das unsinnigste (1961 wurde hier zur Erinnerung an Thälmanns Auftritt eine Tafel angebracht mit der Inschrift: „Wir reichen Euch unseren Klassengenossen die Bruderhand. Schlagt ein und vereint zwingen wir unseren gemeinsamen Feind“, eine in Stein gemeißelte Legende, die dort noch immer fortwirkt.)

Die bereits beschriebene Spalterpolitik mit den ständig einhergehenden Angeboten einer „Einheitsfront von unten“, in der sich die Sozialdemokraten endlich von ihrer Führung lösen und den Kommunisten anschließen sollten, vertiefte den Riss durch die Arbeiterschaft und schwächte sie in ihrem Abwehrkampf gegen die braune Gefahr. Erfolge waren dieser Taktik nicht beschieden. Vielmehr versetzte das kommunistische Verhalten in den Parlamenten, in den Versammlungen und auf der Straße gestandenen Sozialdemokraten oft einen lang anhaltenden Schock. Auch das Bekanntwerden des Rundschreibens des ZK der KPD an die Bezirkssekretariate war nicht gerade dazu angetan, sozialdemokratische Mitglieder von ihrer Führung zu trennen, wurde hier doch gefordert, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen. Sie müsse isoliert werden in der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie charakterisierte das Rundschreiben als ein Dokument des Klassenverrats.

Trotz alledem lud die Ortskampfleitung der Eisernen Front (Ende 1931 gebildetes Kampfbündnis gegen den Nationalsozialismus aus SPD, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersportkartell) Dessau am 23. Juni 1932 die KPD zu Verhandlungen über eine gemeinsame Führung des Kampfes gegen den gemeinsamen Gegner, die NSDAP, ein. Dem Verhandlungsführer Gerhart Seger, SPD-Vorsitzender, Redakteur des „Volksblattes für Anhalt“ und Reichstagsabgeordneter, kam es verständlicherweise zunächst auf eine Positionsklärung des möglichen Partners an. Man könne sich schließlich nicht mit jemandem verbünden, der einem gleichzeitig den schärfsten Kampf ansage. Da die Dessauer KP-Führer weder willens noch in der Lage waren, von der Generallinie ihrer Partei abzurücken, endeten die Verhandlungen ergebnislos. Die Ortskampfleitung der Eisernen Front brachte umgehend ein Flugblatt mit dem genauen Wortlaut des Verhandlungsprotokolls heraus unter der Überschrift „Die Dessauer KPD lehnt Waffenstillstand mit der SPD ab!“ Das Flugblatt endete mit dem Aufruf „Die Einheitsfront besteht bereits! Es ist die Eiserne Front! Her zu uns!“

Die KPD-Führung in Berlin verwarf in einem Rundschreiben zur Einheitsfrontpolitik und zum Reichstagswahlkampf im Juli 1932 die Verhandlungen in Dessau wie sie auch schon zuvor einzelne Vorstöße von Ortsgruppen, den Bruderkampf zu beenden und eine Art Burgfrieden anzustreben, ausdrücklich missbilligt hatte. Ihr gleichzeitiger Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion“ gemeinsam gegen die faschistische Gefahr wurde

von der sozialdemokratischen Führung angesichts der Erklärung, mit den SPD-Führern könne es keine Einheitsfront geben, als rein antisozialdemokratische Aktion gewertet. Alle Aufforderungen der SPD, erst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kräfte gegen die Nazis zu konzentrieren, seien höhnisch zurückgewiesen worden. „Man kann nicht außerhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront bildet“.

Hatten die Kommunisten bereits verschiedentlich im Preußischen Landtag wie in einzelnen Stadtparlamenten gemeinsame Sache mit der NSDAP gegen SPD-Anträge gemacht, so paktierten sie im November 1932 auch noch außerhalb der parlamentarischen Ebene mit den Nazis. Als bei der Urabstimmung zum Verkehrsarbeiterstreik in Berlin die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, lehnten die Gewerkschaften die Verantwortung für einen Streik ab. Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, verkündete, es sei eine zentrale Streikleitung aus Kommunisten, Nationalsozialisten und Unorganisierten gebildet worden. Die Vertrauensleute der Berliner Verkehrsarbeiter sprachen der Gewerkschaftsführung ihr Vertrauen aus und verurteilten den Streikputsch. Sie sprachen nach Zusammenbruch des Streiks von Arbeiterverrat. 2 500 verloren infolge des wilden Streiks ihre Arbeitsplätze. Die gewerkschaftliche Rechtsvertretung klagte vor dem Arbeitsgericht die Wiedereinstellung von 1 000 Straßenbahnern ein. Ergebnis dieses Streikabenteuers der kommunistischen RGO Arm in Arm mit der nationalsozialistischen NSBO: 1500 Verkehrsarbeiter ohne Arbeit, zweieinhalb Jahre Zuchthaus für zwei Steinwerfer und vier Tote. Ein ähnliches Desaster zeitigte ein von RGO und NSBO angezettelter Streik im Leipziger Betrieb der Nordwolle. Hier verloren 500 anschließend ihre Arbeit.

Der Untergang

Das letzte Jahr der Weimarer Republik mit fünf Wahlen (zwei Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl im März/April, Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt, Bürgerschaftswahlen in Hamburg im April, Reichstagswahlen im Juli und bereits wieder im November) hatte Deutschland an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Nahezu täglich wurden aus allen Teilen des Reiches schwere Zusammenstöße zwischen NSDAP/SA, KPD/RFB und SPD/Reichsbanner gemeldet. Die Zahl der Toten stieg. Das öffentliche Auftreten der parteinahen Kampfverbände bei Versammlungen, Aufmärschen, Demonstrationen und Aktionen unterschiedlicher Art war von zunehmender Militarisierung geprägt. Mit wachsendem Zorn blickten die sozialdemokratischen und die allerdings stark geschrumpften liberalen Kräfte auf die Kommunisten, deren Haltung entscheidend war für den Niedergang der Republik.

Nach der preußischen Landtagswahl, bei der die Mandatszahl der NSDAP von 6 auf 162 angestiegen war, hatten SPD und KPD trotz beider Verluste eine Mehrheit. Doch die zerstörerische Grundtendenz in der kommunistischen Preußenpolitik ließ keinen konsequenten Kurs zur Erhaltung der Weimarer Republik zu. Der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Otto Braun, schilderte in seinen Erinnerungen „Von Weimar zu Hitler“, die Kommunisten hätten getreu ihrer bisherigen selbstmörderischen Taktik mit einer langatmigen und widerspruchsvollen Begründung gefordert, dem Geschäftsministerium Braun-Severing das schärfste Misstrauen auszusprechen und „ihre Partner von rechts beantragten die Erhebung der Anklage gegen sämtliche preußischen Staatsminister vor dem Staatsgerichtshof. In der Debatte waren diese beiden Parteien dann bemüht, sich gegenseitig in Unverschämtheiten gegen das Kabinett zu überbieten“.

Die Absetzung der sozialdemokratisch geführten Preußen-Regierung vermittels Staatsstreich am 20. Juli 1932 registrierte die KPD mit Beifall. Inzwischen längst die klassische Partei der Arbeitslosen, hatte sie bei den meisten Wahlen auf Kosten der SPD gewonnen, wenngleich ihre Stimmengewinne mit den seit 1930 rasant anwachsenden Gewinnen der NSDAP nicht zu vergleichen waren. Deren Mandatszahlen war im Reichstag von 12 auf 107 und im Juli 1932 auf 230 angewachsen, während die SPD nur noch über 133 und die KPD über 89 verfügte.

Die gemeinsame Frontstellung von NSDAP und KPD gegen die Republik von Weimar, wenn auch aus unterschiedlichen ideologischen Motiven und politischen Zukunftsvorstellungen, paralyisierte die parlamentarische Demokratie in Preußen und im Reich. Wegen ihrer unsinnigen „Sozialfaschismus“ - Stoßrichtung gegen die SPD wird sie zu Recht zu den Totengräbern der Demokratie gerechnet.

Terror, Verfolgung und Widerstandsverhalten 1933 bis 1945

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten verschwand die von ultralinks viel geschmähte Demokratie mit Recht und Freiheit und einem Schutz für das Individuum. In den knapp fünf Monaten von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bis zum endgültigen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 - die KPD wurde formell nie verboten - herrschte nach dem Selbstverständnis der neuen Machthaber „nationale Revolution“. Sie machten keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern. Jetzt galt es, das „rote Gesocks“, die ganze „linke Brut“ auszuschalten. Oberbürgermeister Reuter wurde von einer johlenden SA-Horde aus dem Rathaus gezerrt, der SPD-Vorsitzende von Barby an einem Strick um den Hals durch die Stadt gehetzt, das Magdeburg „er Franke-Jugendheim überfallen und die anwesenden Kinder und Jugendlichen verprügelt, der Staßfurter Bürgermeister Hermann Kasten

erschossen, ebenso der Schönebecker Stadtrat, SPD- und Gewerkschaftsfunktionär Otto Kresse. In Wernigerode wurden etwa hundert bekannte Sozialdemokraten und Gewerkschafter durch die Stadt getrieben, voran der misshandelte Stadtrat Bartels mit einem sogenannten Schandpfahl, der die Aufschrift „SPD Lumpen Wernigerode“ trug. Ähnliches ereignete sich in Halberstadt im Juni des Jahres. In Blankenburg und Hasselfelde trieb die SA 100 bzw. 70 Personen „Marxistischer Richtung“ in Gastwirtschaften, Gewerkschaftshaus und Pferdestall zusammen und richtete sie mit Ochsenziemern, Gummiknüppeln und Reitpeitschen so übel zu, daß Schwerverletzte in Krankenhäuser getragen werden mussten. Die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen wie Parteihäuser, Volkshäuser, Zeitungsredaktionen, Sportstätten usw. wurden ohne Unterschied, ob SPD oder KPD gehörend, im großen Stil geplündert und verwüstet. Nach dem Reichstagsbrand gerieten Abertausende in die wilden Konzentrationslager der SA. An der „Roten Kommune“, ihren Gegnern in zahllosen Straßenkämpfen und Versammlungsschlachten, übte die Prätorianergarde Hitlers jetzt grausame Rache.

Trotz dieser Erfahrungen richtete das ZK der KPD im Frühsommer 1933 einen offenen Brief an die Sozialdemokraten Deutschlands mit dem Titel „Es lebe die Einigung der Arbeiterklasse!“, ein an Verblendung kaum zu überbietendes Dokument. Nach der Einsicht, aus alten Fehlern müsse man lernen, heißt es „20 Jahre lang ist die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland der Sozialdemokratie gefolgt. Und das Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik heißt: Legale Machtübernahme durch den Hitler-Faschismus mit Hilfe von Hindenburg. Durch Demokratie zum Sozialismus? Das war eine der raffiniertesten Irrlehren, die dem Kapital nützte, das Denken von Millionen Arbeitern verwirrte und die Arbeiterklasse spaltete.“ Und weiter unten in diesem 16seitigen Pamphlet: „Macht Schluss mit diesem bürgerlichen Plunder, den Euch die Bernstein, Kautsky, Hilferding, Leipart, Tarnow, Löbe und Wels eintrichterten...Zurück zum Klassenkampf, zur Fahne der proletarischen Revolution - zurück zu Marx!... Vorwärts zur Arbeiter- und Bauernrepublik! Wir sind siegessicher.“

Dagegen enthielt sich das Prager Manifest des Exilvorstandes der SPD anlässlich des 1. Jahrestages der Hitlerdiktatur jeden konkreten Vorschlags zur Überwindung der Gegensätze, setzte vielmehr auf den vom Terror ausgehenden Zwang, der die Spaltungsgründe als überholt erscheinen lasse. Tatsächlich hatten die massenhaften Verhaftungen gerade unter den Kommunisten Magdeburgs große Lücken gerissen, sodass sie versuchten, unter den jüngeren, aktivistisch gesonnenen Sozialdemokraten Ersatz zu rekrutieren. Für sie wurde eine illegale „Volksstimme“ herausgegeben und Rundbriefe verbreitet, die zum gemeinsamen Kampf aufriefen. Von dem aktivistischen Kampfstil der Jungkommunisten angesprochen, traten einzelne Mitglieder der Sozialistischen

Arbeiterjugend (SAJ) im Frühjahr 1934 zum illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJVD) über. Für die Behauptung eines ehemaligen Sozialdemokraten, der 1927 zur KPD übergetreten war, zur Unterstützung der illegalen KPD seien in Magdeburg 32 Hilfskomitees aus sozialdemokratischen und unparteilichen Arbeitern gegründet worden, fehlt es jedoch an überzeugenden Nachweisen. Einzig eine Buckauer Gruppe entlassener Arbeitsamtsangestellter, die bereits vor 1933 der kommunistischen Vorfeldorganisation „Bund der Freunde der Sowjetunion“ angehört hatte, half illegales Material zu verteilen und gehetzten Funktionären Unterschlupf zu gewähren. Unproblematisch blieb die Kooperation allerdings nicht. Als die Sozialdemokraten mehr Mitspracherechte verlangten, wurden sie aus dem Freundesbund für die Sowjetunion ausgeschlossen. Nach vereinzelt Verhaftungen zuvor flog die gesamte Gruppe im März 1936 auf.

Die 1935 in Mitteldeutschland einsetzende Verhaftungswelle und die im ganzen Deutschen Reich 1935/36 vonstatten gehenden Massenverhaftungen bereiteten den Widerstandsanstrengungen der organisierten Arbeiterschaft in den ersten Jahren der NS-Herrschaft generell ein Ende. Die Situation der ständigen Ausdünnung der kommunistischen Untergrundkader - oft mussten die Bezirksleitungen dreimal und öfter in einem Jahr neu gebildet werden - führte endlich zu einem Umdenken in der Kominternspitze. Auf dem VII. Weltkongress der KI im Sommer 1935 in Moskau wandten sich die Strategen der Weltrevolution vorübergehend von der ewig gleichen, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik ab. Sie hatte nach einem nun bereits gut zwei Jahre währenden Vernichtungsfeldzug gegen ihre Kader wie einfachen Anhänger zur Kenntnis nehmen müssen, dass kaum mehr jemand in Freiheit bzw. in der Lage oder auch nur willens war, sich in dieser für sie völlig aussichtslosen Situation im Untergrund aufzuopfern. Da in Frankreich und Spanien zu diesem Zeitpunkt legale kommunistische Parteien erfolgreich begannen, mit sozialistischen und demokratischen Parteien zusammen zu gehen, fasste die Komintern-Führung nun übergangslos freundschaftliche Abmachungen mit den Spitzengremien sozialistischer Parteien ins Auge. Die eingeläutete Volksfrontpolitik zielte auf eine rasche Gewinnung sozialistischer, sozialdemokratischer, indifferenter und mit Hilfe der sich bald als völlig illusorisch herausstellenden Unterwanderungstaktik des Trojanischen Pferdes auch von den Faschisten verführter Kräfte.

Im einstigen Parteibezirk Magdeburg sollte es einzig in der Kreisstadt Calbe im Frühjahr 1936 zu einem sogenannten „Volksfront“ – Zusammenschluss von illegal aktiven KPD- und SPD-Gruppierungen kommen. Die kommunistische Unterbezirksleitung von Schönebeck lieferte Druckschriften, die von den Sozialdemokraten mit ihren untergründig eingezogenen Parteibeiträgen bezahlt und verteilt wurden. Da die Schönebecker Leitung bald verhaftet wurde, blieben

die Lieferungen aus und die Sozialdemokraten stellten ihre Zahlungen wieder ein, trafen sich jedoch weiterhin zu Besprechungen und stimmten ihr Verhalten in den Betrieben miteinander ab. Massenverhaftungen in Calbe und Schönebeck beendeten Anfang 1938 diesen Kooperationsversuch. Das unter Sozialdemokraten weit verbreitete Misstrauen gegenüber einer nachhaltigen Ernsthaftigkeit der kommunistischen Einheitsfrontbekundungen sollte sich als durchaus berechtigt erweisen. Angesichts der Erfolglosigkeit ihrer auf baldige Ergebnisse orientierten Bemühungen ließen Komintern- und KPD-Führung bald eine Rückkehr zu den alten Positionen erkennen. Das bekräftigte die Parteikonferenz der KPD Anfang 1939 bei Moskau, aus Tarngründen „Berner Konferenz“ genannt, voll und ganz. Den im Jahre 2000 veröffentlichten Tagebüchern des Schöpfers und Propagandisten der Volksfrontidee, Georgi Dimitroff, ist zu entnehmen, dass er 1935 die Delegierten des VII. Weltkongresses der KI unter großem Gelächter wissen ließ, dass nur „politische Hühner“ an eine grundsätzliche Änderung der kommunistischen Politik glauben würden. 1941 notierte er gar, das Ziel der Komintern sei, „die Sozialdemokratie endgültig aus der Arbeiterbewegung zu verdrängen, eine einheitliche Führung der Arbeiterbewegung in Gestalt der KP herzustellen“. Dieses Ziel gelang dann nach Kriegsende zumindest im sowjetischen Herrschaftsbereich Deutschlands voll und ganz.

Auswahl der benutzten Literatur:

- Volksstimme. Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg 1919 - 1933,
- Herlemann, Beatrix, Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“. Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930 - 1945, Halle 2001,
- Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996,
- Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1969,
- ders., Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 - 1933, Düsseldorf 1981,
- ders., Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat.: Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus, Köln 1988.

Anm. d. Red.: Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung. Die Langfassung ist im Internet unter folgender Adresse zu finden:

<http://www.spd-sachsen-anhalt.de/index.php/partei/geschichte>

Dr. Ralf Schade /Leuna

Karl Mödersheim (1888 – 1952) - Ein erfolgreicher Kommunalpolitiker und Bürgermeister der Stadt Leuna

Der ehemalige Leunaer Bürgermeister Karl Mödersheim wurde am 18.8.1888 in Queichheim, einem heutigen Stadtteil von Landau geboren. Er besuchte in seiner Heimatstadt die Volksschule. Nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Einrichtung begann er, wie viele junge Männer aus Rheinland-Pfalz, eine Lehre bei der BASF in Ludwigshafen am Rhein. Ein großer Bedarf bestand damals in der chemischen Industrie an Metallhandwerkern, denn die Chemieunternehmen waren auch große Maschinenbaubetriebe. Bei den Chemieanlagen handelte es sich um Sonderfertigungen. So erlernte er bei der BASF den Beruf eines Schlossers und arbeitete sich bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges zum Werkmeister hoch. Zwischen April 1917 und April 1919 versetzte die Unternehmensleitung ihn nach Leuna. Das genaue Datum des Unternehmenseintrittes ist nicht überliefert. Die Angaben von Zeitzeugen schwanken sehr stark.

Mödersheim gehörte zur politisch gemäßigten Arbeiterschaft der BASF. In diesem Unternehmen herrschte eine vorbildliche betriebliche Sozialpolitik, die von der Werkswohnung in Form eines Einfamilienhauses bis zur kostenfreien Behandlung der Mitarbeiter und ihren Familienangehörigen im Betriebsambulatorium reichte. Aus diesem Grund gab es in der Stammbesellschaft keinen großen Willen zum Arbeits- und Klassenkampf. Dies war bei den Arbeitern der fremden Montagefirmen anders.

Mödersheim genoss aufgrund seines fachlichen Könnens unter den Meistern und Obermeistern ein sehr hohes Ansehen. Sie wählten ihn am 19.2.1920 in den Angestelltenrat des Ammoniakwerkes Merseburg (damalige Bezeichnung für die Leuna-Werke). Über die Arbeitnehmerversammlung und die Gewerkschaft - Mödersheim war Metallarbeiter - fand er schließlich in den Tagen des Kapp-Putsches (13. – 17.3.1920) in die SPD. Sein Ziel war es nun, den sozialen Frieden am Standort zu sichern. In den Märzkämpfen 21.– 29.3.1921 ging Mödersheim ins Werk. Die KPD-Aufstandsleitung nahm ihn als Geisel fest. Die Polizei stürmte am 29.3.1921 das Werksgelände und Mödersheim gelangte als einziges SPD-Mitglied in Polizeigewahrsam. Seine Unschuld stellte sich sehr schnell heraus.

Karl Mödersheim sah die juristische Aufarbeitung der Märzkämpfe kritisch. Er machte auch ein Konfliktproblem zwischen Einheimischen und zugewanderten Werksangehörigen aus. Er ging in die Kommunalpolitik. Am 28.8.1922 wählten ihn die Rössener in ihre Gemeindevertretung. Es dauerte fast zwei Jahre, bis er sich in diese Problematik eingearbeitet hatte. Die Rössener Gemeindevertretung schickte ihn am 25.2.1924 in den Zweckverbandsausschuss Leuna.

Mödersheim trat am 8.3.1924 mit einem Artikel zur Kommunalwahl in der Regionalpresse zum ersten Mal als Volksvertreter in Erscheinung.

In seiner Einschätzung der innenpolitischen Lage stand er auf Distanz zur SPD-Führung, denn diese sah in der KPD den Hauptfeind der Sozialdemokratie. Mödersheim machte die deutschnationalistischen Parteien als Gegner aus.

Auch in der Gemeinde Rössen stieg das Ansehen von Mödersheim. Im Zweckverbandsausschuss wurde die Sozialpolitik sein Hauptbetätigungsfeld. Mödersheim nahm am 1.12.1924 seine Tätigkeit im Wohlfahrtsausschuss des Zweckverbandes (entspricht heute dem Kultur- und Sozialausschuss) auf. Seine Tätigkeit als Volksvertreter nahm solche Ausmaße an, dass es immer komplizierter wurde, seine Abgeordnetentätigkeit mit seiner Tätigkeit als Werkmeister in Übereinstimmung zu bringen. Seit dem 22.5.1925 stellte ihn die Werksleitung täglich ab 15.00 Uhr bei voller Bezahlung von der Arbeit frei.

1925/26 kam es in Leuna wie in ganz Deutschland zu einem konjunkturellen Abschwung. Auch die Leuna-Werke mussten Mitarbeiter entlassen. Mödersheim initiierte für diese Kollegen ein kommunales Beschäftigungsprogramm im Umfang von 200.000 RM. So konnten 60 Leunawerker ihre kurze Arbeitslosigkeit von zweieinhalb Monaten überbrücken.

Mödersheim rückte am 31.10.1927 in den Wohnungsausschuss des Zweckverbandes Leuna nach. Hier musste er feststellen, dass es trotz Hochkonjunktur im Zweckverband Obdachlose gab. Er brachte für diese Mitbürger ein Obdachlosenhaus auf den Weg.

Im Herbst 1929 kam es zur Weltwirtschaftskrise. Die Folgen machten sich sehr schnell auch in Leuna bemerkbar. Mödersheim setzte am 3.2.1930 ein Notprogramm durch.

1. Winterbeihilfe für jeden Arbeitslosen rückwirkend zum 1.2.1930.
2. Ein warmes Mittagessen für jeden Arbeitslosen mit sofortiger Wirkung.
3. Die Wartezeit für eine Schuhbesohlung zu Lasten des Zweckverbandes wurde von drei Monaten auf einen Monat gesenkt.
4. Allen ledigen Arbeitslosen, die zur Untermiete wohnten, wurde das Instandsetzen und Waschen der Kleidung vom Zweckverband übernommen.
5. Verheirateten Arbeitslosen sollten die Kosten für Gas und Licht vom Zweckverband abgenommen werden.
6. Bei Notstandsarbeiten sollten alle Arbeitslosen des Zweckverbandes erfasst werden.

Mödersheim merkte sehr schnell, dass die im Haushalt eingestellten Mittel nicht ausreichten. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms waren die Krisenfolgen und die Krisendauer für die Leunaer Stadtväter noch nicht absehbar.

Aus steuerrechtlichen Gründen löste sich am 30.6.1930 der Zweckverband Leuna auf. Am 1.7.1930 trat die Großgemeinde Leuna an seine Stelle. Mödersheim wurde nun hauptberuflich stellvertretender Gemeindevorsteher. Diese Funktion übte er zunächst amtierend aus, da erst im September eine neue Volksvertretung gewählt werden musste. Die SPD gewann diese Wahl mit 44,3%. Mit den Stimmen von SPD und NSDAP wurde Mödersheim in seinem Amt bestätigt.

Mödersheim nahm nun zur Kenntnis, dass die Krise einige Jahre dauern würde. Er wollte einen anderen Weg gehen, als Krise, Arbeitslosigkeit und Elend zu verwalten. Die Unterstützung der Arbeitslosen hatte Anfang der 30er Jahre des 20. Jh. eine Maximaldauer von 33 Wochen, danach gingen sie in den Verantwortungsbereich der Kommunen über. Mödersheim sah eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die die Kommunen im Extremfall auch allein als Instrument der Gegensteuerung durchführen sollten. Er machte auch dazu Vorschläge: Arbeitslosenwerkstatt, Siedlungsbau und Notstandsarbeiten.

Zur Arbeitslosenwerkstatt wurde die alte Holzwerkstatt am Werkszaun umgebaut. Hier sollten nach den Vorstellungen von Mödersheim die Erwerbslosen ihre Fähigkeiten in der Zeit der Arbeitslosigkeit festigen und erhalten, damit sie beim Anspringen der Konjunktur dem Werk wieder als vollwertige Arbeitskräfte zur Verfügung standen.

Mit dem Siedlungsbau wollte Mödersheim gleich zwei soziale Probleme am Standort lösen: die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot. In diesen Maßnahmen erhielten die bauwilligen Erwerbslosen ein billiges Darlehen von der Kommune. Die Rückzahlung erfolgte mit Beginn einer neuen Tätigkeit. So entstanden in Leuna die Siedlungen Daspig, Kröllwitz und die Kirschbergsiedlung. Die Siedler zahlten bis in die 60er Jahre des 20. Jh. hinein ihre Schulden an die Gemeinde ab.

Notstandsarbeiten waren die damalige Bezeichnung für den zweiten Arbeitsmarkt und kann mit ABM verglichen werden. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise baute man über die Notstandsarbeiten in Leuna den erheblichen Instandhaltungsrückstand im öffentlichen Straßen- und Wegebau ab. Die größte damalige Baumaßnahme in Leuna war das Waldbad.

Über Karl Mödersheim ist aus der Zeit des Nationalsozialismus sehr wenig bekannt. Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten bis Ende 1933

änderte sich in der Gemeindeverwaltung nicht viel. Die NSDAP wurde mit ihrer Politik erst ab dem 2.5.1933 in dieser wirksam. Bis zu diesem Zeitpunkt hat es nach Aktenlage auch keine politischen Säuberungen gegeben. Bei der nationalsozialistischen Umgestaltung der Leunaer Gemeindeverwaltung entließen die Nationalsozialisten vier Mitarbeiter (Jahn, Heinrich, Cornely und Mödersheim). Am 5.5.1933 erfolgte die Kündigung mit der Begründung „politisch untragbar“ auf der Grundlage des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 7.4.1933. Da Mödersheim kein Jude war, führte Klotzsche (NSDAP) das Kündigungsverfahren nach den im Arbeitsvertrag festgelegten Fristen durch. Danach konnte Mödersheim nur zum Ende eines Monats die Kündigung ausgesprochen werden, außerdem hatte die Verwaltung eine Frist von drei Monaten einzuhalten. Somit blieb Mödersheim bis zu seiner offiziellen Entlassung am 31.8.1933 beurlaubt und bezog auch bis zu diesem Zeitpunkt seine vollen Dienstbezüge. Danach rutschte er in die Arbeitslosigkeit. Eine Erwerbslosenunterstützung bekam er nicht, da er Beamter gewesen war und in keine entsprechende Kasse eingezahlt hatte. Die Zeit vor der Verbeamtung zählte hierbei nicht.

Eine Wiedereinstellung in die Leuna-Werke war auch nicht möglich, da das Personal handverlesen wurde. Dabei überprüfte die Gestapo die Angaben der Bewerber. Zu den nicht einzustellenden Bewerbern gehörten auch SPD-Funktionäre.

Zu diesem Zeitpunkt konnte Mödersheim nur auf Kosten seiner Frau leben. Im Schritt in die Selbstständigkeit bestand die einzige Möglichkeit, um aus der Misere heraus zu kommen. Die Ehefrau Margarete Mödersheim übernahm 1934 das Tabakwarengeschäft des Juden Beutler am Industrietor 13. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten von Mödersheim liefen unter dem Namen der Frau. Mit Kriegsbeginn verzog die Familie Mödersheim nach Thüringen in den Großraum Weimar – Erfurt.

Am 15.4.1945 war für Leuna der Zweite Weltkrieg zu Ende. Die Amerikaner befreiten Stadt und Werk. Sie machten den Leiter des Wohnungsamtes Kurt Wahren (NSDAP; jetzt parteilos) zum amtierenden Bürgermeister. Die Amerikaner versuchten, die Nazis in der Verwaltung durch Verwaltungsfachleute aus der Zeit der Weimarer Republik zu ersetzen. Vielen Leunaern fiel der Name Karl Mödersheim wieder ein. Eine Delegation von Leunaern besuchte Mödersheim in Thüringen. Er wollte aus verständlichen Gründen nicht mehr nach Leuna zurück. Die noch nicht wieder zugelassene SPD von Erfurt hatte Mödersheim im künftigen Land Thüringen für die Funktion des neuen Staatssekretärs für Kommunalpolitik im Thüringer Innenministerium vorgesehen. Als er jedoch von den Nöten in Leuna hörte, ging er wieder nach Leuna zurück. Die Amerikaner stellten am 9.5.1945 Mödersheim als Leiter des Wiederaufbaus ein. Bereits am 10.5.1945 legte er die Denkschrift

„Sofortmaßnahmen der Gemeinde Leuna“ dem amerikanischen Capitän Tauscher zur Bestätigung vor. Die Amerikaner „beförderten“ Mödersheim daraufhin am 17.5.1945 zum Leiter der Sofortmaßnahmen und am 31.5.1945 zum Bürgermeister, da Wahren dieser Aufgabe nicht gewachsen war. Bei dieser Gelegenheit ernannten die Amerikaner auch Abgeordnete, um möglichst schnell demokratische Verhältnisse zu schaffen. Über Wahlen dachte man noch nicht nach.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war Leuna zu 80% zerstört. Bevor der Wiederaufbau beginnen konnte, musste der gesamte Ort enttrümmert werden. Diese Maßnahme setzte Mödersheim mit Zwangsmaßnahmen durch. Jeder Leunaer wurde von Mödersheim schriftlich eingeladen. Volkspolizisten verteilten dann die Einladungen. Die Russen kamen am 3.7.1945 nach Leuna. Sie beließen Mödersheim im Amt. Die zweite große Aufgabe war 1945 die Durchführung der Bodenreform. Diese Maßnahme hatte am Chemiestandort nur eine geringe Bedeutung. Am 1.10.1945 konnte Mödersheim dem Landrat melden, dass Leuna voll enttrümmert war.

Er legte sich im Oktober 1945 zum ersten Mal mit den Russen an, es gab Probleme bei der Umsetzung der Bodenreform. Er machte den Russen klar, dass die Bodenreform keine Angelegenheit der Kommune sei, sondern der Sowjets als Besatzungsmacht. Am 1.11.1945 bekam Leuna das Stadtrecht verliehen. Ende 1945 konnten die ersten wiederaufgebauten Wohnungen übergeben werden. In diese zogen Ausgebombte ein, die über keinerlei Hausrat verfügten. Für jeden Haushalt ließ Mödersheim in der kommunalen Berufsschule im Wertumfang von 1000 RM Möbel fertigen.

Anfang 1946 stockte Mödersheim die Belegschaft des Wiederaufbauamtes (Vorläufer von Bauamt und Bauhof) um 300 Mitarbeiter auf, damit war es größer als der Kreisbaubetrieb. Auf dem gemeinsamen Parteitag von KPD und SPD (21./22.4.1946) fusionierten beide Parteien zur SED. Mödersheim wurde nun auf Zwangsbasis Mitglied dieser Partei. Er blieb mit dem Herzen jedoch Sozialdemokrat.

1946 waren die ersten Kommunalwahlen der Schwerpunkt der politischen Arbeit. Bei den Wahlen am 8.9.1946 erreichte die SED mit Mödersheim als Spitzenkandidat 52,65% der Stimmen, damit lag Leuna über dem Durchschnitt in der SBZ (SBZ durchschnittlich 47% und in Berlin 20%).

Mödersheim gründete im Oktober 1946 das kommunale Wohnungsunternehmen KWöU. Dieses sollte sich nun der Wohnungsnot in Leuna annehmen. Als zweite große Aufgabe sah Mödersheim die Hortproblematik. Hier mangelte es an Räumen und Personal. Der Bürgermeister setzte nicht ausgelastete Lehrer als Hortner ein und gab die Unterrichtsräume ab Unterrichtsschluss für die Nutzung

durch den Hort frei. Er eröffnete für die Leunaer Schüler das Landschulheim Eisenberg aufgrund der negativen Umweltbedingungen am Standort Leuna.

Der Winter 1946/47 war sehr hart. Die Stadt hatte kaum Brennstoffe, um die öffentlichen Gebäude wie Schulen und Kindereinrichtungen zu heizen. Die Stadt Leuna verfügte über kein eigenes Brennstoffkontingent. Sie musste ihren Brennstoff beim Werk beziehen und dieses hatte selbst zu wenig. Daraufhin ließ Mödersheim die Kohlenkeller der Einwohner überprüfen. Wer nach der Meinung des Bürgermeisters zu viel Kohle hatte, musste die überhöhte Brennstoffmenge der Stadt „schenken“. Die Schulkinder lagen Mödersheim besonders am Herzen. Da alle Nahrungsmittel rationiert waren, konnten die 1000 Leunaer Schüler nicht im notwendigen Umfang über die Schulspeisung versorgt werden. Mödersheim beschaffte sich vom Werk einige 200-Liter-Fässer voll Benzin und Diesel und tauschte diese auf dem schwarzen Markt gegen Nahrungsmittel für die Schulspeisung ein.

Im August 1947 verboten die Sowjets alle Vereine als letzte bürgerliche Rudimente. Um diese Regelung zu umgehen, ernannte Mödersheim die rund 550 Einwohner, die in künstlerischen Vereinen organisiert waren, zu sachkundigen Einwohnern des Kultur- und Bildungsausschusses. Mödersheim machte sich mit seiner eigenwilligen Politik nicht nur Freunde. Zwischen ihm und seinem Stellvertreter Wagenbrenner (ehemals KPD) kam es zu ernsthaften Konflikten. Mödersheim tauschte Wagenbrenner gegen Günther (SED) aus. Die anderen Fraktionen sahen sich benachteiligt, da sie keine Berücksichtigung fanden.

Um die Versorgungssituation in Leuna zu verbessern, übernahm die Stadt die Patenschaft über fünf Bauerngehöfte, d.h. der überdimensionierte Bauhof der Stadt Leuna errichtete Gehöfte und die Bauern zahlten mit landwirtschaftlichen Produkten, die in den Leunaer Geschäften veräußert wurden. 1948 strebte die SED eine Beseitigung der privaten Handwerksbetriebe an. Die Geschäftslokale sollten von KONSUM und HO übernommen werden. Mödersheim widersetzte sich dieser Festlegung, da er eine Verschlechterung der Versorgungssituation der Bevölkerung befürchtete.

1948 fand auch in der SBZ eine Währungsreform statt. Damit verbunden war ein Kassensturz. Die eigenwillige Kommunalpolitik von Mödersheim hatte dazu geführt, dass die Kommune zwei Millionen Mark Schulden besaß. Als Instrument zum Schuldenabbau gründete er aus allen wirtschaftlich tätigen Bereichen der Stadtverwaltung das kommunale Wirtschaftsunternehmen (KWU).

1948/49 machten auch die Vertriebenen Mödersheim Druck. Seit Kriegsende musste Leuna mehrere Transporte aufnehmen. Bei der Wohnraumvergabe wurden diese Neu-Leunaer kaum berücksichtigt. Sie lebten seit ihrer Ankunft in Baracken. Mödersheim initiierte mit Unterstützung der Deutschen Wirtschaftskommission den Bau eines neuen Wohngebietes an der Friedrich-Ebert-Straße. Wegen der Unterstützung durch die Sowjets nannten die Leunaer dieses Wohngebiet „Klein-Moskau“. Dieses Projekt ließ Mödersheim trotz unklarer Finanzierung ausführen. Für ihn stand die Beseitigung der Wohnungsnot an erster Stelle. Bis zum Ende seiner Amtszeit wuchsen durch dieses Wohngebiet die kommunalen Schulden um weitere zwei Millionen Mark an.

Im Herbst 1951 nahmen der ABI-Vorgänger (Volkskontrolle) und die SED-KL Merseburg das Projekt „Klein-Moskau“ näher „unter die Lupe“. Dieses führte dazu, dass der Rat des Kreises Merseburg der Stadt Leuna die Entlastung des Haushalts der letzten vier Jahre versagte und die gesamte Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergab. Das MfS übernahm nun die Ermittlungen. Zu diesem Zeitpunkt war Mödersheim schon seit einigen Monaten wegen Kehlkopfkrebs krankgeschrieben. Im Frühjahr 1952 gingen die Ermittlungen gegen Mödersheim zu Ende. Zu dieser Zeit befand er sich zu einer Operation an der Uni-Klinik Leipzig und konnte sich nur noch durch Flucht in die BRD der Verhaftung entziehen.

Über die Flucht von Bürgermeister Mödersheim in die BRD gibt es keine Akten. Von Zeitzeugen wird dieser Vorgang in zwei Versionen geschildert:

1. Mödersheim befand sich in Leipzig im Krankenhaus. Dort wurde er von seiner Frau und seinem Chauffeur mit dem Dienstwagen abgeholt, um in die BRD zu flüchten.
2. Mödersheim befand sich Anfang Mai 1952 zu einer Operation in der Universitätsklinik Leipzig. Er war dort im Erdgeschoß untergebracht. Wenige Tage nach der Operation soll das MfS vor der Krankenzimmertür gestanden haben, um Mödersheim zu verhaften. Er entzog sich mit einem Sprung durch das Fenster der Verhaftung, flüchtete zum Hauptbahnhof und fuhr mit dem nächsten Interzonenzug in den Westen.

Wie Mödersheim die Staatsgrenze zur BRD passierte bleibt in beiden Versionen offen, wobei die erste die glaubhaftere ist. Er verstarb im Dezember 1952 in der Bundesrepublik an Krebs. Die Abwahl von Mödersheim und seine Ersetzung durch Artur Haugk erfolgten am 29.5.1952. Den Abgeordneten sind die Hintergründe laut Aktenlage vorenthalten worden. Am 3.6.1952 trat Haugk seine neue Tätigkeit an.

Der Gesundheitszustand von Mödersheim war so schlecht, dass er in der BRD kein Arbeitsverhältnis aufnehmen konnte. Ihm fehlten noch 14 Monate bis zur Altersgrenze. Im Bezug auf eine Altersrente schrieb der Oberregierungsrat von der Bezirksregierung Pfalz am 6.8.1952 die Stadtverwaltung Leuna an. Der Leunaer Personalchef Tiegel suchte mit diesem Schreiben den Genossen Ansorg vom MfS Merseburg auf. Dieser ordnete am 20.8.1952 an, auf dieses Schreiben nicht zu antworten. Gleichzeitig zog dieser Stasi-Mann alle personengebundenen Mödersheim-Geheimakten in der Stadtverwaltung Leuna, Rat des Kreises Merseburg und SED-KL Merseburg ein. Diese Unterlagen sind offenbar nicht in den MfS-Archiven angekommen. Sie wurden wahrscheinlich vom Stasi-Mann Ansorg auf eigene Faust vernichtet.



Bürgermeister Karl Mödersheim

Andrej Stephan / Halle an der Saale

Willi Brundert - ein Sozialdemokrat in vier Systemen



Willi Brundert

geb. 12. Juni 1912 Magdeburg

gest. 7. Mai 1970 Frankfurt

Quelle: <http://bilder.bild.de/fotos-skaliert/brundert-26905347-mbhf-24572544/2,h=493.bild.jpg>

Die Sozialdemokratie im heutigen Sachsen-Anhalt hat einen Menschen hervorgebracht, der nach 1945 zunächst als Hoffnungsträger der Zwangsvereinigung von SPD und KPD startete, zum Opfer des Stalinismus wurde, mehr als sieben Jahre in den Kerkern der jungen DDR verbrachte, dann in die Bundesrepublik emigrierte und dort eine kurze, steile Karriere erlebte, die ihn zu einem waschechten Kommunalpolitiker der westdeutschen Demokratie machte.

Willi (eigentlich: Wilhelm) Brundert wurde am 12. Juni 1912 in Magdeburg als Sohn eines Schriftsetzers und Buchhalters in eine sozialdemokratisch geprägte Familie hinein geboren.³⁴ Schon als Schüler begann er politisch aktiv zu werden und gründete unter anderem eine sozialistische Schülergruppe (die sozialdemokratischen "Jugendfreunde") mit, war zudem in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) aktiv. Nach dem Abitur begann Brundert, der 1930 der SPD und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beitrug, Rechts- und Staatswissenschaften in Halle (Saale) zu studieren. Rasch avancierte der rhetorisch begabte junge Mann zum Vorsitzenden der Sozialistischen Studentenschaft in Halle (1931-1933) und entwickelte sich zu einem aktiven Gegner des Aufstiegs der Nationalsozialisten. Bereits den so genannten "Preußenschlag", einen Staatsstreich gegen die geschäftsführende Regierung des Freistaates und ihre Ersetzung durch einen Reichskommissar per Notverordnung³⁵, hielt Brundert angesichts seiner Wahrnehmung, "daß am 20. Juli 1932 die republikanischen Massen kampfbereit waren", für vermeidbar oder zumindest für das Fehlen eines nun notwendigen energischeren Vorgehens gegen die Rechtsaußen.³⁶ Als er zu diesem Thema jedoch einen Artikel im politischen Teil einer Magdeburger SPD-Zeitung lancieren wollte, kam es nicht zum Abdruck seiner Gedanken, sondern zu einer Einbestellung in die Redaktion, wo Brundert sich belehren lassen musste, die Arbeiterbewegung habe den bewaffneten Kampf nicht nötig und könne sich notfalls auf den Generalstreik verlassen - ein schwerer Irrtum, wie der junge Student schon damals zu wissen glaubte.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wechselte Brundert seinen Studienort und absolvierte im Januar 1935 in Frankfurt am Main sein 1. juristisches Staatsexamen. Im September des gleichen Jahres wurde er an der Hamburger Universität mit einer polizeirechtlichen Arbeit zum Doktor der Rechte promoviert. Spätestens seit 1939 wohnte Brundert, der nach seiner Promotion als Steuerassistent und Steuersachbearbeiter sein Brot zunächst in

³⁴ Vgl. zu den biographischen Daten in der Folge, falls nicht anders angegeben Bernd-Rainer Barth / Beatrix Herlemann, Willi Brundert, in: Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S. 116f.

³⁵ Zu den Einzelheiten dieses Ereignisses, das der historischen Forschung als Vorbote der nationalsozialistischen Machtergreifung gilt, siehe Ludwig Biewer, Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932, Ursachen, Ereignisse, Folgen und Wertung. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jahrgang 119 (1983), S. 159-172.

³⁶ Zitiert nach Willi Brundert, Von Weimar bis heute. Im Spiegel eigenen Erlebens, Hannover 1965, S. 17.

Magdeburg verdiente, in Berlin und unterhielt dort enge Kontakte zu Theodor Haubach (1896-1945), Carlo Mierendorff (1897-1943) und Adolf Reichwein (1898-1944). Durch diese persönlichen und schriftlichen Kontakte ist Brundert zum engen Umfeld von wesentlichen Persönlichkeiten des "Kreisauer Kreises" zu zählen, auch wenn er sich nicht an der aktiven Widerstandsarbeit desselben beteiligte.³⁷

1941 wurde er zum Wehrdienst bei der Kriegsmarine eingezogen, recht schnell zum Leutnant befördert und brachte es mutmaßlich sogar bis zum Major.³⁸ 1944 geriet er in britische Kriegsgefangenschaft. Seit März 1946 war er im Sonderlager Wilton Park bei Beaconsfield interniert, dessen Aufgabe in der Umerziehung deutscher Kriegsgefangener mit Blick auf ein demokratisches Nachkriegsdeutschland bestand. Aus diesem wurde er am 3. August entlassen.

Im Jahre 1949 schließlich geriet Brundert in die Mühlen eines der ersten Schauprozesse in der jungen DDR:³⁹ Als Ministerialdirektor im sachsen-anhaltischen Wirtschaftsministerium unter Willi Dieker (SED) tätig, war er an der Überführung der in Dessau ansässigen Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (Contigas, auch DCGG), eines bedeutenden privatwirtschaftlichen Versorgungsunternehmens, in Volkseigentum gemäß dem so genannten Sequesterbefehls der sowjetischen Militäradministration (SMAD) - und seiner Bestätigung durch Enteignungsbeschluss 1946 - beteiligt. Das kurz nach Kriegsende herrschende Chaos vermochte nicht zu verhüten, dass die Contigas weiterhin privatwirtschaftlich arbeitete und 1946 sogar Mehrheitseignerin der *Provinzialen Energieversorgungs-Aktiengesellschaft* (PREVAG) wurde - mit Brundert als Aufsichtsratsvorsitzendem bei letzterer.

Mischwirtschaftliche Geburtsschmerzen dieser Art waren für sich genommen keine Seltenheit in den Nachkriegswirren in der Sowjetischen Besatzungszone. Sie wurden für Brundert allerdings zum Verhängnis, weil er im Jahre 1948 Details bei einer Transaktion von Aktienvermögen der Contigas zugunsten einer in den Westzonen (wo die Contigas ebenfalls Betriebe hatte) 1947 in Hagen gegründeten Parallelfirma regelrecht verschlafen hatte.

Seit Beginn des Jahres 1949 wurde deswegen gegen ihn, Dieker und den CDU-Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Leo Herwegen (1886-1972, der im DCGG-Aufsichtsrat saß), durch die Zentrale Kommission für staatliche Kontrolle (ZKK bzw. ZKSK) unter Fritz Lange (1898-1981) ermittelt. Brundert

³⁷ Vgl. Kurt Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1993, S. 128.

³⁸ Siehe zu diesem Detail und in groben Zügen zur Familiengeschichte der Brunderts (Willis Vater Hermann war nach 1945 unter anderem Präsident der sächsischen Volkssolidarität) ohne Autor, Und nun diese Schande, in: *Der Spiegel* 53/1949 vom 29. Dezember 1949, S. 29-31.

³⁹ Vgl. zum Folgenden, falls nicht anders angegeben, Nils Klawitter, Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR: Die Verfahren gegen die "Textilschieber" von Glauchau-Meerane und die "Wirtschaftssaboteure" der Deutschen Continental-Gas-AG, in: Jutta Braun / Nils Klawitter / Falco Werkentin, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin 2006⁴, S.23-56.

wurde am 28. Oktober 1949 verhaftet. Über den Prozess und seine Sicht auf ihn, insbesondere zu Aspekten der Haftbedingungen, hat der Betroffene selbst nach seinem Umzug in die Bundesrepublik die Perspektive des Zeitzeugen eingenommen.⁴⁰

Die Kehrseite dieser Schilderungen bildet eine propagandistische Kampfschrift des SED-Regimes, die Brundert vorwarf, bereits 1933 seine Weltanschauung verraten und "nazistische Broschüren" geschrieben zu haben⁴¹, um die Zulassung zum Examen zu erhalten. In Wilton Park sei er als Agent ausgebildet und im Sommer 1946 nach Sachsen-Anhalt expediert worden, um die junge Volkswirtschaft der künftigen DDR zu schädigen und zu untergraben.⁴² Die Theorie vom rücksichtslosen, karrieristischen "Agenten" war ein eigens für den Prozess lanciertes Werk reiner Denunziation. Noch 1946 hatte sich Werner Bruscke (1898-1995), später während des Schauprozesses Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, "für seine politische Zuverlässigkeit unter allen Umständen" verwandt, 1948 tat es die SED-Betriebsgruppe an der Martin-Luther-Universität ihm gleich.⁴³ Im Mai diesen Jahres war Brundert - parallel zu seiner Tätigkeit im Ministerium nämlich auch in Halle zum Professor für öffentliches und Wirtschaftsrecht ernannt worden.

Im Dessauer Schauprozess ging es denn auch weniger um eine Abrechnung mit der Person oder Biografie Brunderts, sondern um die systematische Ausschaltung letzter SPD-Wurzeln in der 1946 aus KPD und SPD entstandenen Einheitspartei SED. Prozesse wie jener in Dessau dienten dabei der so genannten "Bekämpfung des Sozialdemokratismus"⁴⁴ Dieses Konstrukt diente zweierlei Motiven: Es sollte den Machthabern die Abgrenzung von der westdeutschen, von Kurt Schumacher (1895-1952) geführten SPD erleichtern und diese als reformistische, künftig nur noch Kapitalinteressen dienende Partei denunzieren. Nicht zuletzt erfüllten die Prozesse aber auch die Funktion, zur Legitimation des neuen Regimes und seines revolutionären, unbedingt antifaschistischen Charakters beizutragen und erste kaum übersehbare Krisen und Defekte der Planwirtschaft zu kaschieren, indem die Verantwortung für wirtschaftlichen Misserfolg dem Sabotagewerk von Vertretern des alten "Systems" zugeschoben werden sollte. Die SED und insbesondere die ZKK

⁴⁰ Vgl. W.(illi) Brundert, *Es begann im Theater... "Volksjustiz" hinter dem eisernen Vorhang*, Berlin 1958.

⁴¹ In der Tat hatte Brundert, so dokumentiert es der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek unbestechlich, 1934 in einem Eisenacher Verlag eine - für diesen Aufsatz allerdings nicht eingesehene - 24 Seiten starke Schrift zu "Junge Nation und Kampfbund" veröffentlicht.

⁴² Siehe zu den Vorwürfen gegen und Verschwörungstheorien rund um Brundert den skandalisierenden, denunziatorischen und für 20 Pfennig verkauften Prozessbericht Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), *Prozess Herwegen, Brundert und Komplizen*, Berlin o.J., insbesondere S. 29-35.

⁴³ Zitiert nach Sibylle Gerstengarbe / Horst Hennig, *Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945-1961. Eine Dokumentation*, Leipzig 2009, hier S. 119.

⁴⁴ Zu Ansatz und Methode der in der frühen DDR zur systematischen Bekämpfung von vermeintlichem "Sozialdemokratismus" ergriffenen Maßnahmen siehe ausführlich Beatrix Bouvier: *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953*, Berlin 1996.

bediente sich dabei einer längst hörigen Justiz und gestaltete den Dessauer Schauprozess, bei dem das Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen-Anhalts entzogen wurde und der Prozess vorm Obersten Gericht der DDR verhandelt wurde, als propagandistisches Lehrstück - auch zur Disziplinierung der eigenen Kader.⁴⁵ Als Vorsitzende des Prozesses amtierte die wegen ihrer ruppigen Gangart berüchtigte Stalinistin Hilde Benjamin (1902-1989), die es später zur DDR-Justizministerin bringen sollte.

Mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen meinte die Regie des Prozesses, als sie ausdrücklich westdeutsche Reporter zuließ und das markige Motto "Die Deutsche Demokratische Republik schlägt zu!" ausgab. Sehr rasch ging dieser Schuss allerdings nach hinten los: Die Medien, die über den Prozess berichteten, kritisierten dessen Charakter und äußerten sich süffisant über Pannen und offensichtliches Blendwerk bei der Inszenierung. Der Spiegel etwa wusste zu berichten, dass Brundert eigentlich eine Art Bauernopfer für Werner Brusckke sei (dieser war bis 1948 sachsen-anhaltischer Finanzminister gewesen) und unterlegte diese These mit dem Verweis, einigen der Angeklagten drohte die Todesstrafe.⁴⁶

Unter dem Strich half den Angeklagten aber auch publizistische Rückendeckung aus der Bundesrepublik nicht: In seinem Schlussplädoyer denunzierte der Generalstaatsanwalt den Angeklagten Brundert nochmals, "ein arroganter Karrierist, ein typischer Agent" zu sein. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. 5 Jahre davon verbrachte er in Einzelhaft und Isolation⁴⁷. Am 19. März 1957 freigelassen (als letzter der in Dessau Angeklagten, ein halbes Jahr nach Herwegen), verließ Brundert im April 1957 die DDR und siedelte nach Hessen über. Nachdem er - von den Entbehungen der Haft auf Dauer gezeichnet - ein halbes Jahr in Krankenhäusern und auf Kuren verbracht hatte, trat er - nun wieder SPD-Mitglied - im Januar 1958 die Leitung der hessischen Landesfinanzschule in Rotenburg an, aus welcher er im November 1962 als künftiger Chef der Staatskanzlei in Wiesbaden in die Landesregierung wechselte.

Am 1. Juli 1964 schließlich wurde er zum Oberbürgermeister Frankfurts gewählt. Er trat damit in die Nachfolge des spröden, in der SPD nie sonderlich beliebten Werner Bockelmann (1907-1968) ein, der zum Geschäftsführer des Deutschen Städtetages gewählt worden war.⁴⁸ Die Kandidatenfindung selbst hatte sich als äußerst schwierig erwiesen, weil die SPD intern auf alte Kämpen

⁴⁵ Vgl. zur Einordnung des Dessauer Schauprozesses in die Prozesswellen im Einflussbereich der Sowjetunion, Franz-Josef Kos, Politische Justiz in der DDR. Der Dessauer Schauprozess vom April 1950, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jahrgang 44 (1996), Heft 3, S. 395-429.

⁴⁶ Siehe dazu den Artikel, in welchem Brundert fälschlich der Vorname Fritz zugeordnet wird, ohne Autor, Harriman soll sterben, in: *Der Spiegel* 18/1950, S. 5f.

⁴⁷ Vgl. Brundert, Weimar, S. 76.

⁴⁸ Zu den Umständen von Bockelmanns Abschied aus Frankfurt siehe ohne Autor, Noch nie so einig, in: *Der Spiegel* 18/1964, S. 52.

setzen wollte und notwendige Kompromisse ausbalancierte, während zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung eine regelrechte Kampagne entfachte, warum unter den in Rede stehenden Kandidaten denn kein Jurist sei - mit der Lösung, dass Brundert regelrecht zum Notnagel wurde, der wortwörtlich in einen sauren Apfel beißen musste.⁴⁹ Andererseits kannte Brundert Frankfurt schon seit seiner Studienzeit und wusste den Einheimischen über Anekdoten und ein eindrucksvolles Detailwissen Lokalkolorit zu vermitteln.⁵⁰ Der sozialdemokratische Pressedienst kaprizierte sich bei seiner Vorstellung Brunderts überwiegend auf dessen Schicksal im Umfeld des Dessauer Schauprozesses.⁵¹

Nach der Amtseinführung am 27. August 1964 musste Brundert rasch zur Kenntnis nehmen, dass selbst in einer Metropole wie Frankfurt zahlreiche Mühen der Ebene anstanden. Die Kommune war hoch verschuldet (mit anderthalb Milliarden DM), was Brundert dazu zwang, einen rigiden Sparkurs einzuschlagen. So musste etwa die für 1969 geplante Bundesgartenschau abgesagt und die Universität als Stiftungsuniversität in städtischer Verantwortung aufgegeben und an Hessen übergeleitet sowie der Investitionsrahmen gekürzt werden. Trotz hoher Gewerbesteuern verblieb Frankfurt stets wenig Geld im Säckel der jeweiligen Kämmere, so dass in der Ägide Brundert selbst die legendären "Frankfurter Abende" - regelrechte Gelage mit Rippchen, Kraut und Apfelwein - eher nüchternen Stehempfangen zu weichen hatten.⁵²

Trotz zum Teil äußerst unpopulärer Maßnahmen bei der Haushaltssanierung der hoch verschuldeten Stadt, trotz eines in der Frankfurter SPD um 1968 herum ausgetragenen erbitterten Richtungsstreites zwischen "Linken" (um den späteren Juso-Bundesvorsitzenden Karsten Voigt) und "Rechten" (um den Innenpolitiker Hermann Schmidt-Vockenhausen) gelang es Brundert, nicht nur die gesamte Region prägende Großprojekte wie die Frankfurter U-Bahn durchzusetzen, sondern sich auch einen gewaltigen, bis heute nachwirkenden Ruf in der Bevölkerung zu erarbeiten. Als Präsident des Deutschen (ab 1967) und des hessischen Städtetages sowie als Präsident des Deutschen Bühnenvereins (ab 1966) wurde er auch bundesweit einem breiten Publikum bekannt.

Als Willi Brundert am 7. Mai 1970 kurz nach seiner Wiederwahl im Alter von 57 Jahren an einer Lungenentzündung starb, vollendete sich ein bewegtes politisches Leben, in dem er unter anderem Rollen als politischer Student, Jurist, Universitätsprofessor, Politiker, Gegner des Nationalsozialismus und Opfer des

⁴⁹ Vgl. ohne Autor, Turnen können, in: *Der Spiegel* 27/1964, S. 38.

⁵⁰ Vgl. Joachim Peter, Lebensbild des Autors, in: Brundert, Weimar, S. 155-160, hier S. 157.

⁵¹ Siehe dazu ohne Autor, Porträt eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters. Prof. Dr. Wilhelm Brundert Oberbürgermeister von Frankfurt/Main, in: Günter Markscheffel (Chefredakteur), *Sozialdemokratischer Pressedienst* P/XIX/173 vom 10. September 1964, hier S.5f.

⁵² Siehe dazu den pointierten Artikel ohne Autor, Selten Sekt, in: *Der Spiegel* 48/1965, S. 62.

Stalinismus eingenommen hatten (bzw. hatte einnehmen müssen). Zu Brunderts relativ plötzlichem Tod trug auch ein Leberleiden bei, welches er sich als Folge der Entbehrungen während seiner Inhaftierung zugezogen hatte.

Noch in seinem Sterbejahr 1970 war Brundert in eine Kontroverse verwickelt worden, die ihn an seine Jugend erinnert haben mag - wenn auch mit nun gewechselten Vorzeichen: Im Februar beschloss ein Frankfurter SPD-Unterbezirksparteitag auf Antrag der Jusos, dem seit 1952 amtierenden (und seinerzeit durch den Stadtrat zu wählenden) Polizeipräsidenten Dr. Gerhard Littmann⁵³ das politische Vertrauen zu entziehen und ihn in den Ruhestand zu versetzen (was schließlich Brunderts Nachfolger Walter Möller tun sollte). Hintergrund waren konkrete Auseinandersetzungen während der Studentenbewegung sowie wachsende Zweifel an der generellen Haltung Littmanns in Polizeifragen.⁵⁴ Die insbesondere vom Parteienwachstum erzwungene Aufkündigung der seit 1945 bewährten informellen Großen Koalition mit der CDU in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sollte Brundert schon nicht mehr erleben - nachdem bei seiner Beerdigung noch seine Stellvertreter, der Wirtschaftsdezernent Dr. Wilhelm Fay (1911-1980) von der CDU, die Gedenkrede gehalten hatte.⁵⁵

Nachrufe würdigten den gebürtigen Magdeburger als Mann leiser Töne⁵⁶, der ab und an sehr formell, sogar distanziert auftreten konnte, aber insbesondere durch seine rechtschaffene, von einem wechselvollen Leben geprägte Art⁵⁷ mit großer Überzeugungskraft in die Partei und in die Bevölkerung wirkte.

⁵³ Siehe zu seiner Biografie http://www.kmffm.de/geschichte/Polizeipraesidenten/16_Dr-Gerhard-Littmann/Dr-Gerhard-Littmann.html [letzter Zugriff am 23. September 2012].

⁵⁴ Vgl. Theodor Eschenburg, Frankfurter "Hexenprozess", in: *Die Zeit* 8/1970 vom 20. Februar 1970, hier S. 1 sowie ders., Ständische Demokratie, in: *Die Zeit* 30/1970, S.2. Siehe ausführlicher auch ohne Autor, Gern Canasta, in: *Der Spiegel* 7/1970, S. 73-76.

⁵⁵ Vgl. ohne Autor, Enger Raum, in: *Der Spiegel* 14/1972, S. 32ff.

⁵⁶ Vgl. ohne Autor, Gestorben: Willi Brundert, in: *Der Spiegel* 20/1970, S. 238.

⁵⁷ Siehe dazu den distanzierten Nachruf von Joachim Fink, Willi Brundert, in: *Die Zeit* 20/1970, S. 9.

Nadja Fischer / Halle an der Saale

Die Geschichte der sozialdemokratischen Parteipresse in Deutschland und im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt

Die Anfänge (1863 – 1874)

Am 19. November 1892 schrieb Friedrich Engels (1820-1895) an August Bebel (1840-1913):

„Ihr müsst absolut eine Presse in der Partei haben, die vom Vorstand und selbst Parteitag nicht direkt abhängig ist, d.h. die in der Lage ist, innerhalb des Programms und der angenommenen Taktik gegen einzelne Parteschritte ungeniert Opposition zu machen und innerhalb der Grenzen des Parteistandes auch Programm und Taktik der Kritik zu unterwerfen. Eine solche Presse solltet Ihr als Parteivorstand begünstigen, ja hervorrufen, dann habt Ihr immer noch mehr moralischen Einfluss auf sie, als wenn sie halb gegen Euren Willen entsteht. [...]“⁵⁸

Der Parteijournalismus hatte nach Engels, neben der Funktion des Kritikers auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und der Vertretung der Interessen des Volkes gegenüber den Herrschenden, auch die Aufgabe innerparteilicher Kritik. Diesem liberalen Konzept wollte die Parteiorganisation der SPD auf dem Feld der eigenen Parteipresse folgen, was ihr allerdings durch die Reproduktion kapitalistischen Wirtschaftens und den daraus resultierenden Abhängigkeitsverhältnissen häufig nur in der Theorie gelang. Es ist nicht übertrieben anzumerken, dass die sozialdemokratische Parteiorganisation und ihre führenden Funktionäre Lassalles Kritik⁵⁹ an bürgerlicher Zeitungsmache nur insoweit folgten, wenn es sich um die kapitalistische Finanzierung eines Parteiunternehmens durch Werbeeinnahmen handelte. Abgesehen davon hob man sich von der bürgerlichen Presse zu wenig ab, weswegen die sozialdemokratische Presse immer auch in Konkurrenz zur bürgerlichen Zeitungsmache stand. Die Konsequenz aus der Beobachtung der liberalen Pressetheorie, also die Journalisten "freizusetzen" und sie ungehindert kritisch-konstruktiv im Rahmen der gemeinsamen Zielsetzung arbeiten zu lassen, zog die Sozialdemokratie nie im Sinne Lassalles (und Engels). Letztlich war dieses Dilemma für sozialdemokratische Presse Zeit ihrer Existenz prägend. Doch greifen wir der Entwicklung zwischen 1863 bis 1979 vor, die, aufgrund der Einbettung der sozialdemokratischen Publizistik in Deutschland in die Geschichte der Parteiorganisation, facettenreich und erhellend ist.

⁵⁸ Michael Kunczik, Astrid Zipfel: Publizistik, Köln 2005, S. 145.

⁵⁹ Vgl. Kurt Koszyk: Die Arbeiterpresse – Organisation, Probleme, Wirkung. Ein historischer Überblick, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 3 (1989), S. 172-184, hier S. 172f.

Es existierte schon vor der Gründung der SPD sozialistische Presse, wie die von Karl Marx 1848/1849 geführte *Neue Rheinische Zeitung*. Von einer genuin sozialdemokratischen Presse kann man erst ab 1865 sprechen. Damals erkannte der von Ferdinand Lassalle in Leipzig gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“⁶⁰ (ADAV) den *Social-Demokrat* (der Name sollte Geschichte machen!), der bereits seit 1864 existierte, als offizielles Organ an.⁶¹ Bereits damals kam es zu internen Konflikten über die Frage, ob journalistische und politische Aufgaben getrennt wahrzunehmen seien. Denn der Zeitungsgründer Johann-Baptist von Schweitzer vereinigte von 1867 bis 1871 die Präsidentschaft des ADAV sowie die Führung des *Social-Demokrat* in seiner Person.⁶²

Als liberales Gegengewicht zum ADAV fungierte seit 1863 der „Verband deutscher Arbeitervereine“, der auch bald, 1868, auf Betreiben August Bebel eine eigene Zeitung, das *Demokratische Wochenblatt* unter Leitung von Wilhelm Liebknecht betrieb. Es war diese Zeitung, die im August 1869 auf Beschluss des Eisenacher Kongresses als Zentralorgan der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) in deren Besitz übergang. Ab dem 1. Oktober 1869 hieß sie allerdings *Der Volksstaat*. Laut Statut konnte man de facto durch das Abonnement der Zeitung Mitglied der SDAP werden.⁶³ Denn wer diese Zeitung⁶⁴ abonnierte, war von der Beitragspflicht befreit. Trotz ökonomischer Schwierigkeiten nach ihrer Gründung konnte die Zeitung 1873 bereits 7000 Abonnenten⁶⁵ verbuchen. Ein Jahr später gab die SDAP an, sie organisiere in 186 Basisgruppen rund 14.000 Mitglieder.⁶⁶

Die „demokratisch-konstitutionelle Ordnung“ der SDAP legte für ihr Zentralorgan kein Pressemonopol fest. Vielmehr regte man die Gründung von Lokalblättern an. So gab es bereits 1873 elf Lokalblätter, die vornehmlich im mittel- und süddeutschen Raum angesiedelt waren.⁶⁷ All jene, welche durch Zustimmung der Parteispitze den Namen der Partei führen durften und moralische und materielle Unterstützung durch sie erhielten, wurden immer vor dem finanziellen Niedergang durch die Partei bewahrt. Durch eigene Buchhandlungen und kontinuierlich positive Bilanzen konnte sich die SPD jene Unterstützung sozusagen leisten.

Insgesamt taten sich die „Lassalleaner“ mit ihrem *Social-Demokrat* schwerer. Nach dem Tod des Parteigründers kämpfte man - bei allem organisatorischen

⁶⁰ Vgl. Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: ders.; Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD. Darstellungen und Dokumentation 1848 – 1983, Bd. 2, Bonn 1988, S. 11.

⁶¹ Vgl. Gerhard Eisfeld, Kurt Koszyk: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn 1980, S. 9.

⁶² Vgl. ebd., S. 10.

⁶³ Vgl. ebd., S. 11.

⁶⁴ *Der Volksstaat* erschien dreimal wöchentlich in Leipzig.

⁶⁵ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 11.

⁶⁶ Vgl. Robert Hofmann: Geschichte der deutschen Parteien, München 1993, S. 67.

⁶⁷ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 11.

Zentralismus - gegen Spaltungstendenzen. Diese verhinderten das rentable Herausbringen des *Social-Demokrat*, der trotz einer Auflage von etwa 4500 Stück 1869 jährlich mit 850 Talern bezuschusst werden musste. Der Herausgeber von Schweitzer, der zugleich Präsident des ADAV war, legte nach der verlorenen Reichstagswahl vom März 1871 sein Amt nieder und die Zeitung erschien am 30. April 1871 zum letzten Mal.

Unter dem neuen Präsidenten (ab Mai 1871) Wilhelm Hasenclever erschien ab dem 2. Juli 1871 dreimal wöchentlich der *Neue Social-Demokrat* als Eigentum des Vereins. Damit ging die Ära der „präsidialen Pressediktatur“ beim ADAV zu Ende. Auch diese Entwicklung, neben der Beschneidung der beinahe diktatorischen Führung durch von Schweizer beim ADAV, ist eine Voraussetzung für die allmähliche Vereinigung der beiden Parteien gewesen.

Vereinigung der Partei und das Schicksal unter Bismarck (1875-1890)

Aus der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ wurde im Mai 1875 in Gotha die „Sozialistische Partei Deutschlands“. Die Gründung des deutschen Kaiserreiches hatte die wesentliche Differenz zwischen „Lassalleanern“ und „Eisenachern“ aufgelöst: die Haltung zur deutschen Einigung und zum preußischen Führungsanspruch.⁶⁸ Im damaligen Statut wurde das Primat der Partei über die Presse bestimmt und die Auswahl und Anstellung der Redakteure sowie ihre Gehälter in die Hände der Parteitage gelegt (sofern nicht der Parteivorstand damit beauftragt wurde). Bis 1876 wurden beide Zeitungen, der *Neue Social-Demokrat* und *Der Volksstaat*, als offizielle Zentralorgane weitergeführt. Aus Kosten- und Organisationsgründen legte man die Zeitungen zusammen und führte nun, als „Central-Organ der Social-Demokratie Deutschlands“, den *Vorwärts* ein. Seit dem 1. Oktober 1876 erschien diese Zeitung dreimal wöchentlich in Leipzig.⁶⁹

Bis zum Gothaer Einigungskongress hatte die sozialdemokratische Presse bis zu 100.000 Abonnenten, denen insgesamt 23 politische Organe zur Verfügung standen. Der damals noch existierende *Neue Social-Demokrat* stellte am 26. März 1876 fest, dass ihre [der Presse] Aufgabe einerseits sei, „den geistigen Kampf zu führen und über das sozialistische Prinzip Aufklärung in die Massen zu bringen [und] andererseits, ein unlösbares geistiges Band zwischen den Anhängern des Sozialismus herzustellen. Letztes könnten nur die Zentralorgane der Partei. Deshalb müsste jeder für diese Zentralorgane eintreten, der nicht durch Dezentralisation die Macht und die Mittel der Partei zersplittern wolle.“⁷⁰

⁶⁸ Im Chemnitzer Programm der sächsischen Volkspartei, unter Führung August Bebels und Karl Liebknechts, hatte man ein Klein-Deutschland unter preußischer und ein Groß-Deutschland unter Österreichs Führung abgelehnt. Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S.10. Vgl. auch: Andreas Feser: Vermögensmacht und Medieneinfluss – parteieigene Unternehmen und die Chancengleichheit der Parteien, Würzburg 2002, S. 49.

⁶⁹ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 14.

⁷⁰ Zit. nach: ebd., S.13.

Trotz der derart geäußerten Befürchtungen konnte - selbst bei Missachtung der liberalen Vorstellungen (siehe Einleitungszitat) - eine zentrale Aufsicht über die Parteipresse nicht eingeführt werden. Das lag vor allem an der preußischen Vereinsgesetzgebung, die bis 1908 eine Verbindung auf nationaler Ebene nicht erlaubte. In Wahlvereinen organisiert, konnte der Parteivorstand auf das starke Eigenleben und die Unabhängigkeit der lokalen Zeitungen nur durch (vielerorts notwendige) Darlehensgewährungen Druck ausüben. Letztlich wurde in Gotha versucht, die Presse auf eine einheitliche Linie zu bringen, indem Zeitungsgründungen nun der Zustimmung des Zentralwahlkomitees bedurften und außerdem nachgewiesen werden musste, dass es eine „Existenzmöglichkeit“ gab.⁷¹ Bis 1933 sollten Lokalblätter (auch für SPD-Bezirke) Angelegenheit der Ortsvereine oder Bezirke bleiben. Diese richteten Pressefonds als finanzielle Grundlage und Pressekommissionen zur Kontrolle ein.

Das Zentralorgan, der *Vorwärts*, der der Partei die Mittel liefern sollte, um mit denselben für die weitere Verbreitung der Parteigrundsätze zu sorgen, fand sich bereits in der Anfangszeit starker Kritik unterzogen: Er sei „zu wissenschaftlich“ gehalten und daher für viele nicht leicht verständlich. Der *Vorwärts* selbst jedoch beharrte auf dieser Linie und argumentierte, dass er als Zentralorgan „vollständig auf der wissenschaftlichen Höhe der sozialistischen Anschauung“⁷² zu stehen habe und der Leser, durch die Korrektheit der Sprache und die Präzision des Ausdrucks, zum einen lernen würde und zum anderen Anregung zum eigenen Denken erhalte.⁷³

Im Oktober 1878, bei Erlass des Sozialistengesetzes, zählten zur sozialdemokratischen Presse 42 Organe mit einer ungefähren Gesamtauflage von 150.000 Stück. Der Erfolg der „Sozialistischen Partei Deutschlands“, der sich auch an der enormen, parteiübergreifend erfolgreichen Presse messen ließ, war einer der Gründe, weswegen die Partei unter Bismarck verboten wurde.⁷⁴ Daraufhin mussten 14 eigene Druckereien schließen und beinahe 2.500 Parteiarbeiter wurden arbeitslos.

Einige Sozialdemokraten aber setzten ihre Redaktionsarbeit im Exil fort. Neues offizielles Parteiblatt wurde nun der in Zürich herausgegebene *Sozialdemokrat*, der beispielsweise 1883 35 Exemplare nach Halle (Saale) schickte und dort interessierte Abnehmerschaft fand.⁷⁵ Die Kriminalisierung führte letztlich dazu,

⁷¹ Vgl. ebd., S. 13f.

⁷² Zit. nach: ebd., S. 14.

⁷³ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 14.

⁷⁴ Bismarck sprach von „staatsgefährdender Agitation“ und beschrieb die Partei als den „Feind, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stand der Notwehr befindet“. Folgen des „Gesetz[es] gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ waren: Verbot aller Organisationen der Partei und der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Zit. nach: Lothar Gall: Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. 1980, S. 497.

⁷⁵ Vgl. Karl-Alexander Hellfaier: Die sozialdemokratische Bewegung in Halle/Saale (1865-1890), [Onlineresource]

ab 1886 den *Sozialdemokraten* nur noch durch Schmuggel (sogenannte „Rote Feldpost“) beziehen zu können. Aber auch der 1888 erzwungene Umzug der Redaktion nach London änderte nichts am Erfolg, das Sozialistengesetz überlebt zu haben, als es 1890 außer Kraft gesetzt wurde, weil seine Fortschreibung im Reichstag keine Mehrheit mehr fand.⁷⁶ Auf dem ersten Parteitag nach dem Ende der „Schandgesetze“ in Halle 1890 änderte die Partei ihr Statut. Seitdem heißt die Partei „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und betonte hinsichtlich ihrer Presse: „Die Parteipresse müsse [...] im Parteieigentum stehen, damit „die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewusstsein zu erziehen, nicht unter irgendwelche Privatinteressen leide“.⁷⁷ Neues Zentralorgan war seit 1891 wieder der *Vorwärts*, welcher zugleich das örtliche Parteiblatt Berlins darstellte.

In der Wilhelminischen Ära (1890-1914)

Die stärkste Konkurrenz der sozialdemokratischen Organe war ein inzwischen entstandener neuer Typus von Zeitungen: der Generalanzeiger.⁷⁸ Meist handelte es sich dabei um Tageszeitungen, die ihre Unabhängigkeit und Überparteilichkeit betonten und deswegen als Informationsmedium für alle Schichten attraktiv waren. Generalanzeiger weckten aber auch aus einem anderen Grund erhebliches Leserinteresse: durch den großen Anzeigenteil, der den Herausgebern erhebliche finanzielle Zuwächse einbrachte. Über die Möglichkeit in den eigenen Organen Inserate aufzunehmen und mit ihnen höhere parteifinanzierende Einnahmen zu akkumulieren, diskutierten die Sozialdemokraten nach 1890 intensiv. Streitpunkt war die vermeintliche Unvereinbarkeit von Seriosität und schnödem Gewinnstreben. Die Verantwortlichen in den Redaktionen und die Parteiführung vergaßen jedoch, dass Inserate für den Leser eine dankenswerte Informationsquelle sein konnten, die die Attraktivität der Organe durchaus zu steigern in der Lage waren. Die sozialdemokratische Redaktionsarbeit blieb sich treu und produzierte weiterhin „schwergewichtige Seriosität und magere Information bei breitem Theoretisieren.“⁷⁹ Die Kritik an dieser Pressearbeit bündelte sich letztlich in dem von Adolf Braun (1862-1929) 1913 geprägten Begriff der „Schablonenarbeit“ und meinte damit auch die fehlende Kreativität, wie sie noch Marx' *Neue Rheinische Zeitung* mit ihrem meinungs- und informationsfreudigen Engagement aufgewiesen hatte. Nach und nach benötigten immer mehr Blätter

http://library.fes.de/jportal/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00021472/afs-1961-069.pdf, S. 69.

⁷⁶ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 15.

⁷⁷ Zit. nach: Andreas Feser: Vermögensmacht und Medieneinfluss - parteieigene Unternehmen und die Chancengleichheit der Parteien, Würzburg 2002, S. 52.

⁷⁸ Der erste Generalanzeiger erschien bereits 1871: Der *Aachener Anzeiger* von Joseph La Ruelle. Das Neue war vor allem der große Anzeigenteil, der die Leserschaften begeisterte. Innerhalb weniger Jahre erlangten derartige Zeitungen Rekordauflagen.

⁷⁹ Zit. nach: ebd.

finanzielle Unterstützung durch den Parteivorstand.⁸⁰ 1892, auf dem Berliner Parteitag, sprach sich Bebel für das Drucken von Inseraten in den eigenen Organen aus. Er meinte, die SPD könne auf den idealen Grundsätzen der sozialistischen Gesellschaft in der bürgerlichen Welt nicht beharren, weswegen es eine Torheit sei, auf Überschüsse durch Inserate zu verzichten. In der Folge boykottierte man lediglich Unternehmen, die sich durch Aussperrung oder Streikmaßnahmen disqualifiziert hatten.⁸¹

Eine essentielle Rolle spielte die Parteipresse bei innerparteilichen Querelen. Aufgrund der durch den wachsenden Einfluss der SPD in den Parlamenten notwendig gewordenen Überlegungen zu neuen Strategien - nach und nach die Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen politischen Kräften, um Reformen voranzubringen - forcierte die Theoriezeitschrift *Neue Zeit*⁸² die Debatte um den „Revisionismus“. Die Artikelreihe von Eduard Bernstein, die zwischen 1896 und 1898 erschien, entlarvte die Irrtümer des „kommunistischen Manifestes“: dass es nämlich weder zu einer Verschärfung der Klassengegensätze gekommen war noch Etwaiges zu erwarten sei. Er forderte letztlich die SPD auf, sich zu dem zu bekennen, was sie inzwischen geworden war: ein „demokratisch-sozialistische Reformpartei“⁸³. Parteioffiziell wurde diese These scharf zurückgewiesen. Und trotz eindeutiger Beschlüsse gegen Bernsteins Einschätzungen tobte der Meinungsstreit in der sozialdemokratischen Tagespresse weiter und ließ die innerparteiliche Diskussion nicht zur Ruhe kommen. Die Fragen, ob man voll „revolutionärer Endzeitgewissheit“⁸⁴ auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft warten oder die parlamentarischen Möglichkeiten positiv für die Lage der Arbeiterschaft nutzen solle, wurden fallweise höchst unterschiedliche beantwortet. Bis 1914 lehnte etwa die Reichstagsfraktion jeden Haushalt ab, die süddeutschen Landtagsfraktionen hingegen arbeiteten in den Haushaltsberatungen konstruktiv mit.⁸⁵

Auch personell stellte die Parteipublizistik einen bedeutenden Faktor dar. In den sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen saßen überproportional viele Berufspolitiker deren Tätigkeitsbereich die Parteipresse war. Von insgesamt 144 sozialdemokratischen Abgeordneten in den Reichstagen des Kaiserreiches waren bei Erstantritt des Mandats 91 (42,1 %) in der Parteipresse tätig.⁸⁶ In der Weimarer Republik waren es von den 427 in die Nationalversammlung und die

⁸⁰ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 16.

⁸¹ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 16.

⁸² Herausgeber war damals Karl Kautsky.

⁸³ Potthoff, Sozialdemokratie, S. 64.

⁸⁴ Zit. nach: Feser, Vermögensmacht, S. 55.

⁸⁵ Vgl. ebd.

⁸⁶ Vgl. Wilhelm Heinz Schröder: Politik als Beruf? Ausbildung und Karrieren von sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Dieter Dowe, Jürgen Kocka, Heinrich August Winkler (Hrsg.), Parteien im Wandel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren, München 1999, S. 78ff.

Reichstage gewählten SPD-Mitgliedern 116 (26,5 %) aus der Parteipublizistik.⁸⁷ Die Parteipresse konnte mithin das „Sprungbrett zu den höchsten Parteiämtern“⁸⁸ sein. Für diese Tatsachen kann der Umstand ursächlich gewesen sein, dass die sprachgewandten, theoriefesten und mit den Mitteln der Agitation vertrauten Journalisten vielen Parteimitgliedern für Mandate qualifizierter erschienen als beispielsweise Schlosser oder Bergmänner.

Für keine andere deutsche Partei war die Organisation zur Kompensierung der ökonomischen Schwäche der Arbeiterschaft so wichtig. Wie erfolgreich die Partei dabei war, wird an den eigenen Häusern (Parteihäuser) deutlich. Darin befanden sich nicht nur Räume für die Ortsvereine oder den jeweiligen Vorstand. Meist waren darin auch die Redaktionen der jeweiligen Zeitung untergebracht, ebenso die Parteiarchive. Das *Vorwärts*-Gebäude war seit 1902 zur zentralen Parteieinrichtung in Berlin geworden. Parteivorstand, Archiv, Redaktion und die eigene Buchhandlung fanden sich hier vereint. 1913 gab es bereits 83 derartige Volks- und Gewerkschaftshäuser. Das organisatorische und soziale Leben der Arbeiterbewegung konzentrierte sich zu einem großen Teil in diesen und ähnlichen sozialdemokratischen Einrichtungen.

Krieg und Zerwürfnis (1914-1930)

Obwohl die SPD und ihre Parteifreunde in Österreich lange versucht hatten, sich gegen den Krieg aufzustellen, traf der Ausspruch Kaiser Wilhelm II. im August 1914 auch die Stimmung innerhalb der Partei: „Ich kenne in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“⁸⁹ Die Mehrheit der Parteimitglieder stand hinter ihrem Vorsitzenden Hugo Haase, der „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich lassen [wollte]“⁹⁰. Doch je länger der Krieg andauerte - die SPD hatte bis März 1916 64 % ihrer Mitglieder und ihre Zeitungen 46 % ihrer Abonnenten verloren - desto schärfer wurden die Spannungen innerhalb der Partei.⁹¹ Die Zeitungen machten es offensichtlich: einige wenige Blätter, darunter der *Vorwärts* (!) und die *Leipziger Volkszeitung*, schrieben gegen die Politik der Reichsregierung und verurteilten das widerspruchlose Zustimmen ihrer Partei. Unter Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Mehring bildete sich die „Gruppe Internationale“, die sich mit ihrem eigenen Blatt *Spartakus* eine Bühne für ihren radikalen Kurs schuf. Nachdem sich wegen öffentlicher Kritik an der Parteipolitik 1916 18 SPD-Reichstagsabgeordnete als „sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) konstituiert hatten und die Bildung einer eigenen Fraktion ankündigten, schloss der SPD-Vorstand die Betreffenden umstandslos aus der Partei aus. Im April 1917 wurde die „Unabhängige sozialdemokratische

⁸⁷ Vgl. Feser, Vermögensmacht, S. 56.

⁸⁸ Vgl. Schröder, Politik, S. 63.

⁸⁹ Zit. nach: Otto Dann: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München 1996, S. 220.

⁹⁰ Zit. aus: Feser, Vermögensmacht, S. 57.

⁹¹ Vgl. Feser, Vermögensmacht, Würzburg 2002, S. 57.

Partei“ (USPD) gegründet und mit ihr verlor die SPD nicht nur Wähler und Mitglieder – immerhin ein Viertel der Vorkriegszahlen - sondern auch Zeitungen. In verschiedenen Städten (darunter auch Halle/Saale) konnte die USPD die bestehenden SPD-Organen an sich binden. Die Massenstreiks im Januar 1918, der Matrosenaufstand und die revolutionären Wirren Ende des Jahres zeigten deutlich, dass es für die "echte" Sozialdemokratie höchste Zeit war, den bisherigen Anpassungskurs an das alte Regime zu ändern. Mit Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann setzte sich die SPD an die Spitze der republikanischen Bewegung. Fortan stellte man nicht mehr die Stimme der Opposition dar, sondern war Stütze der Regierung. Die Mitgliederzahlen stiegen über das Vorkriegsniveau an und auch die Zeitungen erfüllten ihre Aufgabe als publizistischer Machtfaktor.⁹² Als Stütze der Regierung der „Weimarer Koalition“ war die Parteipresse aber auch heftigen Angriffen von den linken und rechten Rändern des politischen Spektrums ausgesetzt.

Gemeinsam brachten es USPD und SPD 1923 auf 1,26 Millionen Mitglieder, 187 Parteiblätter und rund 200 „Volksbuchhandlungen“. Die Inflation und Wirtschaftskrise bedeuteten wenige Jahre später einen großen Rückgang der Mitgliederzahlen (um fast die Hälfte), aber auch der Presse.⁹³ Ein riesiges Problem bei der Aufrechterhaltung der Publizistik waren die „galoppierende Papierpreisentwicklung“ und die Verluste durch den Wegfall von Anzeigeneinnahmen. Um gegenzusteuern war man nun gezwungen, Parteiblätter zusammenzulegen. In Halle beispielsweise wurde die SPD-Zeitung *Volksstimme* und die USPD *Arbeiterzeitung* unter dem Namen *Volksblatt* gemeinsam weitergeführt. Es kam aber aufgrund finanzieller Schwierigkeiten andernorts durchaus auch zu Verkäufen parteieigener Betriebe.⁹⁴

Um besser auf die Herausforderungen durch die Konkurrenz reagieren zu können, wurde am 31.3.1925 die „Konzentration AG. Sozialdemokratische Druckerei- und Verlagsbetriebe“ gegründet.⁹⁵ Sie sollte Rohstoffe und Betriebsmittel gebündelt beschaffen und dann den einzelnen Druckereien und Redaktionen zur Verfügung stellen. Durch die benötigten Mengen - die Aufwendungen für den SPD-Betrieb beliefen sich damals auf 30 Millionen Reichsmark⁹⁶ - gelang es günstige Konditionen auszuhandeln. Gewinne wurden zur Finanzierung der „Konzentration AG“ genutzt.⁹⁷ Die Gründung war - bei aller Krisenhaftigkeit der Entwicklung generell - relativ erfolgreich: mit 203 Zeitungen und einer Gesamtauflage von 1,3 Millionen im Jahr 1929 war man

⁹² Vgl. ebd., S. 58.

⁹³ Vgl. ebd., S. 59.

⁹⁴ Vgl. Feser, Vermögensmacht, Würzburg 2002, S. 57.

⁹⁵ Vgl. Detlev Brunner: 50 Jahre Konzentration GmbH – Geschichte eines sozialdemokratischen Unternehmens 1946-1996, Berlin 1996, S. 20f.

⁹⁶ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 35.

⁹⁷ Vgl. Brunner, Konzentration, S. 23.

überall in Deutschland so präsent wie nie zuvor und auch später nicht.⁹⁸ Eine weitere Aufgabe der „Konzentration AG“ war es, in Schwierigkeiten geratene Parteibetriebe finanziell zu unterstützen. Hatte bis 1925 noch der Parteivorstand diese Angelegenheiten geregelt, konnte er sich nun den politischen Inhalten noch intensiver zuwenden. In den 5 Jahren nach ihrer Gründung schüttete die „Konzentration AG“ insgesamt umgerechnet 4,2 Millionen DM an „marode“ Betriebe aus, die ohne diese Unterstützung Konkurs hätten anmelden müssen.⁹⁹ Die Kehrseite: Viele Betriebe waren nicht mehr wirtschaftlich unabhängig und mussten Revisoren aus Berlin ertragen. Solche Maßnahmen empfanden zahlreiche Betriebsangehörige als „zentralistische Diktatur“.¹⁰⁰ Die Schärfe der Kritik an den Maßnahmen durch die Parteizentrale verdeutlicht die wiederholt aufbrechende Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Presseliberalität und der Einflussnahme durch die Parteispitze. Je stärker die Krise eines Lokalblattes war, desto stärker nahm der Parteivorstand Einfluss auf die Inhalte der finanziell angeschlagenen Zeitung. Immerhin retteten die fachkundigen Revisoren so manche Zeitungen und mit ihnen viele Arbeitsplätze.

Ihre im Kaiserreich aufgebaute „Parteibürokratie“ war in den Jahren bis 1933 wohl die größte Stärke der SPD. Ihre größte Schwäche war sie danach. Zwar machte der „ideologisch und organisatorisch geschlossene Funktionskörper“¹⁰¹ die Partei und ihre Politik verlässlich, aber auch unflexibel und anpassungsunwillig. Diese Charakterisierung trifft vor allem auf die Parteipresse zu. Die personelle Konstanz deutet auf einen außerordentlichen Beharrungswillen. Beispielsweise leitete Wilhelm Liebknecht, der bereits 1868 für das *Demokratische Wochenblatt* verantwortlich zeichnete, die Redaktion des *Vorwärts* bis zu seinem Todesjahr 1900. Wie wichtig es sein konnte, bei einer der Parteizeitungen zu arbeiten oder gearbeitet zu haben, zeigt sich an SPD-Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, Carl Severing und Gustav Noske u.v.a.m. Sie alle hatten, wie später auch Kurt Schumacher und Erwin Schoettle, bei einer Parteizeitung ihre politische Karriere begonnen.¹⁰²

Parteiverbot und Enteignung (1930-1933)

Nach 1930, geschwächt durch die Weltwirtschaftskrise und fortschreitende politische Radikalisierung, verlor die Partei bis März 1933 sukzessive an Stimmen bei den Reichstagswahlen. Dieser Niedergang entsprach dem der

⁹⁸ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 37.

⁹⁹ Vgl. Feser, Vermögensmacht, S. 60.

¹⁰⁰ Zit. nach: Andreas Feser: Vermögensmacht und Medieneinfluss - parteieigene Unternehmen und die Chancengleichheit der Parteien, Berlin 2003, S. 82.

¹⁰¹ Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1984, S. 66.

¹⁰² Vgl. die jeweiligen Artikel in: [Onlineresource] <http://de.wikipedia.org>.

Parteipublizistik. Wenige Inserenten und mittellos gewordene (ehemalige) Abonnenten bedingten die Schließung vieler Pressebetriebe. Hatten noch 1928 78 Betriebe mit Gewinn gearbeitet und 58 mit Verlust, zeigte sich bereits ein Jahr später ein beinahe umgekehrtes Bild:¹⁰³ Von 203 Blättern 1929 blieben 1932 lediglich 135 übrig.¹⁰⁴

Die Pressenotverordnung vom 17. Juli 1931 war ein wichtiges Mittel in den Händen der Nationalsozialisten, um „legal“ die Demokratie zu überwinden.¹⁰⁵ In der Folge wurden willkürlich Verbote gegen sozialdemokratische Zeitungen verhängt. Dass die Angriffe, auch ganz konkret gegen Gebäude der SPD-Presse, vor allem die Publizistik trafen, ist durchaus nachvollziehbar. Denn sie trug die Hauptlast des Abwehrkampfes. Sie sollten die Gefahr des Nationalsozialismus mit einem ungewöhnlichen Propagandaaufwand niederschlagen können. Tatsächlich veröffentlichte die SPD Ende 1931 eine Denkschrift über den NS-Terror. Mit Berichten über Gewaltverbrechen mit 62 Toten und 3200 Verletzten versuchte man auf die Gefahr aufmerksam zu machen.¹⁰⁶ Konkrete Vorschläge, wie man vorgehen könnte, gab es nur vereinzelt. In der *Leipziger Volkszeitung* machte Gerhart Seger 1932 den Vorschlag, Adolf Hitler als Ausländer und Hochverräter auszuweisen.¹⁰⁷

Den schwersten Rückschlag im Kampf gegen den Faschismus erlitt die Sozialdemokratie, als das Kabinett Brüning am 30. Mai 1932 zurücktrat. Nachdem Franz von Papen von Hindenburg zur Regierungsbildung aufgefordert wurde und Wilhelm von Gayl zum Reichsinnenminister avancierte, nahmen die Verbote und Zurückdrängung demokratischer Grundsätze zu. Zu den ersten Amtshandlungen des neuen Reichsinnenministers gehörte das Verbot des *Vorwärts*. Innenminister Carl Severing versuchte noch das Verbot zu stoppen, indem er die Angelegenheit an das Reichsgericht verwies. Dieses bestätigte das Verbot allerdings für fünf Tage. Der *Vorwärts* schrieb dazu am 2. Juli 1932:

„Nach unserer Überzeugung fordern die innen- und außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes den schärfsten Kampf gegen die nationalsozialistische Judaspartei und gegen jede Regierung, die sich in die Abhängigkeit dieser Partei begibt. Wir werden nicht aufhören, unseren Lesern die Wahrheit zu sagen. Und die Wahrheit ist, dass das ganze deutsche Volk für die Freiheit, die der SA gewährt wurde¹⁰⁸, schwere Opfer an Gut und Blut zu tragen hat.“¹⁰⁹

¹⁰³ Vgl. Feser, Vermögensmacht, Würzburg 2002, S. 62.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 49.

¹⁰⁶ Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 50.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Die SA war für einige Wochen verboten und der *Vorwärts* war wegen einer Karikatur anlässlich der Wiedenzulassung der SA selbst verboten worden. Vgl. [Onlineresource] http://bio.bwbs.de/bwbs_biografie/Verbot_von_SA_und_SS_B1067.html, [letzter Zugriff: 25.9.2012, 12:14] und Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 50.

¹⁰⁹ Zit. nach: ebd., S. 50f.

Trotz der Absetzung der preußischen Regierung unter Otto Braun, trotz der Gewalt, zum Teil mit Brandbomben, gegen eigene Häuser und Mitglieder¹¹⁰ und der halbherzigen Verfolgung der Täter durch staatliche Stellen, gab die Partei die Hoffnung, man könne die Demokratie mit legalen Mitteln verteidigen, nicht auf. In einem offenen Brief in der *Leipziger Volkszeitung* vom 27. September 1932 schrieb Paul Löbe an den Reichskanzler von Papen: „Mögen sie uns durch Kerker und Pfützen schleifen, wie sie es in der Jugend unserer Bewegung getan, aus Millionen von Herzen und Hirnen antwortet ihnen der siegesbewusste Ruf: Mit uns zieht die neue Zeit!“¹¹¹ Seit Mitte 1932 hatten die Nationalsozialisten in den meisten deutschen Ländern die parlamentarische Mehrheit. Schon Monate vor der so genannten Machtergreifung zeichnete die sozialdemokratische Presse ein realistisches Bild der Zukunft. Dennoch war man nicht bereit Illegalität mit illegalen Mitteln zu bekämpfen. Dass die folgenden Verbote gegen die Presse die Chancen im Reichstagswahlkampf verringerten, ist evident. In Dessau wurde etwa das *Volksblatt* und in Bernburg die *Volkswacht* im Juli 1932 für jeweils acht Tage - kurz vor der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 - verboten. Beide Zeitungen hatten die „Parteiwillkür“ des Ministerpräsidenten des Freistaates Anhalt, Alfred Freyberg (NSDAP), angeprangert.¹¹² Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes verfügte die SPD in Anhalt über keine erscheinende Zeitung mehr. Ähnliche Vorgänge waren wahrscheinlich auch in anderen NSDAP-regierten Ländern durchaus gängige Praxis.

Insgesamt ging man davon aus, dass Hitlers Kanzlerschaft nicht lange andauern würde und sich die Partei im schlimmsten Fall mit einer Art Sozialistengesetz abzufinden hätte. So ist zu erklären, dass sich die SPD auch nach dem 30. Januar 1933 der bedingungslosen Legalität verbunden fühlte. Man konnte sich einfach nicht entschließen, die Massen, der man sich sicher glaubte, gegen Hitler und die Nationalsozialisten zu mobilisieren. Am 4. Februar war es dann zu spät: Mit der Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutz des deutschen Volkes“ wurde die Pressefreiheit ebenso wie die Versammlungsfreiheit aufgehoben.¹¹³

Acht Tage später, denn die Parteipresse blieb mutig bei ihrer kompromisslosen Haltung, stand im *Vorwärts*: „Die Knebelung der Presse mag Kritik unterdrücken, sie mag das freie Wort zum Schweigen verurteilen – aber eines vermag sie nicht: Sie kann die geschichtliche Wahrheit nicht aus der Welt schaffen.“¹¹⁴

¹¹⁰ Beispielsweise eine „Nacht der langen Messer“ in Königsberg, mit Brandbomben auf das Parteihaus und Ermordung eines SPD-Stadtverordneten.

¹¹¹ Zit. nach: Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 51.

¹¹² Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 51f.

¹¹³ Vgl. „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933, in: [Onlineressource] <http://www.documentarchiv.de/ns/schutz-dt-vlk.html>, [letzter Zugriff: 26.9.2012, 12:44].

¹¹⁴ Zit nach: Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 54.

Göring, damals preußischer Minister des Innern und Ministerpräsident, nutzte den willkommenen Vorwand des Reichstagsbrandes am 27. Februar 1933, um die sozialdemokratische Presse aus dem Wahlkampf wochenweise zu verbannen. Durch wiederholte Verlängerungen dieses Verbotes erschienen in Preußen am 28. Februar zum letzten Mal SPD-Zeitungen. Ab Mitte April wurden in allen deutschen Gebieten keine neuen Verbote erlassen, schon bestehende lediglich verlängert. Offiziell konnten nur noch bis Anfang März einige wenige Zeitungen erscheinen.

Am 10. März wurde das gesamte Parteieigentum beschlagnahmt – ein legaler Kampf gegen Hitler war nun nicht mehr möglich. Der Parteivorstand ging wie 1878 ins Exil. Von dort aus bemühte man sich, einige Blätter für alle Exilanten zu erhalten. In Deutschland aber pervertierte der Nationalsozialismus die seit 1848 entstandene Parteipresse, welche die Sozialdemokratie mitgeprägt hatte und die selbst durch die Presse geprägt wurde, und vernichtete sie schließlich.

Nachkriegszeit und sowjetische Besatzung (1945 - 7. April 1946)

Der Neubeginn nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde stark durch die vier Besatzungsmächte geprägt. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft 1945 bemühten sich Sozialdemokraten um den Wiederaufbau der Partei. Zwei Seiten lassen sich dabei unterscheiden. Für die eine Seite stand Kurt Schumacher, dessen „Büro Dr. Schumacher“ vom Exilvorstand der „SoPaDe“ in London unterstützt wurde, der sich strikt gegen den Kommunismus stellte. Otto Grotewohl steht für die andere Seite, die dem Kommunismus durchaus mit Anpassungsbereitschaft gegenüber trat. Die Unentschiedenheit in der SPD-Führung erleichterte es später den Kommunisten, Sozialdemokraten bei der Zwangsvereinigung zur SED 1946 auszuschalten.

Bereits im Juni 1945 ließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) Parteien und Parteizeitungen wieder zu.¹¹⁵ Lizenzen allerdings erhielten nur kooperationsbereite „Antifaschisten“. Die SPD traf die selektive Zulassung eigener Zeitungen hart, hatte man doch bis 1933 etwa 54 % der Presse im mittleren und östlichen Teil Deutschlands vertrieben.¹¹⁶ Nur noch sechs Zeitungen mit 19 Nebenausgaben wurden von den ehemals 73 Zeitungen in diesem Gebiet zugelassen. Die Hauptausgaben kamen aus Weimar, Halle, Dresden, Potsdam, Schwerin und Berlin. Für die Provinz Sachsen-Anhalt bedeutete dies, dass es eigentlich nur noch eine Zeitung, nämlich das *Volksblatt* mit nur einer Nebenausgabe (Magdeburg) gab. Nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED gingen die beiden Ausgaben des *Volksblattes* am 17. April in der neue Zeitung *Freiheit* auf. Bis zum Ende der SED-Diktatur

¹¹⁵ Vgl. Feser, Vermögensmacht, Würzburg 2002, S. 63. In den Westzonen konnte die SPD erst nach dem Potsdamer Abkommen im August 1945 aktiv werden. Vgl. ebd.

¹¹⁶ Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 56.

sollte es weder eine sozialdemokratische Parteizeitung noch eine parteinahe sozialdemokratische Zeitung im Osten Deutschlands geben.

Fazit

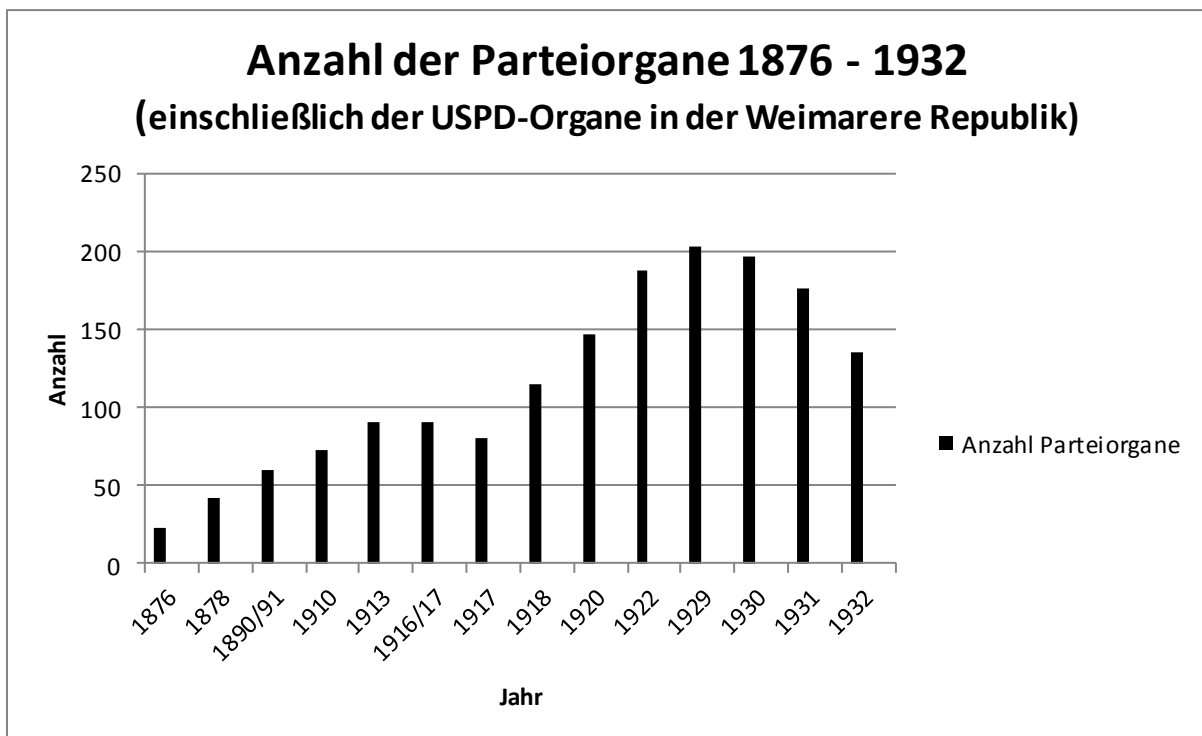
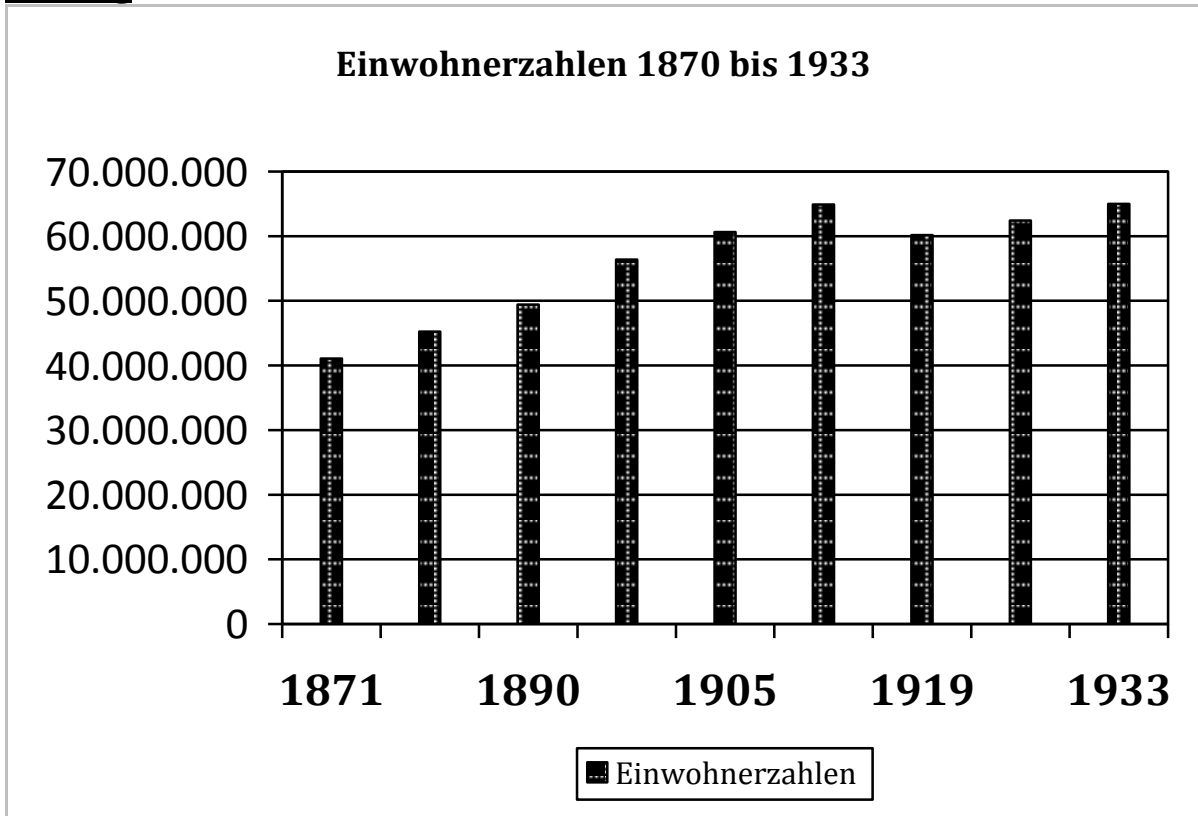
Die Sozialdemokratie blickt nun, 2013, auf eine 150jährige spannungsvolle, durch Hochphasen und Niederlagen geprägte Geschichte zurück. Angesichts des von ihren Anfängen bis heute bestehenden sozialdemokratischen Parteijournalismus, ist besonders das Spannungsfeld zwischen sozialdemokratischen, d.h. auf rechtsstaatliche, demokratische Prinzipien und der Schwierigkeit, auf gesellschaftliche Entwicklungen und politischen Angriffe wirkmächtig zu reagieren beobachtbar. Diese Beobachtung gilt besonders in den Jahren zwischen 1917/18 und 1933. Die Presse erfüllte immer besondere Aufgaben. Zum einen sollten sich durch die Parteiorgane alle Sozialdemokraten gleichermaßen verbunden wie informiert fühlen. Zum anderen diente die Presse der Schulung der Anhänger sowie dem ideologischen Kampf gegen andere Überzeugungen, vor allem dann, wenn gegen die Sozialdemokratie konkret propagiert wurde.

Die Besonderheit, eine eigene Presselandschaft mit eigenen Angestellten zu versorgen stellt eine ganz eigene Herausforderung dar. Der Kampf, jeden einzelnen Arbeitsplatz auch in Krisenzeiten zu bewahren, war letztlich auch immer Zeugnis der sozialen Verantwortung gegenüber den eigenen Angestellten und Prüfstein der Durchsetzungsfähigkeit der Sozialdemokratie.

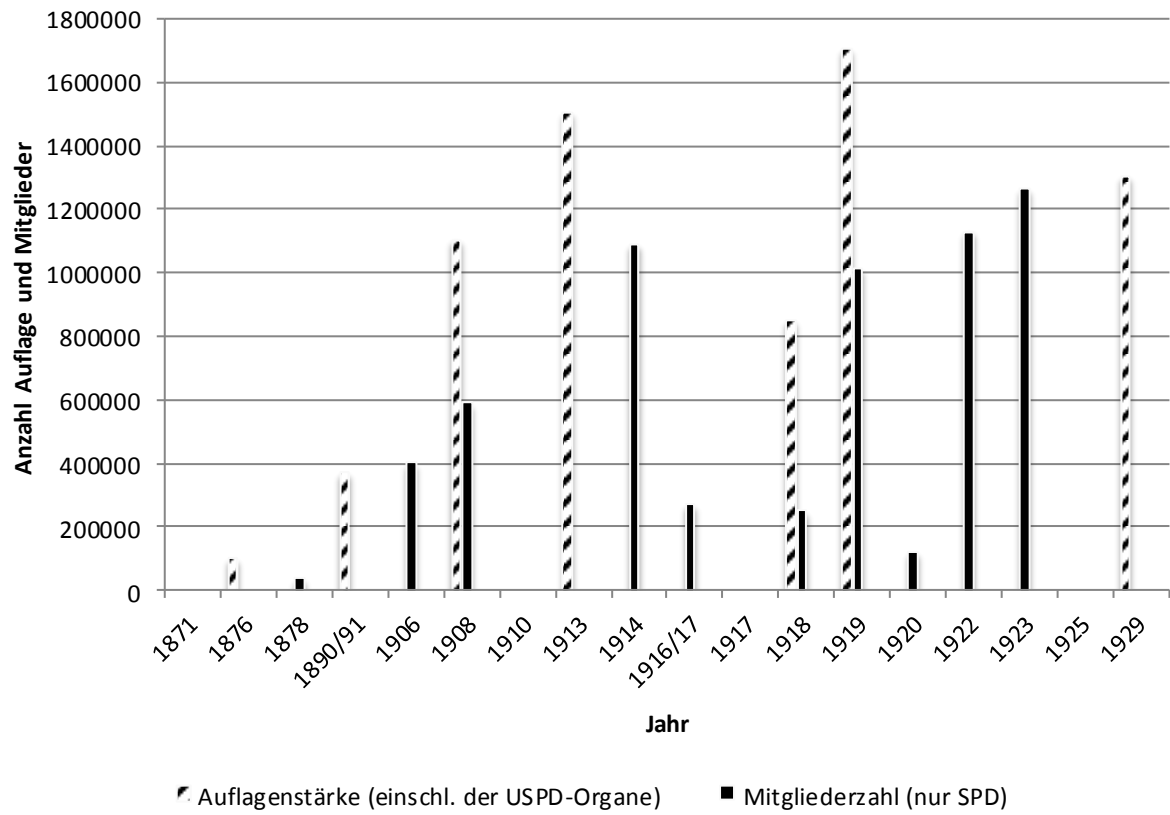
Kehrseite dieser straff organisierten Presse war die vor allem finanziell nicht vorhandene Unabhängigkeit der einzelnen Organe vom Parteivorstand. Die Forderung Bebels (siehe oben) konnte die Partei nie erfüllen und führte innerhalb der Sozialdemokratie zu immer wiederkehrenden zusätzlichen Misstönen – die aufgrund unterschiedlicher Sichtweisen auf soziale Probleme und Haltungen ohnehin vorhanden waren.

Insgesamt kann die Geschichte des sozialdemokratischen Journalismus als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, die den Erfolg von 150 Jahren Sozialdemokratie nur umso deutlicher macht. Dies gilt für die Sozialdemokratie im heutigen Sachsen-Anhalt ebenso wie für Gesamtdeutschland.

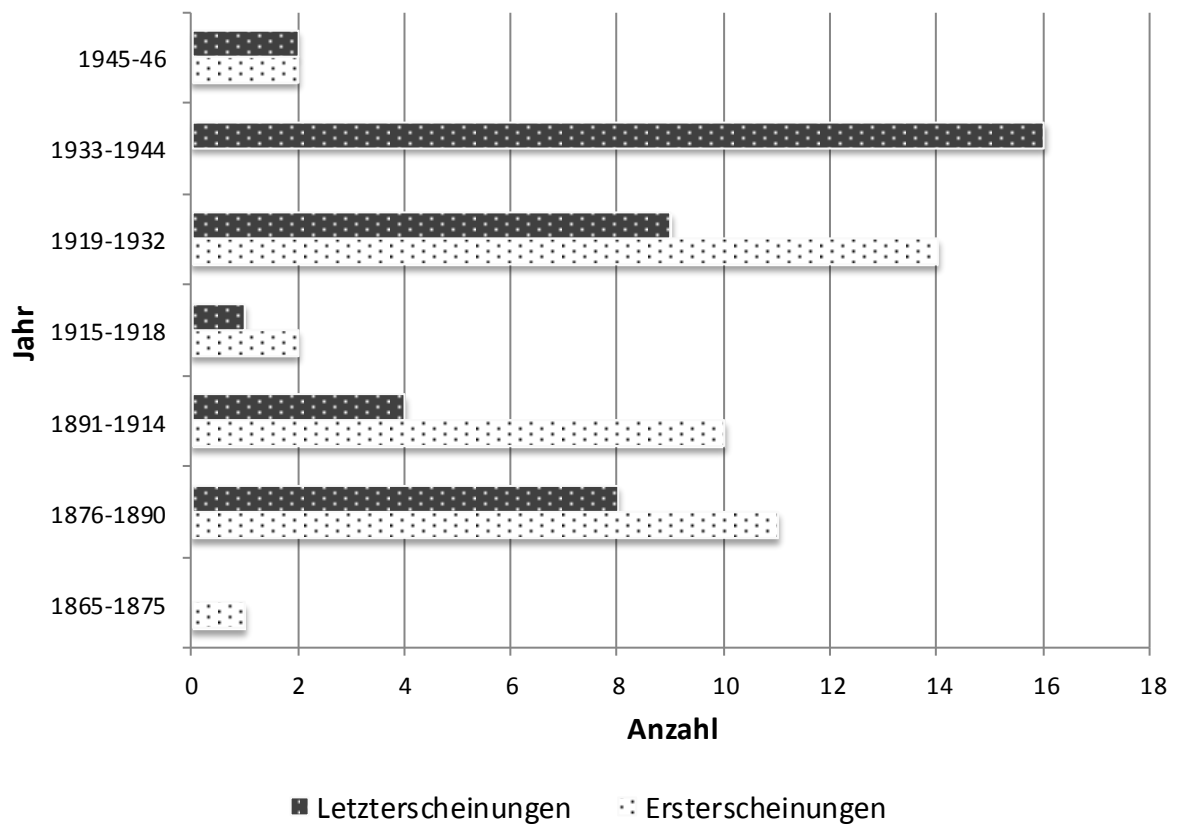
Anhang



Auflagenstärke und Mitgliederentwicklung 1876 - 1929



Erst- und Letzterscheinungen von Parteiorganen (inkl. USPD) auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt, 1865 - 1946



Überblick der sozialdemokratischen (inkl. der USPD – Organe in der Weimarer Republik) Zeitungen auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt

Sämtliche hier aufgeführte Daten stammen zum einen aus der Bibliographie von Kurt Koszyk und Gerhard Eisfeld „Die Presse der deutschen Sozialdemokratie“, Bonn 1980, und zum anderen aus dem Buch „Zeitungen in Sachsen-Anhalt. Ein Nachweis“, Halle 2008, von Manfred Pankratz und Hans Bursian. Im Falle, dass die jeweiligen Daten zu den einzelnen Zeitungen voneinander abweichen, sind die von Pankratz/Bursian so gekennzeichnet: [...]*

Ort	Name der Zeitung	Untertitel	Erscheinung	Auflagenstärke	Anmerkung
Bernburg	[<i>Anhaltinischer Volksfreund</i>]*	Organ des werktätigen Volkes für ganz Anhalt und die Kreise Calbe, Aschersleben, Bernburg	1877 - 1878	Keine Angabe	Keine Angabe
	<i>Die Wahrheit</i>	Keine Angabe	1919	Keine Angabe	USPD-Organ
	<i>Volkswacht</i>	Sozialdemokratisches Organ für die Kreise Bernburg, Cöthen, Ballenstedt	1918 – 1.3.1933 6 mal/Woche	1920: 9 000, 1927: 8 000, 1932: 8 800	Nebenausgabe: <i>Volkswille</i> , Köthen

Bitterfeld	<i>Freie Presse</i>	Keine Angabe	1926 – 1933 6 mal/Woche	1928: 20 000	Nebenausgabe von: <i>Volksblatt</i> , Halle
Blankenburg	<i>Harzer Echo</i>	Keine Angabe	15.9.1924 - 2.3.1933	Keine Angabe	Nebenausgabe von: <i>Volksfreund</i> , Braunschweig
[Calvörde]*	<i>Tagespost</i>	Organ für die werktätige Bevölkerung der Amtsbezirke Helmstedt, Schöningen, Königslutter, Vorsfelde, Valvörde	1872 - 1879	Keine Angabe	Keine Angabe
Dessau	<i>Volksblatt für Anhalt</i>	Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung / Sozialdemokratische Tageszeitung. Publikationsorgan der freien Gewerkschaften	1892 – 1.3.1933 3 mal/Woche, seit 1899 6 mal/Woche	1914: 13 500, 1920: 13 800, 1925: 9 600 1927: 11 450 1929: 12 150 1931: 13 500 1932: 12 500	Gegründet von W. H. Peus (1892, 1893 u. 1896 Zuschüsse v. Parteivorstand)
	<i>Sonntagszeitung für Anhalt</i>	Keine Angabe	1910 - ?	Keine Angabe	Keine Angabe

Eisleben	<i>Mansfelder Volkszeitung</i>	[Sozialdemokratische Tageszeitung für den Stadtkreis Eisleben, den Mansfelder See- und Gebirgskreis und die benachbarten Kreise, Zusatz bis 9.12.1920]*	1.10.1919 - 1930 [1933]* 6 mal/Woche	1920: 62 000 1925: 19 000 1928: 20 000	Bis 1922 USPD-Organ Nebenausgabe von <i>Volksblatt</i> , Halle [Untertitel vom 1.10.1919 bis zur 20. Ausgabe: Tageszeitung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands]* [Untertitel bis 9.12.1920: Sozialdemokratische Tageszeitung für den Stadtkreis Eisleben, den Mansfelder See- und Gebirgskreis und die benachbarten Gebiete; amtliches Verordnungsblatt für den Mansfelder See- und Gebirgskreis.] [Ersatzorgan März 1920: Aktions-Ausschuss der Generalstreikleitung für
-----------------	------------------------------------	---	--	---	--

					den Stadtkreis Eisleben; Mitteilungsblatt des Aktions-Ausschusses der Generalstreikleitung für den Stadtkreis Eisleben und die beiden Mansfelder Kreise]
Halberstadt	<i>Halberstädter Sonntags-zeitung</i>	Keine Angabe	März 1883 – 13.3.1884 wöchentlich	fast 5 000, mit Nr. 10 am 12.3.1884 verboten	Hrsg.: August Heine
	<i>Halberstädter Arbeiterzeitung</i>	Keine Angabe	1890 – 1899 [1902 ?]* wöchentlich	Keine Angabe	Nachfolgeorgan: <i>Volksstimme</i> , Magdeburg
	<i>Anzeiger für die werktätige Bevölkerung Halberstadts</i>	Keine Angabe	9.12.1905 – 39.3.1915 wöchentlich	4 000	Red.: Karl Berg

<i>Volkszeitung</i> [für die Wahlkreise Halberstadt, Oschersleben, Wernigerode und Calbe, Aschersleben]*	Keine Angabe	1902 [30.9.1900 Probe-Nr., 2.10.1900 – 1901]*	Keine Angabe	(1902 Zuschüsse v. Partei Vorstand)
<i>Halberstädter</i> Tageblatt	Organ der Sozialdemokratischen Partei für Halberstadt und Umgebung	1909 – Februar 1933 6 mal/Woche	1920: 15 000, 1925: 6 500, 1928: 7 000 1931: 7 300	Nebenausgabe von <i>Harzer</i> <i>Volksstimme</i> , Wernigerode
<i>[Halberstädter</i> Freie Presse]*	Organ des werktätigen Volkes im Wahlkreis Halberstadt - Aschersleben - Wernigerode und den angrenzenden Harzlandschaften, UT auch: Organ des schaffenden Volkes in Stadt und Land	Feb.? 1877 - 21.? 10.1878 u. 9.12.1878 6 mal/Woche	Keine Angabe	Nebenausgabe von <i>Magdeburger Freie Presse</i> , Magdeburg

	[Anzeiger für Halberstadt und Umgegend]	ab 1898: Anzeiger für Halberstadt, Aschersleben, Quedlinburg, Thale, Osterwiek und Umgegend	1. Jg., 18.11.1894 - 29.3.1898 wöchentlich	Keine Angabe	Keine Angabe
Halle (Saale)	Hallesche Freie Presse	Keine Angabe	Juni 1878 (1878 verboten) wöchentlich	Keine Angabe	Nachfolgeorgan: <i>Freie Presse</i> , Leipzig
	Volksblatt	Sozialdemokratische Zeitung für Halle Bezirk Merseburg, [auch: Sozialdemokratisches Organ für Halle und Umgebung, UT auch: Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen, UT ab 6.9.1945: Organ der SPD für die Provinz Sachsen]	1890 – 23.2.1933, [6.9.1945 - 15.4.1946], 6 mal/Woche	1904: 17 500, 1914: 35 000 1920: 62 000 1925: 19 200 1928: 20 000	Nebenausgaben: <i>Manfelder Volkszeitung</i> , Eisleben; <i>Freie Presse</i> , Bitterfeld; <i>Volksbote</i> , Zeitz; <i>Volksblatt für Sangerhausen</i> , Sangerhausen Nachfolgeorgan für die SPD: <i>Volksstimme</i> Seit 1914 in Opposition zum Parteivorstand Vom 1.6.1917 – 30.9.1922 Organ der USPD Am 17.4. 1946 aufgegangen in <i>Freiheit</i>

	<i>Das Volksgericht</i>	Sozialdemokratische Wahlzeitung für den Reichtagswahlkreis Wittenberg-Schweinitz	1911-1912	Keine Angabe	Keine Angabe
	<i>Volksstimme</i>	Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis, für die Kreise Mereburg- Querfurt, Wittenberg- Schweinitz, Torgau- Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels- Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise	1.6.1917 – 30.9.1922 6 mal/Woche	Keine Angabe	Organ der SPD mit Druckort Magdeburg Nachfolgeorgan: <i>Volksblatt</i> Beilagen: Für unsere Frauen. Sonderseite (1922), Die Frauen-Welt (1921/1922, L), Für die arbeitende Jugend (1921), Die neue Welt (1921), Der Sonntag (1922), Volk und Zeit. Bilder vom Tage (1920 - 1921), Der Gesellschafter (1920 - 1921, L)
	<i>Der Landbote</i>	Keine Angabe	1924	Keine Angabe	Keine Angabe
[Havelberg]*	<i>Volks-Zeitung</i>	Organ der SPD für Ost- und Westprignitz	1919 - 25.2.1933	Keine Angabe	Keine Angabe

Hettstedt	<i>Morgenröte</i>	Keine Angabe	1919	Keine Angabe	USPD-Organ
Köthen	<i>Volkswille</i>	Keine Angabe	1925 – 1.3.1933	Keine Angabe	Nebenausgabe von <i>Volkswacht</i> , Bernburg
Magdeburg	<i>Magdeburger Freie Presse</i>	Keine Angabe	1.10. 1876 – 10.10.1878, 6 mal/Woche	Keine Angabe	Keine Angabe
	<i>Sächsisches Wochenblatt</i>	Keine Angabe	1882 - 1883	Keine Angabe	Red.: L. Viereck

<i>Volksstimme</i> ¹¹⁷	Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgebung	1890 – 1933, 6 mal/Woche	1908: 25 000, 1914: 34 000, 1920: 70 000, 1922: 45 000, 1925: 35 500, 1928: 40 600, 1931: 40 000, 1932: 39 000	1891 – 1893 Zuschüsse v. Parteivorstand Am 1.1.1900 zusammengelegt mit <i>Halberstädter Arbeiterzeitung</i> , Halberstadt [Beilagen: Die neue Welt, Die Frauenpost (1885 - 1897), Heim und Welt. Beilage der Volksstimme für Frauen in Stadt und Land (1930), Der Landbote (1895), Die Rast (1914, 1931), Schauinsland (Sept. 1930), Wochenzeitung für Kinder im Magdeburger Land (2.1930)]*
<i>Landpost</i>	Monatsschrift für Landarbeiter	1908 – 1930, monatlich	1914: 20 000	Keine Angabe

¹¹⁷ Redakteure: Paul Kampffmeyer, Hans Müller, H. Lux, A. Schmidt, August Müller (1890), P. Bader (seit 1899), Heinrich Schulz (1901-1902), E. Wittmaack (1905-1920), W. Rickepohl (1906-1926), E.R. Müller (seit 1910), K. Höltermann (seit 1923), E. Thape, Alfred Meisterfeld, Albert Paul, O. Karsten, Hermann Hieber (1927).

	<i>Magdeburger Volkszeitung</i>	Keine Angabe	1919 – September 1922	Keine Angabe	USPD-Organ Zum 1.10.1922 vereinigt mit <i>Volksstimme</i>
	[<i>Volksblatt</i>]*	Keine Angabe	13.9. 1945, - 16.4. 1946	Keine Angabe	Vgl. in Halle (Saale)
Merseburg	<i>Arbeiter-Zeitung</i>	Keine Angabe	1920	Keine Angabe	Organ der USPD, später KPD
	<i>Aus unseren Reihen</i>	Mitteilungsblatt der sozialistischen Proletarierjugend	1920	Keine Angabe	Keine Angabe
Sangerhausen	<i>Volksblatt für Sangerhausen</i>	Keine Angabe	? – 1933	Keine Angabe	Nebenausgabe von <i>Volksblatt</i> , Halle
[Schönebeck (Elbe)]*	<i>Volksfreund</i>	Organ für die werktätige Bevölkerung im Kreise Calbe und deren Umgegend; Amtsblatt für Schönebeck und Groß Salze	1.1919 - 18.3.1920	Keine Angabe	Keine Angabe
Stendal	<i>Altmärker Volksfreund</i>	Organ für die Interessen des werktätigen Volkes der gesamten Altmark	[7.4.]*1919 – [10.11.1923]*	Keine Angabe	Keine Angabe
	[<i>Altmärker Volksstimme</i>]*	Keine Angabe	1932 - 1933	Keine Angabe	Nebenausgabe von <i>Volksstimme</i> , Magdeburg

Wernigerode	<i>Harzer Volksstimme</i>	Keine Angabe	1909 [April 1927]* – 1933, 6 mal/Woche	1928: 7 000 1931: 7 300	Nebenausgabe von <i>Halberstädter Tageblatt</i> , Halberstadt
Zeitz	[<i>Zeitzer Volksbote</i> <1910>]*	Sozialdemokratisches Organ für den Reichstagswahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz	11.9.1910 - 22.2.1933	Keine Angabe	Beilagen: Für unsere Frauen, Glück auf, Unterhaltungs-Blatt (1910 - 1915, L), Das rote Rathaus (Wahlzeitung der Zeitzer Sozialdemokratie) (2.11.1929)

	<i>Volksbote</i> ¹¹⁸	Keine Angabe	1890 – 1933, 6 mal/Woche	1914: 12 000, 1920: 12 600, 1925: 10 287, 1928: 10 400, 1929: 11 000, 1930: 11 500, 1931: 11 000, 1932: 9 600	1892 – 1897 Zuschüsse v. Partei Vorstand 1897 eingegangen Im September 1910 als Nebenausgabe von <i>Volksblatt</i> , Halle wieder erschienen Seit August 1911 wieder selbstständig 1918 – 1920 USPD-Organ
	<i>Zeitler Volksfreund</i>	Keine Angabe	1878	Keine Angabe	Keine Angabe

¹¹⁸ Redakteure: Adolf Hoffmann, Bolislaus Strzelewicz, Adolf Leopold, K. Blechschmidt (bis 30.6.1918), P. Franken (seit 1924), Albert Bergholz, P. Lenzner (1927).

Zerbst	<i>Volksfreund [für Zerbst und Umgebung]*</i>	Keine Angabe	[25.1.]* 1927 – [1932]* 1933, 6 mal/Woche	1928: 2 200, 1929: 3 100, 1930: 3 500, 1931: 2 500, 1932: 3 000	Nebenausgabe von <i>Volksblatt für Anhalt,</i> Dessau
---------------	---	--------------	--	--	---